

Der Ukraine-Konflikt und die Presse – eine Analyse der Schweizer Medien

Masterarbeit von Rafael Lutz

Eingereicht bei der Philosophischen Fakultät der Universität Fribourg

Departement: Sozialarbeit, Sozialpolitik und globale Entwicklung
Studienbereich: Soziologie, Sozialpolitik, Sozialarbeit
Masterprogramm: Soziologie

Eingereicht am 9. September 2020 von
Rafael Lutz
rafael.lutz@unifr.ch
Heimatort: Thal St. Gallen

Betreuungsperson: Prof. Dr. Monica Budowski

Beratungsperson: Ivo Staub

Abstract

Die qualitativ-quantitative Inhaltsanalyse befasst sich mit der Berichterstattung vier überregionaler Schweizer Zeitungen zum Ukraine-Konflikt. Konkret wurde die mediale Vermittlung des Konfliktes der Tageszeitungen *NZZ* und *Tages-Anzeiger* sowie der Wochenzeitungen *WOZ* und *Weltwoche* zwischen dem 18. Februar und dem 6. März 2014 näher untersucht. Berücksichtigt und analysiert wurden die Aussageträger und deren Positionen in Berichten, Leit- und Frontartikeln sowie Kommentaren. Dabei zeigte sich, dass US-europaaaffine Aussageträger deutlich häufiger als russlandaffine zu Wort kamen und entsprechend den medialen Diskurs beherrschten. Dies traf insbesondere für die beiden Tageszeitungen *NZZ* und *Tages-Anzeiger* zu. Ausgeglichenere äusserte sich die Verteilung der Stimmen in den Wochenzeitungen *WOZ* und *Weltwoche*, die vermehrt auch die russische Sicht der Dinge berücksichtigten.

Inhaltsverzeichnis

Abstract	2
1 Einleitung und Hintergrund	5
2 Forschungsstand: Medienberichterstattungsanalysen zu internationalen Konflikten	7
2.1 Propaganda und Medien: Eine kurze Einführung.....	7
2.2 Forschungsstand generell.....	12
2.3 Forschungsstand zum Ukraine-Konflikt.....	14
2.4 Forschungslücke	17
2.5 Fragestellung und Untersuchungsobjekt.....	18
3 Theoretische Erklärungsansätze	20
3.1 Idealtypus vs. Realität	20
3.2 Prinzipien der Propaganda	22
3.3 Das Propagandamodell – Medien als Instrument der herrschenden Klasse.....	25
3.4 Soziologische Erklärungen: Selbstzensur – oder wenn Journalismus zur Glaubenslehre wird	30
4 Forschungsdesign	35
4.1 Untersuchte Ereignisse und These	36
4.2 Qualitativ-quantitative Analyse.....	38
4.3 Erläuterung zur Theorie und Methodik.....	41
5 Ergebnisse: Deskriptive Auswertung der beiden Wochen- und Tageszeitungen	42
5.1 NZZ	43
5.1.1 Proteste gegen Janukowitsch	43
5.1.2 Sturz Janukowitschs und neue Machthaber.....	46
5.1.3 Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew	49
5.1.4 Zusammensetzung der Quellen.....	51
5.1.5 Analyse der Kommentare	53
5.2 Tages-Anzeiger	56
5.2.1 Proteste gegen Janukowitsch	56
5.2.2 Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew	60
5.2.3 Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew	62
5.2.4 Zusammensetzung der Quellen.....	66
5.2.5 Analyse der Kommentare	67
5.3 WOZ.....	69
5.3.1 Proteste gegen Janukowitsch	70
5.3.2 Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew	71
5.3.3 Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew	72
5.3.4 Analyse der Kommentare	73
5.4 Weltwoche	76
5.4.1 Proteste gegen Janukowitsch	77
5.4.2 Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew	78
5.4.3 Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew	79
5.4.4 Analyse der Kommentare	80
6 Analytische Auswertung	82
6.1 NZZ	82
6.2 Tages-Anzeiger	85
6.3 WOZ und Weltwoche	88

6.4	Beispiele für unterdrückte Informationen	94
6.4.1	Scharfschützenmorde.....	94
6.4.2	Pläne der US-Machteliten	96
6.4.3	Rechte politische Gruppen und deren Ideologie	97
6.4.4	Diskriminierende Gesetzeserlasse.....	100
6.4.5	Politische Ausrichtung der neuen Regierung ist zweitrangig	101
6.4.6	US-Rolle beim Sturz Janukowitschs marginalisiert	103
6.4.7	Historische und geopolitische Dimension wird vernachlässigt	106
7	Diskussion der Ergebnisse	106
8	Fazit	114
9	Literaturverzeichnis	115
9.1	Zeitungsartikel.....	124
10	Lebenslauf	134
11	Ehrenwörtliche Erklärung.....	135

1 Einleitung und Hintergrund

Am 21. November 2013 weigerte sich der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch, das Assoziierungsabkommen¹ mit der Europäischen Union zu unterzeichnen. Daraufhin kam es in Kiew zu Massenprotesten. Am 22. Februar 2014 wurde Janukowitsch gestürzt und floh daraufhin nach Russland. Moskau sprach von einem Putsch, der von Faschisten und Neonazis ausgegangen sei, westliche Medien sahen eine demokratische Revolution heranwachsen (Boyd-Barrett 2017:3ff.). Während die USA und die EU die neuen Herrscher in Kiew als eine demokratische Regierung betrachteten und unterstützten, begannen im Osten des Landes unmittelbar nach der Absetzung Janukowitschs die Proteste gegen die neuen Machthaber (Krone-Schmalz 2017:96). Am 16. März 2014 sprach sich die Bevölkerung der Krim, die seit 1954 der Ukraine angehörte, für die Angliederung an Russland aus. Russische Soldaten übernahmen die Kontrolle der Halbinsel. Kommentatoren in der westlichen Presse sahen damit zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges eine „rote Linie“ überschritten und bezichtigten Russland, gegen internationales Völkerrecht verstossen zu haben. Die USA und die EU begannen, Sanktionen gegen ehemalige Mitglieder der ukrainischen Regierung sowie auch gegen einzelne russische Politiker zu verhängen (Van der Pijl 2018). Über mehrere Monate prägte die Ukraine-Krise die Berichterstattung der Medien weltweit. Die Lage war ernst. Der inzwischen verstorbene Journalist Robert Parry (2014b) warnte angesichts der einseitigen Berichterstattung in den US-Medien vor einem möglichen Dritten Weltkrieg. Im April 2014 hat der Krieg zwischen der Regierung und den ostukrainischen Staatsbürgern in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk begonnen.

In der Schweiz bildete der Ukraine-Konflikt 2014 das Kommunikationsereignis, welches mit Abstand am meisten mediale Aufmerksamkeit generierte. In der Romandie, im Tessin und der Deutschschweiz gab es kein zweites Thema, das 2014 so viel Raum in der Berichterstattung der Zeitungen einnahm. Gemessen an der

¹ Mit dem Abkommen sollte die Ukraine näher an die EU gebunden werden. Es beinhaltete eine Öffnung des ukrainischen Marktes für EU-Güter und entsprechend tiefere Zölle für europäische Produkte. Ebenfalls war eine engere militärische Zusammenarbeit Bestandteil des Abkommens (Krone-Schmalz 2017:91ff.).

Gesamtberichterstattung betrug der Thematisierungsanteil des Ukraine-Konfliktes in der Deutschschweiz durchschnittlich 6,3 Prozent (fög 2015:76).

In Deutschland führte das Medienereignis geradezu zu einem „Medienkrieg“ gegen Russland (Spoo 2014:178-90). Es tobte ein Kampf um die Deutungshoheit zwischen der westlichen und der russischen Sicht auf den internationalen Konflikt. Einzelne Kommentatoren denunzierten diejenigen Stimmen, die nicht in den antirussischen-Kanon einstimmten, als „Putin-Versteher“ (Bröckers und Schreyer 2019:7-14; Schicht 2015). Mit diesem Etikett bezeichnete man die Stimmen, die Kritik an der Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt äusserten. Der inzwischen verstorbene deutsche Journalist Peter Scholl-Latour sagte dazu: (2014:17): „Der dümmste Ausdruck, der den deutschen Kommentatoren in den vergangenen Jahren eingefallen ist, um jene Stimmen zu diffamieren, die ein Minimum an Objektivität bei der Beurteilung der russischen Diplomatie anforderten...“ Scholl-Latour (2014:16) bezeichnete die Berichterstattung in den deutschen Medien als „Desinformation“, die in seinen Augen „durch perfekt organisierte Institutionen“ über die USA, Grossbritannien und Israel betrieben worden sei.

Der Journalist Stefan Korinth, der sich seit Jahren intensiv mit der Ukraine beschäftigt, vertrat die Meinung, dass im Zuge des Ukraine-Konfliktes die deutschen Medien journalistische Standards ausser Kraft gesetzt hätten. Medienschaffende hätten den Ukraine-Konflikt nicht mehr nach Kriterien wie „Relevanz, Aktualität und Neuigkeitswert“ gewichtet, sondern einzig und allein nach der politischen Nützlichkeit beurteilt (Klößner 2019:21). Einzelne Medienschaffende der bürgerlichen Zeitungen Deutschlands bezeichneten die Kritiker auch schlicht als „Agenten Putins“, als von Moskau gesteuerte „Trolls“, die der russischen Propaganda zum Opfer gefallen seien (Bröckers und Schreyer 2019:135). Dabei kam es geradezu zu einer Vertrauenskrise gegenüber den Medien. Zeitungen wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sperrten teilweise die Kommentarfunktionen, weil sich die Leserinnen und Leser vehement über die Berichterstattung echauffierten. Umfragen im Jahr 2014 ergaben, dass rund 70 Prozent der Befragten in Deutschland den etablierten Medien nicht mehr trauten, wenn es sich um die Ukraine handelte (Wernicke 2017:10). Wie sich der Informationskrieg manifestierte, sah man anhand der Angriffe auf vereinzelte Online-Medien, welche die Berichterstattung der etablierten Medien getadelt hatten (Schreyers 2018:33-46). Auch

in der Schweiz stiess die Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt teilweise auf Unverständnis. Die Internetzeitung Infosperber (2014a; 2014b) machte diesbezüglich auf verschiedene Ungereimtheiten aufmerksam. Die Berichterstattung grosser Schweizer Zeitungen über den Ukraine-Konflikt soll im Rahmen dieser Arbeit näher untersucht werden.

2 Forschungsstand: Medienberichterstattungsanalysen zu internationalen Konflikten

2.1 Propaganda und Medien: Eine kurze Einführung

Die Erforschung der Berichterstattung der Medien zu internationalen Konflikten hat in den USA bereits eine weit zurückreichende Tradition. Schon Anfang der 1920er Jahre untersuchten die Journalisten Walter Lippmann und Charles Merz die Berichterstattung der *Times* über die russische Revolution. Sie kamen zum Ergebnis, dass die Kluft zwischen dem eigentlichen Geschehen in Russland und der Wahrnehmung des Blatts beträchtlich war. Nicht weniger als 91-mal schrieb die *Times* über den Sturz der russischen Revolutionsregierung. Ebenfalls verkündete die Zeitung mehrfach die Gefangennahme und den Tod Wladimir Lenins und Leo Trotzki, was alles nicht den Fakten entsprach. Die Berichte über Russland bezeichneten Lippmann und Merz zuletzt wie folgt: „A case of seeing, not what was there, but what men wanted to see“ (Herman 1999:82). Das Beispiel von Lippmann und Merz zeigt anschaulich, dass Medienhäuser nicht bloss rohe Nachrichten verkaufen, sondern stets auch ein Weltbild vermitteln, das die Leserinnen und Leser prägt. „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Medien“, sagte Niklas Luhmann (1996:9).

Wie wichtig die Produktion von Weltbildern ist, wusste auch schon Harold D. Lasswell, der vereinzelt auch als der erste moderne Propagandaanalyst bezeichnet wird. Er gelangte in seiner Dissertation „Propaganda Techniques in the World War“ (1971) zum Schluss, dass die Propaganda der Alliierten massgeblich zum Sieg über Deutschland beigetragen habe. Lasswell, der während des Zweiten Weltkrieges als Leiter für die Abteilung „Study of War Time Communication“ für die US-Regierung arbeitete, war überzeugt, dass gerade in modernen demokratischen Gesellschaften Propaganda

eine entscheidende Rolle spielte (Collon 2019a:71; Mausfeld 2019:32). Und zwar dadurch, dass Gehorsam weniger mittels physischer Gewalt, sondern durch die gezielte Steuerung der Gedanken der Individuen mittels Propaganda erreicht werde. Sie gehörte für Lasswell zu einer funktionierenden Demokratie dazu (Mausfeld 2019:32). Diese Ansicht teilte auch Woodrow Wilson, der von 1913 bis 1921 US-Präsident war. Wilson gründete das Committee on Public Information (CPI), dem während des Ersten Weltkrieges tausende von Künstlern und Intellektuellen angehörten. Sie alle verbreiteten erfolgreich Propaganda zugunsten der Alliierten. Dem CPI gelang es, die zuvor mehrheitlich pazifistisch gesinnte US-Bevölkerung für einen Kriegseintritt gegen Deutschland zu begeistern (Chomsky 2016:90). Beeindruckt von der Public Relations- und Propaganda-Industrie zeigten sich auch die deutschen Nationalsozialisten. Adolf Hitler (Carey 1995:1) und sein späterer Propagandaminister Joseph Goebbels bewunderten das CPI und deren Erfolge und versuchten sie auf die Nazi-Propaganda zu adaptieren. Auch die bolschewistischen Führer studierten die Kriegskommunikation der USA, waren dabei jedoch weniger effektiv (Chomsky 2016:90). Führende Mitglieder des CPI waren unter anderem Edward Bernays und Walter Lippmann (Chomsky 2003a:8). Beide zählen zu den Pionieren moderner Propaganda- und Public-Relations-Theorien. Sie vertraten die Ansicht, dass moderne demokratische Gesellschaften durch eine kleine Minderheit von Experten geführt werden sollten, die genau wissen, was für die Bevölkerung richtig sei (Chomsky 2003a:8). Die Aufgabe der Experten sahen sie darin, den medialen Diskurs in die richtige Richtung zu lenken. Bernays beriet US-Regierungen ebenso wie die Tabakindustrie. Über Propaganda schrieb er (Bernays 2009:19):

„Die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie sind die eigentlichen Regierungen in unserem Land. Wir werden von Personen regiert, deren Namen wir noch nie gehört haben. Sie beeinflussen unsere Meinungen, unseren Geschmack, unsere Gedanken.“

Der Zustand, den Bernays beschrieb, war für ihn bloss eine logische Folge der Struktur der US-Demokratie. Weiter Bernays:

„Wenn viele Menschen möglichst reibungslos in einer Gesellschaft zusammenleben sollen, sind Steuerungsprozesse dieser Art unumgänglich. Die unsichtbaren Herrscher kennen sich auch untereinander meist nicht mit Namen. Die Mitglieder des Schattenkabinetts regieren uns dank ihrer angeborenen Führungsqualitäten, ihrer Fähigkeit, der Gesellschaft dringend benötigte Impulse zu geben, und aufgrund der Schlüsselpositionen, die sie in der Gesellschaft einnehmen. Ob es uns gefällt oder nicht, Tatsache ist, dass wir in fast allen Aspekten des täglichen Lebens, ob in Wirtschaft oder Politik, unserem Sozialverhalten oder unseren ethischen Einstellungen, von einer ... relativ kleinen Gruppe Menschen abhängig sind, die die mentalen Abläufe und gesellschaftlichen Dynamiken von Massen verstehen. Sie steuern die öffentliche Meinung, stärken alte gesellschaftliche Kräfte und bedenken neue Wege, um die Welt zusammenzuhalten und zu führen.“

Um die Manipulation der Massen systematisch und effektiv zu betreiben, war es in den Augen Bernays (2009:19) notwendig, „den Einzelnen in seiner Gruppenzugehörigkeit zu erreichen und seine Motive zu manipulieren.“ Dies hätte die systematische Erforschung der Psychologie gezeigt. Und genau darauf, so Bernays, zielten die verborgenen Herrscher ab, um die Gesellschaft „wirkungsvoll“ regieren zu können (Bernays 2009:19).

Bernays vertrat die Meinung, dass das Handeln der Individuen in der Gruppe, das von Gefühlen und Beweggründen bestimmt sei, nur durch eine Analyse der „Psychologie der Massen“ erklärt werden könne und nicht mittels individualpsychologischer Ansätze (2009:19). Durch Propaganda hielt er es für möglich, die Meinungen der Bevölkerungen zu lenken (2009:19). Die „Psychologie der Massen“ verstand er zwar nicht als eine exakte Wissenschaft, trotzdem machte er keinen Hehl daraus, dass die Öffentlichkeit problemlos manipuliert werden könne. Dabei verglich er die öffentliche Meinung mit einem Gaspedal: Ähnlich wie ein Autofahrer mit dem Gaspedal die Fahrgeschwindigkeit steuere, könne man durch bestimmte „Techniken recht genau vorhersagbare Meinungsänderungen in der Öffentlichkeit herbeiführen“ (Bernays 2009:19).

Diese Positionen teilte auch Walter Lippmann, der in seinem 1922 veröffentlichten Buch „Die öffentliche Meinung. Wie sie entsteht und manipuliert wird“ aufzeigte, wie

Propaganda funktioniert. Diese entstand für Lippmann (1964:35) dann, wenn eine kleine Gruppe mächtiger Menschen die Nachrichten arrangiert, damit sie ihren Zwecken dienen. Sie bestimmten auch, wer Zugang zu den Ereignissen hat und wer nicht. Lippmann (1964:37) schrieb:

„Ohne eine gewisse Form der Zensur ist Propaganda im strengen Sinne nicht möglich. Um Propaganda zu betreiben, muss eine gewisse Schranke zwischen Öffentlichkeit und Ereignis errichtet werden. Der Zugang zu der wirklichen Umwelt muss begrenzt werden, ehe jemand eine Pseudoumwelt errichten kann, die er für klug oder wünschenswert hält. Denn während Leute, die unmittelbaren Zugang haben, missverstehen können, was sie sehen, kann niemand sonst darüber bestimmen, wie sie es missverstehen sollen, es sei denn, jemand könnte bestimmen, wohin sie schauen und was sie sehen sollen. Die militärische Zensur ist die einfachste Form dieser Schranke, aber keinesfalls die wichtigste, weil man weiss, dass sie existiert und man ihr daher in gewisser Weise zustimmen oder sie ablehnen kann.“

Lippmann zeigte auf, dass eine Anzahl von Fakten und Nachrichten die gesamte Öffentlichkeit überhaupt nicht oder doch nur sehr langsam erreicht. Aus diesem Grund seien Nachrichten auch nicht ein „Spiegel gesellschaftlicher Zustände“, vielmehr sind sie als ein „Bericht von Aspekten, die sich selbst aufgedrängt haben“ anzusehen (Lippmann 1964:232). In Lippmanns (1964:232) Worten: „Die Nachrichten erzählen uns nicht, wie die Saat in der Erde keimt, aber sie mögen uns davon unterrichten, wann der erste Spross die Erdkrume durchbrochen hat.“

Um der Öffentlichkeit ungewünschte Nachrichten vorzuenthalten, empfahl Lippmann den Experten, die eng mit der US-Regierung zusammenarbeiteten, sogenannte „Presseagenten“ zu beauftragen. Schliesslich dürfe man das „Aussondern der Tatsachen nicht dem Reporter überlassen“ (Lippmann 1964:234). Deshalb sei es sicherer, einen Presseagenten anzustellen, der zwischen der betreffenden Gruppe und den Zeitungen stehe (Lippmann 1964:234). Ihm komme die Aufgabe zu, das Bild für die Öffentlichkeit für den Reporter herzustellen. Er ist, in den Worten Lippmanns, „Zensor und Propagandist zugleich und dabei lediglich seinen Brotgebern verantwortlich“. Die Wahrheit stelle der Presseagent hingegen so dar, dass sich diese mit den Interessen des Arbeitgebers möglichst decke (Lippmann 1964:235).

Wie wichtig die Kontrolle über die Informationen respektive die Deutungshoheit ist, zeigte sich auch im Zuge des Kalten Krieges. Genauso wie die Nationalsozialisten die Propaganda der Alliierten im Ersten Weltkrieg studiert hatten, untersuchten die US-Strategen wiederum diejenige der deutschen Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges. Das Ziel war es, aus den Fehlern sowie aus den Erfolgen zu lernen. Den Impuls dafür gab William Donovan, der Chef des Office of Strategic Services (OSS) in den USA, dem Vorläufer des US-Auslandgeheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA). Unter Donovan begann die US-Administration die *psychological warfare* der deutschen Nationalsozialisten akribisch zu studieren (Collon 2019a:75).² Donovan sah die psychologische Kriegsführung respektive Propaganda als einen elementaren Bestandteil innerhalb der Armee an. Mindestens so wichtig wie die Luftwaffe, die Marine oder die Infanterie (Collon 2019a:75). Er konzipierte eine systematische Theorie der psychologischen Kriegsführung und überzeugte den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, für die Nachkriegszeit einen ausgefeilten Geheimdienst aufzubauen. Dessen Aufgabenbereiche sah er in folgenden Gebieten: Dieser sollte zum einen konsequent Informationen aus dem Ausland zusammentragen, was für die diskrete Welt der Geheimdienste Courant normal ist. Des Weiteren sah Donovan den Geheimdienst auch dafür zuständig, koordinierte Analysen über die zu führenden Kriege zu tätigen, Propaganda zu verbreiten sowie auch verdeckte Operationen innerhalb und ausserhalb der nationalen Grenzen vorzunehmen (Collon 2019a:75; Ganser 2005:52). Die massenmediale Verbreitung von Propaganda, wie sie Donovan im Auge hatte, war wesentlicher Bestandteil des Kalten Krieges (Imhof 1996). Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs lief der Propagandaapparat stets auf Hochtouren, gefochten wurde um nichts weniger als die Deutungshoheit über die Welt (Agee 1987; Bernstein 1977; Herman 1999:59; Imhof 1996). Wie ausgefeilt und versiert der US-Propagandaapparat vorging, verdeutlichte unter anderem die *Operation Mockingbird*. Ein geheimes Projekt, das unter der Aufsicht der CIA lief. Es verfolgte das Ziel, die Medien weltweit für US-amerikanische Propaganda in den Ländern der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

² Der Begriff fand 1941 Eingang in die englische Sprache – im Deutschen verwendete man die Terminologie *Weltanschauungskrieg*. Heute wird jedoch auch von psychologischer Kriegsführung gesprochen (Collon 2019a:74).

– damals noch bekannt als OEEC, Organisation for European Economic Co-operation) einzuspannen. Die Operation Mockingbird begann unter CIA-Direktor Allen Dulles 1953. 1977 deckte der Journalist Carl Bernstein die geheime Operation auf. Für die CIA arbeiteten 25 Jahre lang rund 400 namhafte Journalisten, darunter auch Pulitzer-Preisträger, die in grossen Medien weltweit antisowjetische respektive antikommunistische Desinformationskampagnen verbreiteten. Durch die Presseagentur *Associated Press*, die Medien weltweit bediente und für die mehrere CIA-Mitarbeiter tätig waren, erreichte die CIA-Propaganda die halbe Weltbevölkerung (Agee 1987:41ff.). Enge Beziehungen zu den englischen und amerikanischen Geheimdiensten unterhielten auch Schweizer Journalisten. Darunter der NZZ-Journalist Urs Schwarz (Van Dongen 2020).

2.2 Forschungsstand generell

Noam Chomsky und Edward S. Herman (2002) zeigten anhand mehrerer Fallstudien auf, wie die US-Presse internationale Konflikte darstellte. Ihr Fokus lag dabei stets auf Konflikten, in denen die USA involviert waren. Anhand des Vietnamkrieges, der Wahlen in El Salvador, Guatemala und Nicaragua oder dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. deckten die Wissenschaftler auf, wie die grossen US-Zeitungen die Leserinnen und Leser nicht informierten, sondern vermehrt manipulierten. So wurde der Krieg in Vietnam aus der Sicht der US-Medien niemals als ein Aggressionskrieg sondern stets als ein Verteidigungskrieg dargestellt. Anders zeigte sich die Berichterstattung über diejenigen Kriege, die offizielle Feinde der US-Regierung führten: Sie wurden stets als Aggressionskriege bezeichnet. Entsprechend wurde die Invasion der Sowjetunion in Afghanistan 1979 als ein solcher bezeichnet. Die gleiche Terminologie ist für den Krieg, den die US-Regierung in Vietnam führte, nicht zu finden (Chomsky 1999:109-115). Eine regelrechte Flut an Studien über die Medienberichterstattung zu internationalen Konflikten entstand nach dem Zweiten Golfkrieg 1991 (Becker 2016:16). Viele Zeitungen verbreiteten damals die Lüge, dass irakische Soldaten neugeborene Babys aus den Brutkästen herausgerissen und getötet hätten. Die Lüge nutzte die US-Regierung als Legitimation, um den Krieg gegen Irak loszutreten. Später stellte sich heraus, dass es sich hierbei um einen „PR-Stunt“ der PR-Agentur Hill & Knowlton gehandelt hatte (Becker 2016:18-19).

Anders als in den USA hat das Interesse der europäischen Sozialwissenschaften für die Erforschung der Berichterstattung über geopolitische Konflikte erst mit den Balkankriegen an Tempo aufgenommen (Becker 2016; Gritsch 2016; Becker und Beham 2008). Die Balkankriege, welche mit der Bombardierung der Nordatlantik-Pakt-Organisation (Nato) in Serbien 1999 ihren Höhepunkt erreichten, zogen mehrere Studien nach sich, die sich mit der Rolle europäischer Zeitungen befassten. Kurt Gritsch (2016) untersuchte in seinem Buch „Krieg um Kosovo“ die Berichterstattung deutscher Zeitungen zu den Kosovo-Kriegen und kam zum Ergebnis, dass die serbische Sicht des Konfliktes in den deutschen Zeitungen marginalisiert wurde und überwiegend das Feindbild Milosevic = Hitler dominierte. Dieser wurde als alleiniger Verantwortlicher für die Konflikte dargestellt. Dass diese Wahrnehmung wenig mit der Realität zu tun hatte, verdeutlichten Becker und Beham (2008) in ihrer Studie „Operation Balkan: Werbung für den Krieg“. Das Narrativ: Milosevic = Hitler wurde von amerikanischen PR-Agenturen ausgearbeitet und über die Zeitungen weitgehend kritiklos verbreitet. Dadurch wurde letztlich auch die Nato-Intervention an der Heimatfront in den europäischen Hauptstädten legitimiert. Gritsch sieht den Kosovokrieg und die Nato-Bombardierung des einstigen Jugoslawiens 1999 als eine Art Zäsur innerhalb der Geschichte der Nato. Mit dem Krieg verwandelte sich das Verteidigungs- zu einem Angriffsbündnis.

Spätestens nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und den darauffolgenden Kriegen in Afghanistan und Irak wurde die Rolle der Medien noch umfassender und kritischer untersucht (Becker 2016; Elter 2005; Kutz 2011; Wolff 2018). Wie eng PR und Journalismus zusammenarbeiten, zeigte sich exemplarisch anhand dieser beiden Kriege, welche bis zum heutigen Tage andauern. Während dem Irak-Krieg wurde der Begriff des „embedded journalism“ geprägt (Elter 2005; Kutz 2011; Tilgner 2015). Elter (2005) beschreibt in seinem Buch „Die Kriegsverkäufer: Geschichte der US-Propaganda“, wie Journalisten Informationen, welche sie vom US-Militär erhielten, unkritisch in die Presse trugen. So wurde die Lüge, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen habe, den Leserinnen und Lesern als gegeben präsentiert und der Kriegseintritt der „Koalition der Willigen“ der Bevölkerung verkauft. Dies war nicht nur in den US-Medien der Fall. Wer sich über den Krieg bei der British Broadcasting Corporation (BBC) informierte, hörte ausschliesslich Kriegsbefürworter, wie eine Studie aufzeigte (Pilger 2007). Nur zwei Prozent aller Beiträge zum Irakkrieg

2003 berücksichtigten die Ansichten der Kriegsgegner. Eine weitere Studie über die Berichterstattung der BBC kam zum Resultat, dass 90 Prozent aller Beiträge, welche sich zum Thema „Massenvernichtungswaffen“ äusserten, die Lüge der US- und der britischen Regierung übernahmen (Pilger 2007). Heute ist bekannt, dass der britische Auslandgeheimdienst die BBC im Rahmen der „Operation Mass Appeal“ manipulierte. Mitarbeiter des britischen Auslandsgeheimdiensts MI6 lieferten dem Nachrichtensender gezielt fabrizierte Geschichten über Husseins geheime Standorte und Untergrundbunker, in denen er angeblich die Waffen platziert hatte.

2.3 Forschungsstand zum Ukraine-Konflikt

Nur wenige Studien befassten sich bislang mit der Berichterstattung der deutschsprachigen Medien zum Ukraine-Konflikt. Matthis Jungblut (2015) untersuchte anhand einer Frameanalyse die Kommentar-Berichterstattung fünf überregionaler deutscher Tageszeitungen während des Zeitraums vom 21. November bis zum 4. Dezember 2013. Das Ergebnis: Vier der fünf analysierten Zeitungen interpretierten die Ereignisse in der Ukraine nahezu einheitlich. Den Konflikt sahen sie folgendermassen: Russland deuteten sie als einen politischen Akteur, der seine Einflusszone zu vergrössern beabsichtigte; die Demonstranten auf dem Maidan interpretierten die Zeitungen unisono als Sympathie-Träger; den Einfluss der westlichen Staatengemeinschaft betrachteten sie als gering; die EU zeichneten sie als selbstlosen Makler; den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch porträtierten sie durchgehend negativ und die wirtschaftliche Annäherung an die EU sahen sie als alternativlose, richtige Wahl für die Ukraine an.

Franziska Schicht (2015) untersuchte die Kommentarberichterstattung von fünf Zeitungen in Deutschland zur Krim-Krise, wobei sie sich insbesondere auf die Zeit vom 27. Februar bis 22. März 2014 konzentrierte. Sie kam zum Ergebnis, dass das Eingreifen Russlands auf der Krim überwiegend als russische Aggression gedeutet wurde, die völkerrechtswidrig gewesen sei. Wirkliche Diskussionen zur eigentlichen Thematik und über die Hintergründe der Krim-Krise hätten aber kaum stattgefunden. Dass Russland völkerrechtswidrig gehandelt habe, stand a priori fest.

Ebenfalls befassten sich weitere Untersuchungen mit den Nachrichten des deutschen Fernsehens in Bezug auf den Ukraine-Konflikt (Bröckers und Schreyer 2017:135-36). So wertete das NDR-Medienmagazin Zapp alle Ukraine-Berichte aus je einer Woche im November 2013, Januar 2014 und Februar 2014 aus – also während der ersten Monate der Maidan-Protteste. Das Ergebnis: Bei rund 80 Prozent der ARD-Interviewpartner handelte es sich um Janukowitsch-Gegner (Aïd & Berbner 2014). Zu ähnlichen Resultaten kam der medienkritische Blog „Propagandaschau“ (2014), der die Interviewpartner der ARD und des ZDF für den Untersuchungszeitraum vom 17. bis 22. Februar 2014, also während der Woche des Machtwechsels in Kiew, untersuchte. Dabei kam heraus, dass das ZDF keinen einzigen Anhänger der Regierung interviewte. Von den insgesamt 105 Beiträgen (Interviews oder Statements) kamen 94-mal Regierungsgegner und 11-mal Janukowitsch selbst oder Anhänger der Regierung zu Wort.

Eine der bislang umfangreichsten Untersuchungen zur Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt stammt aus der Feder von Oliver Boyd-Barrett (2017). Boyd-Barrett konzentrierte sich auf die bürgerlichen Zeitungen der USA und kam zum Ergebnis, dass diese überwiegend US-Propaganda verbreitet hatten. Boyd-Barrett (2017:163ff.) sprach in seiner Konklusion von einem hegemonialen Narrativ, welches geradezu auf eine weltweite Resonanz stiess. Der Plot äusserte sich dabei folgendermassen: Die Ukraine, die einst dem sowjetischen Imperium angehörte, schaffte es dank einem heldenhaften Volk, sich von der Knute des russischen „Bären“ zu befreien, indem sie sich der EU, USA und der Nato annäherte. Konkret habe sich die US-Propaganda darin geäussert, dass nahezu alle Informationen, welche die US-Eliten während des Ukraine-Konfliktes schlecht aussehen liessen, marginalisiert oder geradezu ignoriert wurden. Hierzu einige Beispiele, die Boyd-Barrett (2017:163ff.) aufzählte. Folgende Informationen blieben den Leserinnen und Lesern weitgehend vorenthalten:

- Die Geschichte der US-Wahlmanipulationen in der Ukraine in den vergangenen Jahrzehnten zugunsten US-affiner, neoliberaler Kandidaten.
- Die Rolle der rechtsextremen Kräfte beim Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitschs, die indirekt durch die US-Administration unterstützt wurden.

- Informationen, die aufzeigten, wer die verantwortlichen Scharfschützen waren, die am 20. Februar 2014 auf dem Maidan auf Demonstranten und Polizisten geschossen hatten.
- Die geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen der US-Eliten in der Ukraine (neoliberale Wirtschaftsreformen, Zugang zu Ressourcen und Investitionen für US-Konzerne usw.)
- Die Unterdrückung und Verbotung oppositioneller Parteien durch die neuen Machthaber in Kiew, die gemäss den US-Medien in der Ukraine „Demokratie“ einführten.
- Die militärischen Konsequenzen des Sturzes, der mithilfe des Westens realisiert wurde. Die neuen Machthaber beabsichtigten von Anfang an die Ukraine in die Nato zu integrieren. Dies, obwohl US-Politiker Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion versicherten, keine Nato-Osterweiterung anzustreben.
- Nach dem Regierungswechsel schrieben die US-Zeitungen andauernd von einer russischen Intervention in der Ostukraine, ohne dass gesicherte Informationen vorlagen. Dafür existierten Informationen, die aufdeckten, dass westliche Staaten die neuen Machthaber mit Verteidigungswaffen belieferten, worüber jedoch nichts geschrieben wurde.

Zu nahezu identischen Resultaten gelangten auch Edward S. Herman und David Peterson (2014:171-198) in ihrer Untersuchung der US-Medienberichterstattung zum Ukraine-Konflikt. Die beiden Medienforscher verdeutlichten, wie die US-Presse eine Doppelmoral an den Tag legte und die Konfliktparteien nicht gleichbehandelt hatte. Dies zeigte sich anhand folgender Beispiele: Während die Proteste gegen den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch stets als demokratische und gute Aktionen gedeutet wurden, stellten die gleichen bürgerlichen US-Zeitungen die Proteste gegen die neuen Machthaber negativ dar und interpretierten sie als von Russland gesteuert. Umgekehrt deuteten die Zeitungen die Proteste gegen Janukowitsch stets als spontane und nicht von aussen gesteuerte Demonstrationen.

Weiter stellten die Forscher fest, dass der historische Kontext des Konfliktes unterdrückt und Informationen, welche nicht in das westliche Narrativ passten, ausgeblendet wurden. Hierzu drei Beispiele: So ignorierten die US-Medien ein nur wenige Wochen vor dem Sturz Janukowitschs abgehörtes Telefonat zwischen Victoria

Nuland, der Leiterin der Europa-Abteilung im amerikanischen Aussenministerium, und Geoffrey Pyatt, dem Botschafter Washingtons in Kiew. Während des Telefonats erläuterte Nuland die Putschpläne und schlug dem Botschafter mit Arseni Jazenjuk auch bereits den nächsten Premierminister der Ukraine vor. Ende Februar 2014 stand Jazenjuk in der Tat an der Spitze der ukrainischen Regierung.

Auch keine Beachtung fanden Informationen, welche die Opposition belasteten. Mehrere Quellen hatten darüber berichtet, dass hinter den Scharfschützen, die am 20. Februar 2020 auf dem Maidan in Kiew sowohl auf Oppositionelle als auch auf Polizisten schossen, Mitglieder der Opposition gestanden wären. Darüber schrieben die US-Zeitungen kein Wort. Auch informierten sie nicht über die politische Couleur der neuen Machthaber in Kiew. So erfuhren die Leserinnen und Leser nicht, dass mehrere Mitglieder der neuen Regierung der rechtsradikalen Swoboda-Partei angehörten. Journalisten, die auf diese Tatsache hinwiesen, bezeichneten die etablierten Zeitungen in den USA als Putin-Propagandisten.

2.4 Forschungslücke

Im Gegensatz zu Deutschland und den USA existieren für die Schweizer Zeitungen noch kaum Untersuchungen bezüglich deren Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt. Auffallend ist, dass es über sie generell nur wenige Untersuchungen zur Berichterstattung über internationale Konflikte gibt. Eine Pionierarbeit diesbezüglich leisteten die Soziologen Urs Jaeggi, Rudolf Steiner und Willy Wyniger (1966) mit dem 1966 erschienen Buch: „Der Vietnamkrieg und die Presse“. Darin analysierten die Sozialwissenschaftler die Berichterstattung zum Vietnamkrieg von acht Schweizer Zeitungen im Januar 1966. Das Resultat: Die Schweizer Zeitungen gaben mehrheitlich die Position der US-Regierung wieder. Leserinnen und Leser, die sich ausschliesslich über die Schweizer Presse informierten, blieben vermehrt unterinformiert. Da die Nachrichten nur selten in einen politischen, ökonomischen und historischen Kontext gesetzt wurden, konnten die Leserinnen und Leser diese auch nur unzureichend einordnen. So blendeten die Schweizer Zeitungen beispielsweise die Gräueltaten der US-Truppen weitgehend aus. Und falls sie sie doch einmal erwähnten, wurden sie verbrämt. Eine Agenturmeldung, die beschrieb, wie die amerikanische Marinefüsiliere ein Dorf niedergebrannt hatte, lautete dann: „Versehentlich ein Dorf niedergebrannt“

(Jaeggi, Steiner & Wimmer 1966:98). Die einseitige Wahrnehmung des Krieges äusserte sich auch in einem stereotypen Schreibstil der Journalisten. Während die Zeitungen die USA als ein Land skizzierten, das für Freiheit kämpfte und mit guten Intentionen den Vietnamkrieg begonnen hätte, waren die Truppen des Viet Cong a priori böse. Entsprechend richtete sich die Wahrnehmung bei Gräueltaten fast ausschliesslich auf die Truppen des Viet Cong (Jaeggi, Steiner & Wimmer 1966:101).

Eine Ausnahme, was die Analyse der Berichterstattung der Schweizer Zeitungen zu internationalen Konflikten anbelangt, bildet die Website „Swiss Propaganda Research“ – neuerdings auch bekannt unter dem Namen „Swiss Policy Research“ (2016a; 2016b). Sie analysiert regelmässig die Berichterstattung bürgerlicher Zeitungen in der Schweiz zu globalen Konflikten. So untersuchte sie die Berichterstattung der *Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)* zum Syrien- und Ukraine-Konflikt. Dabei wertete sie für den Ukraine-Konflikt insgesamt 99 Artikel im April 2014 aus. Die Untersuchung kam zum Schluss, dass rund 90 Prozent der Artikel die Position der US-Administration beziehungsweise des westlichen Militärbündnisses Nato einnahmen.

2.5 Fragestellung und Untersuchungsobjekt

Der Autor dieser Arbeit will die Presse in der Schweiz genauer untersuchen und analysieren, ob auch hierzulande in den Zeitungen gewisse Narrative respektive Positionen zum Ukraine-Konflikt vorherrschend waren. Die Studien von Jungblut (2015) und Schicht (2015) bestätigten, dass zumindest in den grossen deutschen Zeitungen US-affine Positionen den Blick auf den Konflikt in der Ukraine dominierten. Der aktuelle Forschungsstand über die Berichterstattung der Schweizer Zeitungen zum Ukraine-Konflikt ist, wie gesagt, marginal. Auch existiert ein generelles Defizit an Untersuchungen zur Schweizer Presse und ihrer Berichterstattung zu internationalen Konflikten. Mit dieser Masterarbeit soll somit ein Beitrag geleistet werden, ein besseres Verständnis über das Funktionieren der Deutschschweizer-Presse im Kontext internationaler Konflikte zu erhalten. Untersucht werden vier überregionale deutschsprachige Schweizer Zeitungen: Die *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)*, der *Tages-Anzeiger*, die *Weltwoche* und die *Wochezeitung (WOZ)*.

Die Hauptfrage, welche diese Arbeit beantworten möchte, lautet:

Wie interpretierten die ausgesuchten Schweizer Zeitungen den Ukraine-Konflikt?

Untergeordnete Nebenfragen lauten:

- Welche Ansichten dominierten den medialen Diskurs über den Ukraine-Konflikt?
- Welche Konfliktparteien kamen ausführlich zu Wort, welche weniger?
- Wie gingen die Zeitungen mit den unterschiedlichen Quellen um? Gab es solche, denen man vertraute? Und umgekehrt?
- Wie gingen die Zeitungen mit denjenigen Informationen um, die nicht in die Deutungsmuster der dominanten Konfliktinterpretation passten?

Der Grund, diese vier Zeitungen zu untersuchen, ist folgender: Es handelt sich ausschliesslich um Zeitungen, die sowohl der nationalen als auch der internationalen Politik Gewicht beimessen. Ebenfalls haben alle vier Zeitungen eigene Auslandskorrespondenten, wodurch sie bei der internationalen Berichterstattung nicht bloss auf Agenturmeldungen angewiesen sind, sondern auch eigene Reporter vor Ort haben. Das Selbstverständnis aller gewählten Zeitungen hinsichtlich der Auslandberichterstattung ist es, nicht bloss Sensationen zu vermelden, sondern das Geschehen einzuordnen, wozu auch Analysen und Kommentare gehören. Unterteilt man das journalistische Feld in die sogenannte seriöse Presse auf der einen; und die sogenannten Boulevardmedien, die in erster Linie sensationelle Neuigkeiten und „Soft-News“ verkaufen, auf der anderen Seite, so gehören die gewählten Zeitungen alle zur ersteren Kategorie (vgl. Bourdieu 1998:107). Verglichen mit Boulevard-Medien, die einen stärkeren Fokus auf sogenannte Soft-News mit einem höheren Unterhaltungswert legen, sind die Auflagen der untersuchten Zeitungen etwas tiefer. Die Auflagen der Tageszeitungen NZZ und Tages-Anzeiger lagen 2014 bei 108'709 respektive 164'085 (Stadler 2014). Diejenigen der Wochenzeitungen WOZ und Weltwoche bei 15'867 respektive 56'550. In politischer Hinsicht ist durch die Auswahl der Zeitungen das gesamte Spektrum dabei. Gemäss dem Medienwissenschaftler Roger Blum können die vier Zeitungen folgendermassen eingestuft werden (Longchamp 2013): Die WOZ steht links im Sinne einer Gegenöffentlichkeit für radikale Emanzipation der Abhängigen. Der Tages-Anzeiger ist linksliberal, er gilt gesellschaftspolitisch als

reformerisch im Sinne der gemässigten SP und steht für soziales Engagement des Staates. Die NZZ wird als rechtsliberal definiert. Sie ist wirtschaftspolitisch reformerisch im Sinne der Rechts-FDP und gemässigten SVP und steht für einen Staatsabbau. Am rechten Rand findet sich die Weltwoche, die für die Erhaltung traditioneller Werte und für eine nationale Abschottung steht. Fast identisch definierte das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög 2015:108) die politischen Positionen der vier Zeitungen. Anders als Blum bezeichnet das fög die Weltwoche mit Chefredaktor Roger Köppel als rechtskonservative, neoliberale Wochenzeitung.

3 Theoretische Erklärungsansätze

3.1 Idealtypus vs. Realität

„Der moderne zwischenstaatliche Krieg muss hingegen in der öffentlichen Kommunikation vorbereitet, begleitet und abgeschlossen werden. Ohne eine Semantik des Krieges und des nationalen Feindes vor dem Krieg gibt es keine nationale „levée en masse“, ohne Kriegspropaganda während dem Krieg lässt sich die nationale „Ermannung“ nicht aufrechterhalten und ohne öffentlich zelebrierte und dokumentierte Kapitulation lässt er sich mitsamt dem Fall der herrschenden Eliten des Kriegsverlierers nicht beenden“ (Imhof:2009:52).

Das fög (2014:355-372) definierte drei Leistungsfunktionen, welche die öffentliche Kommunikation beziehungsweise die Medien in einer Demokratie unabdingbar zu erfüllen haben. Die Rede ist von der Legitimations- und Kontrollfunktion, der Forums- und der Integrationsfunktion. Die öffentliche Kommunikation erfüllt in den Augen des fög ihre Legitimations- und Kontrollfunktion, wenn sie die Staatsgewalten und die rechtsstaatlichen Institutionen, ihre Prozesse und Rollenträger kontrolliert und ebenso kritisiert. Legitimations- und Kontrollfunktion setzen das Transparenzprinzip des Politischen voraus. Die Forumsfunktion sieht vor, dass gesellschaftliche Probleme respektive Konflikte auf der Basis unterschiedlicher Argumente debattiert beziehungsweise diskutiert werden. Die Integrationsfunktion wiederum erfüllt die öffentliche Kommunikation, indem sie der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung der Bürgerinnen und Bürger als Mitglieder der Gesellschaft dient. Das heisst auch: Zur Erfüllung dieser Funktion darf die öffentliche Kommunikation nicht vom Partikularen

geleitet sein, stattdessen soll sie Themen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz bereitstellen.

Diese Leistungsfunktionen gehen auf die Aufklärung zurück und bedingen Qualitätsmerkmale wie beispielsweise Universalität, Ausgewogenheit, Objektivität und Relevanz. Diese sogenannten Universalitätsansprüche sollen den prinzipiellen Ausschluss von Personen und Gruppen, Meinungen und Themen verhindern. Zum Ausdruck gebracht werden sie mit dem Begriff Vielfalt. Das Fög (2014:369) schreibt:

„Ohne Universalitäts-, Ausgewogenheits-, Objektivitäts- und Relevanznormen können die drei Leistungsfunktionen der Öffentlichkeit nicht erfüllt werden. Ein systematischer Ausschluss von Personen, Organisationen oder Minderheiten, Meinungen und Themen sowie die Nichtbeachtung der Objektivitäts- und Relevanznormen verhindern die Meinungsbildung über die gemeinsam zu lösenden Probleme (Forumsfunktion), die Legitimation, Kritik und Kontrolle der staatlichen Institutionen (Legitimations- und Kontrollfunktion) und die gesellschaftliche Integration der Bürgerinnen und Bürger (Integrationsfunktion). Demokratie ist ohne diese Normen schlechthin nicht möglich.“

Folgt man der Philosophie des Fög, so ist eine demokratische Auseinandersetzung möglich, wenn die relevanten Informationen sowie die unterschiedlichen Positionen dazu in der Öffentlichkeit zur Sprache kommen. Dabei soll stets über diejenigen Themen berichtet werden, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen. Die normative Vorstellung einer medialen Öffentlichkeit, in der alle gesellschaftlichen Positionen und Meinungen vermittelt respektive wiedergegeben werden, kann als eine Art Idealtypus respektive als Kompass für eine wünschenswerte Gesellschaft angesehen werden, die mit der Realität aber nur beschränkt übereinstimmt. Das zeigt sich insbesondere in Zeiten von Konflikten und Kriegen. Gerade dann berichten die Medien vermehrt einseitig und wenig ausgewogen; zentralen Leistungsfunktionen wie der Forums- oder etwa der Kontrollfunktion werden sie nicht mehr gerecht. Mit der Intensität von Konflikten steigen gleichzeitig auch die Gefahren der Desinformation und Manipulation. Je bedeutender und grösser diese Konflikte sind, umso stärker wirken auch die Mechanismen der Zensur und Meinungsmanipulation und umso enger wird das Meinungsspektrum. Deutlich wird dies im Zuge von internationalen Konflikten (Wolff 2018; Becker 2016; Elter 2005; Kutz 2011). Konflikt und Kriegsberichterstattung

sind in ausgeprägtem Masse normativ und emotional aufgeladen (Imhof 1995:124). Für den verstorbenen Mediensoziologen Kurt Imhof (2009:58) stellen heutige Kriege das als „am meisten legitimationsbedürftige politische Handeln“ dar. Ohne Massenkommunikation, so Imhof, können Kriege nicht verstanden werden. „Die Kriege der Moderne – mitsamt den Revolutionen an ihrer Schwelle – sind zuerst Kriege in der öffentlichen Kommunikation bevor sie physisch werden und wenn sie physisch werden, entscheidet die öffentliche Kommunikation wer sie gewonnen hat“ (Imhof 2009:58).

Aus der Wirkungsforschung ist bekannt, dass die Berichterstattung während Krisen- und Kriegszeiten einen grösseren Einfluss auf die Öffentlichkeit hat (Bilke 2010:444; Wolff 2018:3). Entsprechend kämpfen auch die Konfliktparteien mit allen möglichen Mitteln um die Deutungs- und Informationshoheit im öffentlichen Debattenraum. Dieser wird in Zeiten politischer Kämpfe und Konflikte konstant von den Konfliktparteien bearbeitet. Nur wer im Besitz der Deutungshoheit ist, kann die eigenen politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Handlungen gegenüber dem Gegner auch der Bevölkerung verkaufen (Wolff 2018:4). In Zeiten von Konflikten und Kriegen steigt somit automatisch auch immer der Druck auf die Presse (Tilgner 2015; Ulfkotte 2014; Bernstein 1977; Agee 1987). Dieser äussert sich vereinzelt subtil, teilweise aber auch ganz offensichtlich. Überschreitet ein Journalist die Grenzen der als „vernünftig“ geltenden Positionen im öffentlichen Debattenraum, so bekommt er schnell einmal die Macht des vorherrschenden medialen Diskurses zu spüren und wird mit allen möglichen Kampfbegriffen attackiert (Mausfeld 2018:174-216; Bröckers und Schreyer 2019:20-21; Schreyer 2018:33-46; Krüger 2016:7-25).

3.2 Prinzipien der Propaganda

Wie wichtig die Worte und mit ihnen die Deutungshoheit über die Konflikte sind, wissen Imperien und Regierungen seit Jahrhunderten. „Die Sprache ist niemals unschuldig, die Worte besitzen ein zweites Gedächtnis von Erinnerungen“, lautete ein Aphorismus des französischen Schriftstellers Roland Barthes (1959:20). Internationale Konflikte und Kriege brachen noch nie aus heiterem Himmel aus. Schon der chinesische General und Philosoph Sun Tsu schrieb im Buch „die Kunst der Kriege“ (2013) von der Bedeutung psychologischer Kriegsführung beziehungsweise dem, was man im 20.

Jahrhundert Propaganda bezeichnete. Um die Massen für Kriege beziehungsweise Konflikte zu begeistern, bedienten sich die herrschenden Eliten stets einem raffinierten Gebrauch der Sprache. „Die Sprache bereitet den Krieg vor“, schreibt Andreas Iten (1995:13). Mittels Worten können Freunde zu Feinden und Feinde zu Freunden werden. Die Semantik ist variabel einsetzbar. In den Worten des verstorbenen US-Soziologen Charles Wright Mills (2019:427): „Worte gewinnen Kriege und verkaufen Seife; Worte bringen die Menschen in Bewegung oder besänftigen sie.“ Aus einer pazifistischen wird rasch einmal eine Bedrohungssemantik (Chomsky 2003a:5-6; Mausfeld 2019:189). Aus einer Regierung wird dann rasch einmal ein „Regime“ (Spoo 2015:5-13). Der gezielte Einsatz von Wörtern und Feindbildern gehört zum Standardrepertoire der Propaganda. Der Begriff fand 1922 Eingang in die *Encyclopaedia Britannica*. Ein Jahrzehnt später ebenso in die *Encyclopedia of Social Sciences* (Chomsky 2003a:8). Die Bundeszentrale für politische Bildung in Deutschland (2011) definiert Propaganda heute wie folgt:

„Propaganda ist der Versuch der gezielten Beeinflussung des Denkens, Handelns und Fühlens von Menschen. Wer Propaganda betreibt, verfolgt damit immer ein bestimmtes Interesse. In Verbindung mit dem Krieg machen Politiker und Militärs von Propaganda Gebrauch, um zum Beispiel die eigene Bevölkerung von einem Krieg zu überzeugen. Sie betonen die Notwendigkeit des Krieges (vernichtenswerte Feinde, Sicherheit der eigenen Bevölkerung, Absetzung eines brutalen Regimes etc.) und blenden alle anderen Aspekte aus (eigene Macht- und Wirtschaftsinteressen, ausgelöstes Kriegsleid, Kriegsverbrechen der eigenen Soldaten etc.). Propaganda wird aber auch eingesetzt, um Soldaten für den Krieg zu rekrutieren oder die Kampfbereitschaft des Militärs aufrechtzuerhalten. Ein Mittel hierfür ist beispielsweise, die Bedrohlichkeit des Feindes hervorzuheben, um Aggressionen gezielt auf ihn zu lenken. Gegenüber dem Kriegsgegner verfolgt Propaganda vor allem das Ziel, die Kriegsmoral der gegnerischen Bevölkerung und Soldaten zu schwächen oder durch die Verbreitung falscher Informationen den Gegner zu täuschen. Staaten, die Mitglieder militärischer Bündnisse sind, versuchen darüber hinaus häufig, durch Propaganda die Bündnispartner von der Notwendigkeit eines Kriegseinsatzes zu überzeugen und ihre Beteiligung an militärischen Aktionen zu erreichen.“

Propaganda wird sowohl hien wie drüben eingesetzt. Der Angreifer ist stets der andere. Krieg will stets nur der Feind. So zeigte Saïd Bouamama (2019 :136-187) beispielsweise exemplarisch auf, wie in den Monaten vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland massiv aufgerüstet wurde und beide Regierungen nahezu identisch argumentierten. Der Tenor lautete stets: Das Nachbarland wird uns demnächst angreifen, entsprechend müssen wir uns auf einen möglichen Angriff vorbereiten.

Die Techniken der Manipulation und Propaganda wurden über die Jahrhunderte stets verfeinert und optimiert. Die angelsächsischen Machteliten³ setzten zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgreich auf die Methoden der modernen Propaganda. Diese trug wesentlich zum Sieg der westlichen Alliierten (allen voran der USA, England sowie auch Frankreich) während des Ersten Weltkrieges bei (Ponsonby 1928; Lasswell 1971; Carey 1995:1; Collon 2019a:71). Zu dieser Erkenntnis gelangte Lord Arthur Ponsonby bereits 1928 in seinem Klassiker „Falsehood in War-Time“. Der britische Diplomat, Politiker und Friedensaktivist Ponsonby befasste sich darin ausführlich mit der Propaganda der Alliierten während des Ersten Weltkrieges. 2010 stellte die Historikerin Anne Morelli in ihrem Buch „Prinzipien der Kriegspropaganda“ anhand der Thesen und Erkenntnisse Ponsonbys die wichtigsten Prinzipien der Propaganda auf. Laut Morelli haben diese seit 1928 nichts an Aktualität eingebüsst. Im Gegenteil. Die zehn wichtigsten Prinzipien der Kriegspropaganda – auch bekannt als Ponsonby-Morelli-Modell – lauten:

1. Wir wollen keinen Krieg
2. Das feindliche Lager trägt die alleinige Schuld am Krieg
3. Der Feind hat dämonische Züge
4. Wir kämpfen für eine gute Sache und nicht für eigennützige Ziele
5. Der Feind begeht mit Absicht Grausamkeiten; bei uns ist es versehentlich
6. Der Feind verwendet unerlaubte Waffen
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners aber enorm
8. Unsere Sache wird von Künstlern und Intellektuellen unterstützt

³ Dieser Begriff wird in Charles Wright Mills (2019:364ff.) Sinne verwendet. Mit Machteliten sind diejenigen Gruppierungen gemeint, die über die Machtmittel verfügen, zugunsten ihrer Interessen politische Entscheidungen durchzusetzen, die nationale oder internationale Auswirkungen haben.

9. Unsere Mission ist heilig

10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter

Ein wichtiger Bestandteil bei der Umsetzung dieser Propaganda-Prinzipien ist es, den Hass beziehungsweise die Wut der Bevölkerung auf den Anführer des Gegners zu lenken. So erhält der Feind ein Gesicht (Ponsonby 1928:71). Ponsonby (1928:71) verdeutlichte dies anhand der Darstellung des deutschen Kaisers Wilhelm II. in der angelsächsischen Presse während des Ersten Weltkrieges. Er schrieb:

“The Kaiser turned out to be a most promising target for concentrated abuse. So successfully was it done that exaggeration soon became impossible; every crime in the calendar was laid at his door authoritatively, publicly and privately; and this was kept up all through the war.”

Die Presse zeichnete den Kaiser als alleinigen Schuldigen und Verursacher des Krieges. Die Konstruktion eines Feindes in der Person eines Individuums (sei es ein Kaiser oder ein Diktator) ist geradezu elementar. Gemäss Morelli (2010) und Ponsonby (1928) ist es schwierig, eine Nation respektive eine Gruppe von Menschen als Ganzes zu hassen. Selbst dann, wenn diese ständig als Feind dargestellt wird. Aus diesem Grund ist es effizienter, den Hass auf den Anführer des Gegners zu lenken. Dadurch kann der Zorn eines unschuldigen Volkes, das sich nur gegen eine „grundlose Aggression“ verteidigt, entsprechend kanalisiert werden (Ponsonby 1928:71). Diese „ausgesprochene Personalisierung des Kriegsgeschehens“ ist Courant normal in Zeiten des Konfliktes, der auch stets durch die „Verwendung von Kollektivtypisierungen“ geprägt wird (Imhof 1995:124). Auch im ausgehenden 20. respektive zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich an dieser Propagandatechnik nichts geändert.

3.3 Das Propagandamodell – Medien als Instrument der herrschenden Klasse

In der Tradition von Morelli und Ponsonby bewegt sich auch die Medientheorie der beiden US-Wissenschaftler Noam Chomsky und Edward S. Herman (2002). In ihren Arbeiten über die bürgerlichen US-Zeitungen zeigten die beiden Forscher, wie die

grossen Zeitungen systematisch Propaganda für die Sichtweisen der herrschenden Klasse betrieben. Anders als die Definitionen von Ponsonby (1928), Morelli (2010) und der Bundeszentrale für politische Bildung (2011) betrachten Chomsky und Herman Propaganda nicht als eine zentral gesteuerte Kampagne zur Meinungsmanipulation, sondern eine unbewusst betriebene Form der Persuasion. Dabei orientieren sie sich am Sozialphilosophen Jacques Ellul (1973:64), der von „soziologischer Propaganda“ sprach. Ellul schrieb:

„Sociological propaganda springs up spontaneously; it is not the result of deliberate propaganda action. No propagandists deliberately use this method, though many practice it unwittingly, and tend in this direction without realizing it. For example, when an American producer makes a film, he has certain definite ideas he wants to express, which are not intended to be propaganda. Rather, the propaganda element is in the American way of life with which he is permeated and which he expresses in his film without realizing it.”

An dieser erweiterten Definition von Propaganda orientiert sich der Autor dieser Arbeit in den folgenden Kapiteln, wenn er von Propaganda spricht. Für Chomsky und Herman hat Propaganda keinen konspirativen Charakter.⁴ Den Grund für die Propaganda sehen die Sozialwissenschaftler in erster Linie in einer Form der Selbstzensur. Journalisten, die in grossen Zeitungen in einflussreiche Positionen gelangen möchten, müssen sowieso schon „richtig“ denken.

Chomsky und Herman (2002:x) schreiben: „Most biased choices in the media arise from the preselection of right-thinking people, internalized preconceptions, and the adaptation of personnel to the constraints of ownership, organization, market, and political power.”

Diese Form der Selbstzensur hat zur Folge, dass nicht alle Informationen, welche für die Öffentlichkeit relevant sein könnten, auch in den Zeitungen abgedruckt werden – ein Umstand, auf den der bereits erwähnte Medienkritiker Walter Lippmann (1922)

⁴ Dies ist einer der Kritikpunkte, der den beiden Forschern immer wieder vorgeworfen wurde (Becker 2016:16). Einzelne Medienwissenschaftler betrachten diese jedoch als haltlos (Edgley 2009).

hinwies. Schliesslich sei jede Zeitung, sobald sie die Leserschaft erreicht, das Ergebnis einer ganzen Serie von Selektionen. Gemäss dem Propagandamodell von Chomsky und Herman (2002:2) wird eine Nachricht dann veröffentlicht, wenn sie zuvor fünf Filter passiert hat. Und zwar die folgenden (Chomsky und Herman 2002:2):

„(1) The size, concentrated ownership, owner wealth, and profit orientation of the dominant mass-media firms; (2) advertising as the primary income source of the mass media; (3) the reliance of the media on information provided by government, business, and ‘experts’ funded and approved by these primary sources and agents of power; (4) ‘Flak’ as a means of disciplining the media; and (5) ‘anticommunism’ as a national religion and control mechanism.”

Der erste Filter berücksichtigt die Interessen des Medieneigentümers: Die dominanten Medienunternehmen werden von sehr reichen Personen oder Managern, die wiederum unter dem Joch der Eigentümer oder anderen marktorientierten Kräften stehen, kontrolliert. Dabei gelte es zu berücksichtigen, dass die Medienunternehmen wiederum eng mit anderen Grosskonzernen sowie auch mit den Regierungen verflochten sind und teilweise auch gemeinsame Interessen verfolgen (Chomsky und Herman 2002:14). Hinzu kommt: Der Eigentümer der Zeitung legt die publizistische Linie seines Mediums fest und sucht entsprechendes Führungspersonal aus, das im Normalfall die herrschende Kultur internalisiert hat. Somit verfügen für Chomsky und Herman die leitenden Redaktoren folglich bereits über die richtigen Denk- und Wahrnehmungsschemata, da sie die Werte und Ansichten des Eigentümers teilen (Chomsky und Herman 2002:xi). Aus diesem Grund sind Interventionen seitens der Eigentümer kaum oder nur selten notwendig, weil die Wahl der Nachrichten, die Schwerpunkte, der Ton und der Rechercheifer, den die Journalistinnen und Journalisten an den Tag legen, bereits mehrheitlich im Einklang mit der politischen Agenda der Eigentümer stehen (Chomsky und Herman 2002:xi; Herman 1999:58).

Der zweite Filter stellt die Interessen der Werbekunden dar. Die ökonomische Existenz privatwirtschaftlicher Medien hängt unter anderem davon ab, ob Firmen sich entscheiden, Werbung bei ihnen zu platzieren. Die Werbekunden sind selbst profitorientiert – genauso wie die Medieneigentümer. Sie möchten, dass ihre Werbung in einem konsumfördernden Umfeld erscheint. Zuletzt werden Medien umso höhere

Werbeeinnahmen erzielen, je wohlhabender und kaufkräftiger das Publikum ist. So ist es nicht überraschend, dass die bürgerlichen Zeitungen eine Weltsicht vermitteln, die wiederum auch die Interessen und Sichtweisen der an diesem Handel beteiligten Personen widerspiegelt (Chomsky 2003b:63).

Der dritte Filter geht auf die Beziehung zwischen den Medien und ihren Quellen ein. Journalismus ist zwar auf den ununterbrochenen und verlässlichen Fluss an Informationen angewiesen, er kann aber aus ökonomischen Gründen längst nicht überall, wo etwas geschehen könnte, Reporterinnen und Reporter und Kameras haben. Deshalb ist der Journalismus dem Zwang unterworfen, eine „symbiotische Beziehung“ zu ökonomisch und politisch mächtigen Informationsquellen zu unterhalten (Chomsky und Herman 2002:18ff.). Die Vorteile, Mitglieder der Machteliten als Quellen zu haben, sind: Einerseits können sie schnell Informationen liefern, wodurch für die Journalisten aufwendige Überprüfungsrecherchen nicht notwendig sind. Andererseits gelten sie als „glaubwürdig“. Für Chomsky und Herman (2002:22) bedeutet diese enge Beziehung zwischen den Medienschaffenden und den Eliten aus Politik und Wirtschaft, dass letztere eindeutig am längeren Hebel sind und ungestraft Lügen und Propaganda verbreiten können. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch, wie die Medien die Quellen zu Wort kommen lassen. Oftmals kommt es beispielsweise vor, dass Mitglieder der Machteliten ausführlich wiedergegeben werden, während eine weitere Konfliktpartei bloss marginal berücksichtigt wird und gleichzeitig der historische und politische Kontext des Konfliktes vernachlässigt beziehungsweise gänzlich ausgeblendet wird. In solch einem Fall ist es für die Leserinnen und Leser schwierig, die Zitate richtig einordnen zu können. Herman spricht in diesem Zusammenhang auch von nominaler Objektivität (Herman 1999:58).⁵

⁵ Die nominale Objektivität darf für Herman (1999:58ff.) nicht mit der substantiven beziehungsweise der inhaltlichen Objektivität verwechselt werden. Letztere wäre in normativer Hinsicht erstrebenswert. Sie ist für Herman dann gegeben, wenn den Leserinnen und Lesern eine Vielzahl an Ansichten zum entsprechenden Medienereignis präsentiert werden. Was in den Augen Hermans jedoch nur dann möglich ist, wenn Medienschaffende die Fakten herauszufinden gewillt sind und diese fair und unparteiisch darstellen – ohne politische Zwänge.

Der vierte Filter mit dem Namen „Flakfeuer“ bezieht sich auf negative und unliebsame Medienaussagen. Diese können zur Folge haben, dass mächtige Akteure in Form von Briefen, Telefonanrufen, Drohungen und Gerichtsklagen Druck auf die Zeitung ausüben. Grundsätzlich gilt: Je mächtiger ein Akteur ist, desto grösser sind die Chancen, dass dieser mittels Flakfeuer auf die Medien einwirken und entsprechend auch kritische Berichte vereiteln kann (Chomsky und Herman 2002:26).

Der fünfte Filter heisst „Antikommunismus als Kontrollmechanismus“. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung des Buchs 1988 die Gegnerschaft zum Kommunismus ein Grundprinzip in der US-Politik war, das auch weite Teile der Medien teilten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Antikommunismus-These zwar geschwächt, jedoch ist in den Augen von Chomsky und Herman (2009:15) die Antithese zum Kommunismus, der „freie Markt“, zu einem höheren Status, nämlich zur dominanten Ideologie aufgestiegen. Ausserdem sei der „Krieg gegen den Terror“ zu einem nützlichen Ersatz für die sowjetische Bedrohung geworden.

All diese fünf beschriebenen Filter interagieren miteinander und verstärken sich wiederum (Chomsky und Herman 2002:2). Sie determinieren letztlich, was einen „Nachrichtenwert“ hat und was nicht. In den Studien Chomskys und Hermans verdeutlichte sich dies anhand der Berichterstattung über die Opfer von politischen Konflikten oder Kriegen. Während die bürgerliche Presse in den USA stets ausführlich und mit Leidenschaft und Solidarität über Gewalt oder Morde berichtete, die sich in US-Feind-Staaten wie zum Beispiel Russland ereigneten, vernachlässigten die gleichen Zeitungen die Berichterstattung über den Terror, der von den USA und/oder ihren Verbündeten ausging. Diese Dichotomisierung zwischen „wertlosen“ und „wertvollen“ Opfern nennt Andrew Kennis (2009:387) die „crux of the propaganda model and the consequential expression of the five filters“. Das heisst: Die Gegenüberstellung von „Freund“- vs. „Feind“-Staaten bildet bei der Untersuchung der Medien für Chomsky und Herman den Ausgangspunkt. Im Zuge der Analyse der Ergebnisse dieser Arbeit wird diese Gegenüberstellung auch als analytisches Werkzeug dienen. Dadurch soll festgestellt werden, ob die Zeitungen das Propagandamodell bestätigen oder nicht.

3.4 Soziologische Erklärungen: Selbstzensur – oder wenn Journalismus zur Glaubenslehre wird

„Wie kann es sein, dass immer wieder bestimmte Nachrichten und Informationen, die in den Medien vorherrschenden Erzählungen entgegentreten, dauerhaft von den grossen Medien ignoriert, ausgeblendet, nicht veröffentlicht und gesendet werden – oder allenfalls in marginalisierter Form?“ Diese Frage stellte sich der Soziologe Marcus B. Klöckner (2019:20) und bewegt sich damit nahe an Chomskys und Hermans systematischer Medienkritik. Anders als die beiden US-Wissenschaftler führt Klöckner die journalistische Praxis respektive die vorherrschenden Narrative, welche die Medien vermitteln, auf die Sozialisation der Journalistinnen und Journalisten zurück. Gemäss Klöckner wird die Berichterstattung durch strukturelle Begebenheiten geprägt. Dazu zählen beispielsweise Faktoren wie die Herkunft der Medienschaffenden, ihre Weltsicht, ihr Habitus und ihre Klassenlage, die allesamt eine wichtige Rolle spielen. Möchte man in den grossen Medienhäusern Karriere machen, benötigt man den „richtigen“ Habitus, die „richtige“ Weltsicht. Insbesondere in den grossen Medienhäusern sieht Klöckner aufgrund ähnlicher Sozialisation und Weltsicht vieler Medienschaffender eine subtile Form der Zensur vorherrschend. Unter Zensur verstehen westliche Demokratien die staatliche oder kirchliche Überwachung der Informationen – dabei kann es sich um gewöhnliche Druckerzeugnisse, Funk- oder Fernsehsendungen, Theaterstücke oder weitere Inhalte von Massenmedien handeln (Historisches Lexikon der Schweiz 2015). Die Terminologie ist zwar oft negativ konnotiert. Jedoch gibt es eine weitere beziehungsweise umfassendere Bedeutung des Begriffs. Auch in Demokratien üben Medien Zensur aus, die in ihren Auswirkungen einer allumfassenden staatlichen Zensur, wie sie beispielsweise in totalitären Regimes üblich ist, in gewisser Weise ähnlich ist (Klöckner 2019:25). Während die staatliche, von oben verordnete Zensur eindeutig erkennbar ist und zugeordnet werden kann, ist der Entstehungsprozess jener Zensur, die im Folgenden genauer erläutert wird, undurchsichtig. Diese real existierende Form der Zensur kann nicht von den etablierten und allgemein akzeptierten Definitionen von Zensur erfasst werden. Es ist eine Form der Zensur, die gewissermassen sozial gewachsen ist. Die nicht von aussen, sondern von innen auf das journalistische Feld einwirkt und eine soziologische Dimension aufweist (Klöckner 2019:25). Klöckner schreibt:

„Zensur in einem System freier Medien bedeutet, dass bestimmte Perspektiven, Meinungen, Themen und Informationen bewusst oder unbewusst von Journalisten aufgrund von sozialstrukturellen, sozialisationsbedingten, weltanschaulichen Ursachen und Antrieben medienübergreifend dauerhaft und weitgehend nicht dem medialen Diskurs zugänglich gemacht werden. Die Selektion, Einordnung und Gewichtung von Informationen, Nachrichten und Ereignissen verläuft bei bestimmten Informationen und Themen medienübergreifend dauerhaft und weitgehend nicht mehr nach journalistischen Standards, sondern nach Weltanschauungen und Glaubensüberzeugungen.“

Gemäss Klöckner handelt es sich hierbei um eine internalisierte Zensur. Diese Form der Selbstzensur geht einher mit dem, was Jacques Ellul (1973:64) als soziologische Propaganda bezeichnete:

„Such propaganda is essentially diffuse. It is rarely conveyed by catchwords or expressed intentions. Instead it is based on a general climate, an atmosphere that influences people imperceptibly without having the appearance of propaganda; it gets to man through his customs, through his most unconscious habits. It creates new habits in him, it is a sort of persuasion from within. As a result, man adopts new criteria of judgment and choice, adopts them spontaneously, as if he had chosen them himself. But all these criteria are in conformity with the environment and are essentially of a collective nature. Sociological propaganda produces a progressive adaptation to a certain order of things, a certain concept of human relations, which unconsciously molds individuals and makes them conform to society.“

Aufgrund gleichartiger Denk-, Wahrnehmungs- und Beurteilungsschemata entsteht somit eine Selbstzensur, die dazu führt, dass Medien bestimmte Themen aufgreifen, bestimmte jedoch nicht.⁶ Ohne dass die Inhalte, wie in totalitären Staaten, kontrolliert beziehungsweise unterdrückt werden, entsteht somit eine Zensur, die durch die einzelnen Journalistinnen und Journalisten selbst verursacht und nicht von oben aufoktroziert wird. Ein Umstand, den der französische Soziologe Pierre Bourdieu (1998:21) als strukturelle „Korruptheit“ bezeichnet, die in der Branche der

⁶ Erklärungen hierfür kann auch die Standpunkt-Theorie geben (vgl. Bourdieu 2017)

Medienschaffenden vorherrschend sei. „Sie (die Medienschaffenden, Anm. des Autors) manipulieren sogar sehr oft um so besser, wenn sie selbst manipuliert sind, ohne es zu wissen“ (Bourdieu 1998:21). Und noch einmal Bourdieu (1998:67):

„Kein Diskurs, keine Aktion, die nicht, um überhaupt öffentlich diskutierbar zu werden, die Probe der journalistischen Auswahl bestehen müsste – das heisst eine erbarmungslose Zensur, die die Journalisten ausüben, ohne es überhaupt zu wissen, und bei der nur durchschlüpft, was in der Lage ist, sie zu interessieren, ihre ‘Aufmerksamkeit zu wecken’, das heisst ihren Kategorien, ihrem Wahrnehmungsschema zu entsprechen, und bei der sie als unbedeutend oder gleichgültig symbolische Äusserungen zurückweisen, die es verdienen würden, alle zu erreichen.“

Die Selbstzensur wiederum hat zur Folge, dass die Medienschaffenden Informationen ausblenden, die nicht ihrem Weltbild entsprechen. Bourdieu (1998:23) spricht in diesem Zusammenhang auch vom „Verstecken durch Zeigen“.

Hierzu ein konkretes Beispiel: Schrieben Schweizer Journalisten im Zuge des Kalten Krieges über den Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion, so berichteten sie überwiegend US-freundlich und kritisch über die Sowjetunion (Imhof, Kleger und Romano 1996; Engeler 1990; Buomberger 2017). Dabei handelten sie keineswegs bewusst manipulativ und sahen sich nicht als Propagandisten für die US-Regierung. Es war aber für viele Journalisten das Natürlichste der Welt, antikommunistisch gesinnt zu sein und die Sowjetunion kritisch zu beäugeln. Entsprechend wurden sie sozialisiert. Ungeachtet der formellen Neutralität herrschte in der Schweiz über Jahrzehnte hinweg ein Antikommunismus, der insbesondere weite Teile des Bürgertums erfasst hatte (Engeler 1990; Buomberger 2017). Eine antikommunistische Weltsicht hatten Journalistinnen und Journalisten hierzulande inkorporiert beziehungsweise internalisiert. Entsprechend manifestierte sich dieses Gedankengut auch in den Schweizer Zeitungen, die vorwiegend antikommunistische und antirussische Positionen zu internationalen Konflikten wiedergaben (Imhof, Kleger und Romano 1996). Das Beispiel zeigt: Den freischwebenden Journalisten gibt es nicht. Journalistinnen und Journalisten durchlaufen, genauso wie andere Individuen, eine Sozialisation, die sie und ihre Wahrnehmung auf die Welt prägt und bis zu einem

gewissen Grade auch determiniert.⁷ Mit dem Sozialisationsprozess eignen sich die Individuen ganz natürlich auch einen Habitus an. Pierre Bourdieu (Schwingel 1998:71; vgl. Bourdieu 2012:686-690) definierte diesen wie folgt:

„Durch transformierende Verinnerlichung der äusseren (klassenspezifisch verteilten) materiellen und kulturellen Existenzbedingungen entstanden, stellt der Habitus ein dauerhaft wirksames System von (klassenspezifischen) Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata dar, das sowohl den Praxisformen sozialer Akteure als auch der mit dieser Praxis verbundenen alltäglichen Wahrnehmung konstitutiv zugrunde liegt.“

Der Habitus ist zugleich strukturierte als auch strukturierende Struktur (Klößner 2019:30). Das heisst: Im Habitus spiegeln sich zum einen die ganzen Prägungen unserer Sozialisation wieder (strukturierte Struktur), gleichzeitig strukturieren wir durch ihn auch uns selbst und unsere Umwelt (strukturierende Struktur). Der Habitus hat die Tendenz, sich selbst zu reproduzieren. Für den Journalismus, schreibt Klößner (2019:30), bedeutet das, „dass der dominierende Habitus versucht, die ‘innere Ausrichtung’ des journalistischen Feldes an ihn anzupassen. In dem Feld entstehen gemeinsame ‘mentale Strukturen’, eine gemeinsame Weltsicht formt sich aus.“

Nun ist die Welt des Journalismus kein monolithischer Block, genauso wenig wie andere Berufsgruppen. Trotzdem können gewisse Aussagen über das Berufsfeld der Medienschaffenden getroffen werden, die etwas über ihre Wahrnehmung aussagen. Weischenberg, Scholl und Malik (2006:70) schrieben über die Zusammensetzung der Journalisten in Deutschland:

„Journalisten unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer formalen Bildung vom Durchschnitt der Bevölkerung. Sie rekrutieren sich auch sehr deutlich vor allem aus einem Bereich der Gesellschaft: der Mittelschicht. Rund zwei Drittel der Väter von

⁷ Die Sozialisation ist ein komplexer Vorgang. In der wissenschaftlichen Diskussion wird zwischen der primären und der sekundären Sozialisation unterschieden. Luckmann und Berger (2001:141) definieren sie wie folgt: „Die primäre Sozialisation ist die erste Phase, durch die der Mensch in seiner Kindheit zum Mitglied der Gesellschaft wird. Sekundäre Sozialisation ist jeder spätere Vorgang, der eine bereits sozialisierte Person in neue Ausschnitte der objektiven Welt ihrer Gesellschaft einweist.“

Journalisten sind oder waren Angestellte oder Beamte; Kinder von Arbeitern stellen eine kleine Minderheit dar.“

Zu ähnlichen Resultaten kam Peter Ziegler (2008:30), der an mehreren Journalismus-Schulen in Deutschland Absolventen untersuchte. Ziegler bezeichnete die künftigen Medienschaffenden als eine „veritable Leistungselite“, „die überwiegend der Mittelschicht entstammt“ (Ziegler 2008:30). Nicht anders ist die Situation in der Schweiz. Auch hierzulande bilden die Journalistinnen und Journalisten nicht einen Querschnitt der Bevölkerung ab, sondern stammen vermehrt aus der oberen Mittelschicht beziehungsweise der Oberschicht (Keel 2011:159ff.). Häufiger als andere Berufsgruppen verfügen sie über einen akademischen Hintergrund. 2008 verfügten rund 47 Prozent der Schweizer Journalistinnen und Journalisten über einen Hochschulabschluss (Keel 2011:168). Am höchsten ist der Akademisierungsgrad bei den Printjournalisten der grossen Zeitungen. Dieser soziodemographische Hintergrund hat entsprechende Auswirkungen auf die journalistische Arbeit.

Bourdieu (Abels 2006:217; vgl. Bourdieu 2012:277-331) bezeichnete den Habitus der Mittelklassen als „Prätentionshabitus“.⁸ Der französische Soziologe (2012) sprach vom Streben dieser Klasse, sich weiter nach oben zu bewegen. Der Habitus der Mittelschicht zeichnet sich insbesondere durch Anpassung und Konformismus aus. Dadurch zeichnet sich ein strukturelles Dilemma ab. Die Medienschaffenden, die gemäss dem liberalen Paradigma als Wachhunde die Mächtigen kritisieren und herausfordern sollten, sind dazu aufgrund ihrer Sozialisation und ihrem Habitus nicht fähig. Klöckner (2019:35) stellt nüchtern fest:

„Der Habitus, der das journalistische Feld dominiert, ist zumindest in der Tendenz nicht dazu geeignet, ‘die da oben’ fundamental anzugreifen. Konsequenter weitergedacht: Das journalistische Feld ist nicht dazu in der Lage, das hervorzubringen, was es liefern soll, nämlich dauerhaft (und nicht nur punktuell) einen gesellschaftspolitischen kritischen Journalismus, der das Verhalten der Herrschenden, wenn nötig, von Grund auf und mit aller Entschlossenheit kritisiert.“

⁸ Die Konnotation „Anmassung“ ist hier leicht verwirrend und eine Folge der deutschen Übersetzung. Passender sollte es „behaupten“ oder auch „streben nach“ heissen (Klöckner 2019:33).

Dies erklärt sich dadurch, dass die Akzeptanz der Herrschaftsverhältnisse quasi zur inneren Programmierung des Mittelschicht-Habitus gehört (Klößner 2019:33). Dadurch leisten die Medien „einen unbewussten Beitrag zur Naturalisierung der herrschenden Sichtweise der sozialen Welt“ (Bourdieu 2004:175). Entsprechend werden die herrschenden Verhältnisse und die Machteliten nicht a priori journalistisch herausgefordert. Im Gegenteil: Vielfach übernehmen die Medienschaffenden selbst die Positionen der Machteliten. Frei nach dem Diktum von Karl Marx (1971:55): „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken.“ Das geschieht geradezu natürlich, indem Journalistinnen und Journalisten ideologische Annahmen beziehungsweise implizite Werturteile oder Prämissen der politischen und wirtschaftlichen Eliten übernehmen (Herman und Chomsky 2002; siehe auch Herman 1999:59). Eine solche Annahme kann beispielsweise sein, dass Journalistinnen und Journalisten den nationalen respektive eigenen Machteliten wohlwollende und den Führern von sogenannten Feind-Staaten bloss eigennützige Intentionen unterstellen – wie im Ponsonby-Morelli-Modell (2010) bereits an früherer Stelle dargelegt wurde.

Gleiches gilt für die Annahme, dass die eigenen Machteliten in der Regel die Wahrheit sagen, diejenigen der Feind-Staaten jedoch stets lügen und manipulieren (Herman 1999:59). Sowie auch neoliberale Vorstellungen, dass Freihandel stets gut und Regulationen seitens des Staats stets schlecht sind. Alle diese Beispiele haben eines gemein: Es handelt sich hierbei jeweils um ideologische Prämissen respektive Annahmen, die kompatibel mit den Vorstellungen der politischen und wirtschaftlichen Eliten sind. Herbert Gans (1979) spricht in diesem Zusammenhang von einer „Paraideologie“, die viele Medienschaffende teilen. Dazu kann auch der Glaube an eine sogenannte altruistische Demokratie oder einen „verantwortungsvollen Kapitalismus“ gehören.

4 Forschungsdesign

Wie bereits an früherer Stelle erwähnt, möchte die folgende Masterarbeit die Berichterstattung einzelner Schweizer Zeitungen zum Ukraine-Konflikt näher

untersuchen. Dabei werden insbesondere drei Kommunikationsereignisse des Konfliktes genauer analysiert.

4.1 Untersuchte Ereignisse und These

- Proteste gegen Janukowitsch (18. Februar bis 22. Februar 2014)
- Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew (22. Februar bis 6. März 2014)
- Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew (22. Februar bis 6. März 2014)

Während für den Tages-Anzeiger und die NZZ die Zeitspanne vom 18. Februar 2014 bis zum 6. März 2014 reicht, wird diese für die beiden Wochenzeitungen WOZ und Weltwoche noch ausgedehnt. Die Analyse der Medienereignisse für die WOZ umfasst den Zeitraum vom 31. Januar 2014 bis zum 6. März 2014. Derjenige für die Weltwoche erstreckt sich vom 1. Februar 2014 bis zum 12. März 2014. Dadurch können für beide Wochenzeitungen jeweils sieben Artikel berücksichtigt werden.

Die bisherigen Studien zur Berichterstattung deutscher Zeitungen über den Ukraine-Konflikt beschränkten sich jeweils auf ein Kommunikationsereignis (vgl. Schicht 2015; Jungblut 2013). Diese Arbeit fokussiert sich auf drei Kommunikationsereignisse, die sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten abspielten. Dadurch können für die Berichterstattungsanalyse Vergleiche gezogen werden, ob die ausgewählten Zeitungen bei der Beurteilung und Beschreibung der unterschiedlichen Kommunikationsereignisse ähnliche Wahrnehmungs- und Beurteilungsschemata an den Tag legten, oder sich diese möglicherweise stark voneinander unterschieden. Für die Berücksichtigung des Kommunikationsereignisses „Sturz Janukowitschs“ spricht zusätzlich die Tatsache, dass dieser in den bisherigen Analysen zur Berichterstattung deutschsprachiger Medien keine Beachtung fand. Aufgrund der Brisanz dieses Ereignisses – führte es doch zu einem internationalen Stellvertreterkrieg, der bis zum heutigen Tage anhält –, ist es von besonderer Bedeutung, dass die Berichterstattung darüber akribisch untersucht wird.

Für die untersuchten Ereignisse stellt der Autor dieser Arbeit folgende These auf: Die beiden bürgerlichen Tageszeitungen NZZ und Tages-Anzeiger werden die

Kommunikationsereignisse genauso wie die US-Medien (Herman und Peterson 2014) deuten und das „hegemoniale Narrativ“ (Boyd-Barrett 2017:163ff.) übernehmen. Sie werden die ukrainische Regierung unter Wiktor Janukowitsch als einen „Feind-Staat“ und die US-freundliche Regierung, die Ende Februar 2014 an die Macht kam, als „Freund-Staat“ betrachten und überwiegend positiv darstellen. Sollte dies zutreffen, so würden die beiden Zeitungen das Propagandamodell von Chomsky und Herman (2002) im Zuge dieser Untersuchung bestätigen.⁹ Für die beiden Wochenzeitungen stellt der Autor dieser Arbeit die These auf, dass diese das Propagandamodell nicht bestätigen werden.

Einfließen werden im Rahmen dieser Masterarbeit alle journalistischen Produkte, welche in den ausgewählten Zeitungen während der erwähnten Zeiträume den Ukraine-Konflikt thematisierten. Darunter fallen: Berichte, Front- oder Leitartikel sowie auch Kommentare – nicht berücksichtigt werden Interviews und Agenturmeldungen. Der Verfasser dieser Masterarbeit erhielt den Zugang zu den Artikeln entweder anhand der Online-Archive der Zeitungen oder über die Schweizer Mediendatenbank (SMD). Gesucht wurden alle Artikel für die entsprechenden Zeiträume unter dem Stichwort „Ukraine“.

Alle Artikel, welche unter diesem Begriff während der genannten Zeiträume in den Zeitungen publiziert wurden, fliessen in die Analyse ein. Die einzigen Ausnahmen bilden Texte, in denen das Wort „Ukraine“ nicht im Zusammenhang mit dem politischen Konflikt erwähnt wurde. Das kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn das Wort „Ukraine“ im Zusammenhang mit Sport, Olympia, Börsenmeldungen usw. genannt wurde.

⁹ Konkret äusserte sich das „hegemoniale Narrativ“, wie es Boyd-Barrett bezeichnet, für die drei Kommunikationsereignisse wie folgt (Boyd-Barrett 2017:3): *Protest gegen Janukowitsch*: Während die US-Medien grosse Sympathien mit den Demonstrationen bekundeten und den Präsidenten Wiktor Janukowitsch stets diffamierten, sahen die russischen Medien die Proteste als eine weitere Farbrevolution an, welche von der US-Regierung unterstützt worden sei. *Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew*: Für die US-Medien verkörperte der Sturz Janukowitschs einen wirtschaftlichen Fortschritt und eine Annäherung in Richtung Demokratie. Die russischen Medien wiederum interpretierten den Sturz als eine Gefahr. Dahinter sahen sie die USA, welche die Ukraine in die Nato zu integrieren beabsichtigte und dabei mit rechtsextremen Gruppen zusammenarbeitete. *Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew*: Im Gegensatz zu den Demonstrationen gegen Wiktor Janukowitsch interpretierten die US-Medien die Proteste gegen die neuen Machthaber unisono negativ und sahen diese weitgehend von Russland gesteuert. Für die russischen Medien handelte es sich um legitime Proteste, die gegen eine russophobe und faschistische Regierung gerichtet waren.

4.2 Qualitativ-quantitative Analyse

Untersucht werden die Zeitungsartikel über den Ukraine-Konflikt anhand einer qualitativ-quantitativen Inhaltsanalyse. Das methodische Vorgehen erfolgt entlang des Modells von Jürgen Gerhards und Monika Lindgens (1995) und Franz Egle (2009).¹⁰ Gerhards und Lindgens (1995) untersuchten anhand des Modells, das im Folgenden noch näher beschrieben wird, den medialen Diskurs zum Thema Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum von 1970 bis 1994. Egle (2009) wiederum analysierte die mediale Wahrnehmung des Weltwirtschaftsforums (WEF) Davos zwischen 1998 und 2005.

Konkret sieht das methodische Vorgehen für jeden Text wie folgt aus: Erfüllt der entsprechende Text die Kriterien für das Sampling, wird folgendermassen vorgegangen: Zunächst wird definiert, um was für ein journalistisches Produkt es sich handelt (Korrespondentenberichte, Leit- bzw. Frontartikel sowie Kommentare/Meinungsartikel). Meinungsartikel können sowohl von Journalistinnen und Journalisten der jeweiligen Zeitung geschrieben worden sein oder auch von Intellektuellen, die einen Gastbeitrag verfassten. Weiter werden die Positionen der Aussageträger dem jeweiligen Kommunikationsereignis beziehungsweise dem jeweiligen Positionsobjekt zugeordnet.¹¹ Die einzige Ausnahme hierbei bilden die Kommentare.¹²

¹⁰ Im Unterschied zu Gerhards und Lindgens (1995) und Egle (2009) wird diese Arbeit bloss die Aussageebene berücksichtigen. Gamson, Gerhards, Ferree und Rucht (2002), Gerhards und Lindgens (1995) und Egle (2009) machten in ihren Untersuchungen jeweils eine Unterscheidung zwischen der Artikel- und der Aussageebene. Während auf der Aussageebene untersucht wurde, wie sich die Aussageträger zu den unterschiedlichen Themen äusserten, stand auf der Artikalebene der primäre Fokus des Artikels im Vordergrund.

¹¹ Mit Aussageträgern sind diejenigen Personen gemeint, welche in der Zeitung zu Wort kommen. Als Synonyme werden in dieser Arbeit auch die Begriffe „Quelle“ oder „Stimmen“ verwendet.

¹² Bei den Kommentaren/Meinungsartikeln werden die Kommentatorinnen oder Kommentatoren wiederum selbst als Aussageträger betrachtet. Das bedeutet: Es wird jeweils untersucht, welche Position der Kommentator oder die Kommentatorin zu einem spezifischen Positionsobjekt äussert. Methodisch ist dieses Verfahren zweifellos nicht immer über jeden Verdacht erhaben, da die Kommentierenden teilweise mehr als eine Position zu mehr als einem Thema/Positionsobjekt äussern. Wenn dies der Fall ist, wird der Fokus stets auf die Frage der primären Botschaft gerichtet: Das heisst: Was ist die eigentliche Botschaft, welche uns der Kommentator übermitteln will? Diese Botschaft wird dann als „Position“ berücksichtigt. Entsprechend werden die Kommentatoren, genauso wie die Aussageträger in den Korrespondentenartikeln, wiederum in die entsprechenden Kategorien Janukowitsch-Gegner oder Janukowitsch-Anhänger etc. eingeteilt. Eine Unterteilung der Kommentare in die drei unterschiedlichen Kommunikationsereignisse wird hier nicht mehr vorgenommen.

Einfach veranschaulicht lauten die Fragen, die sich für jeden Artikel stellen:

- Aussageträger: Wer kommt zu Wort?¹³
- Positionsobjekt: Zu welchem Thema äussert er oder sie sich?
- Position: Wie positioniert sich der Akteur zum jeweiligen Thema?

Anhand der Indikatoren lassen sich die Resonanzdynamiken erkennen, welche in den entsprechenden Zeitungen den medialen Diskurs hinsichtlich des Ukraine-Konfliktes dominierten. Pro Artikel werden maximal vier Akteure in der Analyse berücksichtigt. Die Aussageträger, welche die Zeitungen zitierten, werden für die einzelnen Kommunikationsereignisse wiederum kategorisiert. Für die Kommunikationsereignisse „Proteste gegen Janukowitsch“ und „Sturz Janukowitsch und neue Machthaber“ werden die Akteure in Janukowitsch-Anhänger oder Janukowitsch-Gegner (respektive Maidan-Gegner oder Anhänger) unterteilt. Beim Kommunikationsereignis „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“ werden die Akteure aufgeteilt in Anhänger und Gegner der neuen Machthaber in Kiew. Um auch ein Gesamtbild für alle drei Kommunikationsereignisse hinsichtlich der Auswahl der Aussageträger zu erhalten, wird für jeden Artikel immer auch die Unterteilung in russlandaffine vs. US-europaaffine Aussageträger gemacht. Zur ersteren Gruppe zählen die Janukowitsch-Anhänger sowie die Gegner der neuen Machthaber, zur letzteren Gruppe zählen die Janukowitsch-Gegner sowie die Anhänger der neuen Machthaber in Kiew. Mittels dieser zusätzlichen Kategorisierung kann auch für die gesamte Untersuchung, die alle drei Kommunikationsereignisse beinhaltet, ein umfassendes Bild über die Quellenauswahl der Zeitungen gewonnen werden. Dadurch können Aussagen darüber gemacht werden, wie ausgewogen die Zeitungen die unterschiedlichen Parteien in dem internationalen Konflikt berücksichtigt haben.

Um noch ein präziseres Bild der Quellen zu erhalten, werden diese neben den bereits erwähnten Kategorien auch noch zusätzlich unterteilt in:

¹³ Es kommt im Rahmen der Analyse auch schon einmal vor, dass gewisse Aussageträger, die zu einem bestimmten Positionsobjekt Stellung bezogen haben, sich zu einem späteren Zeitpunkt äusserten, der nicht mehr mit dem Kommunikationsereignis selbst übereinstimmt. Das ist beispielsweise dann möglich, wenn jemand im März 2014 noch zu den Protesten gegen Janukowitsch Stellung nahm.

- etablierte Akteure aus der Politik
- etablierte Akteure aus der Wirtschaft
- nicht etablierte Akteure
- Medien
- Wissenschaft/Denkfabriken
- abstrakte Quellen
- Religion
- Kultur
- NGO's
- Parteien
- Anderes

Dadurch kann aufgezeigt werden, welchen Aussageträgern die Zeitungen mehr und welchen weniger Aufmerksamkeit respektive Bedeutung schenken. Und wie oft die einzelnen Zeitungen auf welche Quellen zurückgegriffen haben. Gesamthaft gesehen kann mittels der Methode ein Bild entworfen werden, welche Positionen im medialen Diskurs vorherrschend waren. Im Folgenden wird ein konkretes Beispiel für die Kategorisierung der Positionen beziehungsweise der Aussageträger dargestellt: Die NZZ (Flückiger 2014c) schreibt: „Die Regierungspartei kennt keine andere Ideologie ausser derjenigen des Geldes“, lautet Radiks Analyse.“ Diese Aussage machte Radik, der als Vierzigjähriger Mann beschrieben wird, am 21. Februar 2014 in der NZZ. Es handelt sich somit um das Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“. In diesem Fall kann Radik zu den Janukowitsch-Gegnern beziehungsweise den US-europaaaffinen Aussageträgern und in die Kategorie der „nicht etablierten Akteuren“ gezählt werden. Der Grund dafür ist seine Kritik. Oleh Radik, wie der Aussageträger genannt wird, wirft Wiktor Janukowitschs Regierungspartei vor, keine andere Ideologie zu kennen, „ausser derjenigen des Geldes“. Für die bereits erwähnten drei Indikatoren beziehungsweise Fragen bedeutet das zusammengefasst:

- Aussageträger: Oleh Radik (Janukowitsch-Gegner und somit US-europaaaffin)
- Positionsobjekt: Regierung Janukowitsch
- Position: Janukowitschs Regierungspartei kennt keine andere Ideologie ausser diejenige des Geldes

4.3 Erläuterung zur Theorie und Methodik

Das Propagandamodell von Chomsky und Herman (2002; Chomsky 1997; Chomsky 1999) konzentriert sich in erster Linie auf die US-Medien. Trotzdem ist es auch auf die europäische Presse übertragbar. Das bestätigten auch neuere Studien (Klaehn 2009:49).¹⁴ Gerade in denjenigen Staaten, die zur Interessens- und Einflussosphäre der USA zählen, besteht eine Affinität zwischen der Berichterstattung der bürgerlichen Zeitungen in den USA und denjenigen in Europa. Der Medienwissenschaftler Uwe Krüger (2013) deckte in seiner Dissertation: „Meinungsmacht - Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse“ auf, dass die Chefredaktoren der grossen deutschen Zeitungen hinsichtlich ihrer Berichterstattung zu internationalen Konflikten nahezu eins zu eins die Positionen der wirtschaftlichen und politischen Eliten der USA wiedergegeben hatten. Beispielsweise sprachen sie sich überwiegend für die US-Nato-Kriege in Afghanistan aus und propagierten einen stärkeren Einsatz der deutschen Bundeswehr.¹⁵

Für die Schweizer Presse gibt es, wie schon an früherer Stelle erwähnt, zwar noch immer nur sehr wenige Untersuchungen hinsichtlich deren Berichterstattung zu internationalen Konflikten, jedoch zeigte sich ein Muster: Trotz der formellen Neutralität der Schweiz, berichteten die Zeitungen hierzulande über internationale Konflikte, in denen die USA involviert waren, auch vermehrt in Übereinstimmung mit der Sicht der US-Eliten (Imhof 1996, Jaeggi, Steiner und Wyniger 1966; Swiss Propaganda Research 2016a; Swiss Propaganda Research 2016b).¹⁶

¹⁴ Untersuchungen sowie auch Enthüllungen von Seiten von Journalisten zu jüngeren internationalen Konflikten bestätigen: Auch europäische Zeitungen bewegen sich oftmals nahe an den Positionen der US-Machteliten (Collon 2019b; Elter 2005; Eilders und Lüter 2002; Krüger 2013; Maurer, Vogelsang, Weiss und Weiss 2008, Wolff 2018:253ff; Pöhr 2005). Die Geschichte der US-Einflussnahme auf Kultur- und Medienschaffende in Europa hat eine weit zurückreichende Geschichte und begann bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie zieht sich bis in die jüngste Vergangenheit hindurch (Stonor Saunders 2001; Agee 1987; Bernstein 1977).

¹⁵ Krüger (2013) stützte sich in seinen theoretischen Überlegungen ebenfalls auf das Propagandamodell von Chomsky und Herman.

¹⁶ Diese Ergebnisse gehen einher mit der Strategie des United States National Security Council (NSC) sowie derjenigen des US-Aussenministeriums während des Kalten Krieges. Sie teilten die Ansicht, dass die Schweiz ein ausgezeichnetes Territorium hergab, um den ideologischen und kulturellen Kampf der USA gegen die Sowjetunion zu führen – und zwar aus mehreren

Nun soll im Rahmen dieser Masterarbeit geprüft werden, ob auch im Zuge des Ukraine-Konfliktes die Berichterstattung der Schweizer Zeitungen überwiegend die US-Positionen wiedergegeben und somit das „hegemoniale Narrativ“ (2017:163ff.) übernommen hatten. Dies ist anhand der gewählten Methodik möglich. Mit der qualitativ-quantitativen Inhaltsanalyse können im Zuge dieser Arbeit präzise Aussagen über die vorherrschenden Positionen und Meinungen sowie auch über die Quellenauswahl gemacht werden. Die Inhaltsanalyse erweist sich speziell für die Analyse von Mediendiskursen als fruchtbar. Mit ihr kann gleichzeitig das umfangreiche Quellenmaterial sowie auch der Sinngehalt der Äusserungen berücksichtigt werden (Egle 2009:90). Sie erlaubt es, Kommunikationszusammenhänge zu erfassen und zu messen. Die Indikatoren, die zur Analyse der Texte verwendet werden, sind intersubjektiv und nachvollziehbar. Ein weiterer Vorteil der qualitativ-quantitativen Inhaltsanalyse ist eine erhöhte Zuverlässigkeit hinsichtlich der Gütekriterien Validität, Reliabilität und Repräsentativität (Egle 2009:89ff.). Weil sowohl quantitative als auch qualitative Verfahren verwendet werden, können die Schwächen der quantitativen wiederum mit den Stärken der qualitativen Inhaltsanalyse kompensiert werden (und umgekehrt). Der Vorteil quantitativer Inhaltsanalysen ist die Anwendungsmöglichkeit: Sie können grosse Textmengen berücksichtigen. Durch kontrollierte Verfahren der Stichprobenziehung gewährleistet der Schluss von Stichproben auf die Grundgesamtheit Repräsentativität. Zudem weisen quantitative Verfahren eine hohe Reliabilität aus. Qualitative Inhaltsverfahren wiederum zeichnen sich durch eine weitgehende Übereinstimmung von Sinn und Bedeutung der analysierten Texte mit den Beobachtungskriterien des Forschers aus. Dadurch weisen sie einen hohen Grad an Validität auf.

5 Ergebnisse: Deskriptive Auswertung der beiden Wochen- und Tageszeitungen

Gründen: Weil die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Schweiz eine durch und durch antikommunistische Gesinnung geteilt haben; das Land über renommierte internationale Institutionen sowie auch über ausgezeichnete Hochschulen und eine funktionierende Presse verfügte, die international anerkannt gewesen sei. An dieser Haltung hielten die US-Macheliten in den folgenden Jahren fest (Van Dongen 2020).

5.1 NZZ

Während des Zeitraums vom 18. Februar bis am 6. März 2014 veröffentlichte die NZZ insgesamt 56 journalistische Produkte zum Ukraine-Konflikt.

Konkret sah die Unterteilung der Texte folgendermassen aus:

- 11 Frontartikel, darunter war auch ein 1 Leitartikel
- 37 Korrespondentenberichte
- 8 Kommentare

Die Quellenauswahl setzte sich wie folgt zusammen.

US-europa- vs. russlandaffine Stimmen: 103:40

Für die einzelnen Kommunikationsereignisse ergab sich folgende Bild:

- Proteste gegen Janukowitsch: (14:4)
- Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew: (27:18)
- Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew: (62:18)

Mit Abstand am meisten Gehör in der Berichterstattung der NZZ fanden etablierte politische Akteure, 84 der insgesamt 143 zitierten Quellen sind dieser Gruppe zuzuordnen.

Welche Positionen dominierten den medialen Diskurs zur Ukraine-Berichterstattung in der NZZ?

5.1.1 Proteste gegen Janukowitsch

Während die NZZ in ihren Berichten über die Maidan-Proteste viermal Janukowitsch-Anhänger berücksichtigte, schenkte die Zeitung 14-mal Janukowitsch-Gegnern ihre Aufmerksamkeit. Folgende Themen prägten die mediale Diskussion in der NZZ zum

Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ in den Tagen vor dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch am 22. Februar.

- Gewalt (4:2)
- Beziehung des „Westens“ zur Regierung Janukowitschs (3:1)
- Maidan-Proteste (3:0)
- Regierung Janukowitsch (3:0)
- Beziehung der Regierung Janukowitsch zur Opposition (1:1)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 14:4)

Mitunter am meisten Publizität im Rahmen der Proteste generierte in der NZZ das Positionsubjekt Gewalt. Sechsmal zitierte die Zeitung Aussageträger, welche dazu Stellung bezogen. Während viermal Janukowitsch-Gegner das Wort ergriffen und den Ex-Präsidenten Janukowitsch für die Eskalation bezichtigten, äusserten sich zweimal Quellen, die den „Westen“ als Katalysator für die Gewalt verantwortlich machten. Unter den Janukowitsch-Gegnern befanden sich unter anderem der ukrainisch-amerikanische Politologieprofessor Alexander Motyl sowie ein unbekannter Bürger. Beide machten den gestürzten Präsidenten für die Schüsse auf dem Maidan verantwortlich. Motyls Fazit lautete (Hermann 2014b; Schmid 2014b): „Vor dem Hintergrund seiner Verachtung für die Nation sei es eine logische Konsequenz gewesen, dass er nicht davor zurückgeschreckt sei, zuletzt auch auf die Bürger schiessen zu lassen.“ Und der unbekannte Bürger, den die NZZ ebenfalls indirekt zitierte, war überzeugt: „Dies seien Sniper der ‘Berkut’ gewesen, der Sondereinheit des Innenministeriums...“ (Schmid 2014b). Anders interpretierten russische und chinesische Quellen die Gewalt und den darauffolgenden Sturz auf dem Maidan (Ackeret 2014; Flückiger 2014b). Wang Haiyun vom China Institute for International Strategic Studies sah den Westen in der Verantwortung für die Gewalt. Dieser habe eine „farbige Revolution“ unterstützt, um eine US-freundliche Regierung an die Macht zu bringen. Um zum Ziel zu gelangen, habe der Westen auf die „Politik der Strasse“ gesetzt (Ackeret 2014).

Viermal positionierten sich Aussageträger hinsichtlich der „Beziehung des Westens zur Regierung Janukowitschs“. Konkret handelte es sich dabei um mögliche

„Sanktionen“, welche westliche Politiker gegen die Regierung Janukowitschs verhängen wollten. Drei Quellen vertraten die Ansicht, dass Präsident Janukowitsch und sein politisches Umfeld mit Sanktionen bestraft werden sollten. Eine Position, die US-Aussenminister John Kerry, die EU-Aussenminister sowie auch der ukrainische Oppositionspolitiker Vitali Klitschko äusserten (Reis Schweizer 2014; Schmid 2014a; Flückiger 2014b). Als einzige Gegenstimme kam in der NZZ Andrei Kljuchew, der Chef des ukrainischen Präsidentschaftsamtes, zu Wort: „Sie wären Öl ins Feuer“, interpretierte er die möglichen Sanktionen (Reis Schweizer 2014).

Die Proteste gegen die Regierung Janukowitschs schilderte die NZZ unisono positiv. Alle Quellen, die sich dazu in der Zeitung äusserten, solidarisierten sich mit den Protesten. „Kiew, das sei ein Aufstand gewesen, getragen ‘vom Volk’“ (Schmid 2014f), sagte beispielsweise ein Herr mittleren Alters gegenüber der NZZ über die Proteste. Eine weitere Stimme, ein 19-jähriger Schreiner, der sich an den Demonstrationen gegen Janukowitsch beteiligt hatte und dessen Frau gerade schwanger war, wünschte sich nichts mehr, als dass sein Kind als Bürger eines EU-Landes aufwächst (Schmid 2014c).

Keine Sympathien hegte die Zeitung für Janukowitsch. Die Aussageträger, welche die NZZ zum Positionsobjekt „Regierung Janukowitsch“ zitierte, dämonisierten und diffamierten die Regierung Janukowitschs allesamt und assoziierten diese mit Despotie und Autoritarismus, die im Dienste einer korrupten Clique von Oligarchen stand. „Die Regierungspartei kennt keine andere Ideologie ausser derjenigen des Geldes“, sagte Oleh Radik (Flückiger 2014c). In der westukrainischen Stadt Lwiw, dem ehemaligen Lemberg, sahen Bürger die Herrschaftsform Janukowitschs als Sklaverei an. „Alleine die letzten drei Monate haben andere Ukrainer hervorgebracht“, sagte Andri Sadowi, der sich gegenüber der NZZ über die Proteste gegen Janukowitschs Regierung äusserte (Flückiger 2014c). Und er fügte hinzu: Hier in Galizien, das erst 1945 unter die Macht der Sowjets gekommen ist, wolle niemand mehr ein Sklave sein.

Das Positionsobjekt „Beziehung der Regierung Janukowitschs zur Opposition“ bezieht sich auf die Bereitschaft, welche die Konfliktparteien zeigten, den Konflikt durch Kompromisse und Zugeständnisse zu lösen. Hier gab die NZZ je einem Gegner sowie auch einem Unterstützer Janukowitschs eine Plattform. Der russische Aussenminister

Sergei Lawrow brachte sich diesbezüglich einmal in Stellung: Er vertrat die Meinung, dass die Regierung alles in ihrer Hand Mögliche gemacht habe, um den Konflikt zu lösen. „Die ukrainische Regierung und Präsident Wiktor Janukowitsch hätten mehrmals guten Willen und Kompromissbereitschaft gezeigt, so Lawrow, doch die Opposition habe dies nicht honoriert“, zitierte die NZZ den Aussenminister indirekt (Schmid 2014b). Anders sah das ein junger Nationalist der rechtsradikalen Gruppe „Spilna Sprawa“ (auf Deutsch „Gemeinsame Sache“). Über das Abkommen¹⁷, das Janukowitsch am 21. Februar 2014 mit der Opposition unter Aufsicht der Aussenminister von Deutschland, Frankreich und Polen abschloss, sagte er: „Janukowitsch kann nur lügen“ (Schmid 2014c).

5.1.2 Sturz Janukowitschs und neue Machthaber

Auch beim Sturz Wiktor Janukowitschs und der Machtergreifung der Opposition dominierten die Janukowitsch-Gegner den medialen Diskurs in der NZZ. Während die NZZ 17-mal Anhänger Janukowitschs berücksichtigte, erhielten die Gegner des Ex-Präsidenten 27-mal die Gelegenheit, sich zu äussern.

Die Themen, welche im Zusammenhang mit dem Sturz des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitschs und der Machtergreifung der Opposition diskutiert wurden, lauten:

- Regierung Janukowitsch (13:4)
- Beziehung des „Westens“ zu den neuen Machthabern (9:0)
- Neue Machthaber in Kiew (0:3)
- Sturz Janukowitschs (0:6)
- Die Rolle des „Westens“ in der Ukraine (0:4)
- Zukunft der Maidan-Demonstrationen (2:0)
- Anderes (3:1)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 27:18)

¹⁷ Das Abkommen sah eine Rückkehr zur Verfassung von 2004 vor. Weiter hätte innerhalb von zehn Tagen eine Übergangsregierung gebildet werden sollen. Die Verfassung sollte bis im September 2014 reformiert werden und neue Präsidentschaftswahlen waren ebenfalls bereits für den Herbst 2014 vorgesehen (Bröckers und Schreyer 2019:91ff.).

Mitunter am meisten Publizität generierte das Thema „Regierung Janukowitsch“. 17 der insgesamt 45 Positionen, die unter dem Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber“ in der Zeitung des Freisinns abgebildet wurden, richteten ihre Aufmerksamkeit auf die gestürzte Regierung Janukowitschs. Dabei dominierten diejenigen Quellen den medialen Diskurs, die sich negativ über den gestürzten Präsidenten äusserten. 13-mal griff die NZZ auf Gegner Janukowitschs zurück, 4-mal auf Anhänger.

Unter ersteren herrschte die Ansicht vor, dass der Ex-Präsident korrupt gewesen sei und den Staat ausgeplündert habe. Eine Position, die insgesamt 9-mal genannt wurde. Weitere negative Ansichten, welche über Janukowitschs Regierung geäussert worden waren, lauteten: Janukowitsch soll zur Rechenschaft gezogen werden (3-mal) sowie auch: Janukowitschs Spezialeinheiten haben sich untragbar gemacht (1-mal). Mehrfach stützte sich die NZZ dabei auf Mitglieder der neuen Übergangsregierung. Darunter auf den Ministerpräsidenten Jazenjuk. Er beschuldigte im Parlament die Janukowitsch-Administration. Diese habe bis zu 70 Milliarden Dollar aus dem staatlichen Finanzsystem auf Offshore-Konti umgeleitet, sagte der neue Ministerpräsident (Hermann 2014g). Auch auf den Übergangspräsidenten Alexander Turtschinow stützte sich die NZZ mehrfach. Turtschinow bezeichnete die Kassenlage als „fürchterlich“ und machte dafür Janukowitsch und dessen Regierungschef Mykola Asarow verantwortlich (Schmid 2014d). Die vier Aussageträger, welche den gestürzten Präsidenten verteidigten, argumentierten juristisch. Ihre Position lautete: Janukowitsch ist noch immer der legale Präsident der Ukraine. Dreimal handelte es sich dabei um Janukowitsch selbst. Seine Position lautete, dass es keinerlei rechtliche Grundlage für seine Absetzung gebe. Weshalb er diese auch nicht akzeptiere (Triebel 2014a).

9-mal äusserten sich Quellen über die Beziehungen zwischen den ökonomischen, politischen und militärischen Institutionen des Westens und den neuen ukrainischen Machthabern. Konkret handelte es sich 6-mal um die ökonomischen, 3-mal um die militärischen Beziehungen. Tonangebend in der NZZ waren die politischen und ökonomischen Eliten der USA und Europas, die sich allesamt positiv über die neuen Machthaber in Kiew äusserten und sich für deren Unterstützung aussprachen. Die

hohe Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, stellte beispielsweise eine umfangreiche Finanzhilfe „des Westens für die Ukraine“ in Aussicht (Hermann 2014c); auch US-Aussenminister John Kerry kam zu Wort. Er sprach von „Finanzhilfen“ und sagte dem auf einen Staatsbankrott zusteuenden Land „eine Kreditbürgschaft von einer Milliarde Dollar zu“ (Hermann 2014d). Und er fügte noch hinzu: „Es sei nicht genug, den Anbruch der Demokratie zu verkünden und dann nichts zu unternehmen...“ (Hermann 2014d). Seitens der Nato konnte man in der NZZ zum Beispiel lesen, dass das westliche Militärbündnis ihre Kontakte mit der Ukraine intensivieren und „die Beziehungen zu Moskau einfrieren und geplante gemeinsame Aktionen mit dem russischen Militär sistieren werde“ (Rist 2014).

Eine Ausnahme zu der sonst durch und durch von Janukowitsch-Gegnern dominierten Publizistik der NZZ bildete die Verteilung der Quellen bei den Themen „Neue Machthaber in Kiew“, „Sturz Janukowitschs“ sowie auch „die Rolle des Westens in der Ukraine“. Bei allen drei Themen kamen ausschliesslich Russland-affine Aussageträger zu Wort. Drei Aussageträger sahen in den neuen Machthabern in Kiew Faschisten und Verbrecher. Gemäss dem russischen Aussenministerium waren nach dem Sturz Janukowitschs „extremistische, illegale Kräfte am Werk, die nicht von der Gewalt abschwören und von Vertretern der Opposition im Parlament geduldet werden“. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine sei mit den neuen Machthabern in Kiew deshalb auch gefährdet gewesen (Wechlin 2014b). Jaroslaw, ein Mittvierziger aus der Hafenstadt Sewastopol, war überzeugt: „Ein faschistischer Mob sei nun an der Macht, der nur für sich schaue“ (Wechlin 2014c).

Alle Positionen, die von russlandaffinen Stimmen zum Sturz geäussert wurden, hatten einen gemeinsamen Nenner. Sie sahen radikale Kräfte beziehungsweise Faschisten in der Verantwortung für den Regierungswechsel. Für Ex-Präsident Janukowitsch waren es „nationalistische und faschistische Gruppen, die eine Minderheit der Ukrainer repräsentierten“, die „in Kiew die Kontrolle über das Land“ erlangt hätten (Triebe 2014a). Genau so sah es auch Alexander Smetanikow, ein 32-jähriger Donezker Fabrikarbeiter. Für ihn waren die Protagonisten des Regierungssturzes Faschisten, welche von den USA unterstützt wurden (Schmid 2014f).

Über die Rolle des Westens in der Ukraine äusserte sich zweimal das russische Aussenministerium sowie je einmal Ex-Präsident Janukowitsch und der russische Präsident Wladimir Putin. Alle warfen sie den westlichen Staaten, allen voran den USA, vor, die Ukraine zu destabilisieren. „Die USA und ihre Verbündeten hätten bei den Ausschreitungen auf dem Maidan illegale Kämpfer unterstützt und deren Gewalt gegen politische Gegner und Zivilisten geduldet. Auch sei nicht auf ‘militante Russophobie’, ‘Antisemitismus’, die Zerstörung von russischen Denkmälern und die Unterdrückung der russischen Sprache reagiert worden. Der Westen habe deshalb nun ‘Neonazis’ unter seinen Verbündeten, welche orthodoxe Gotteshäuser und Synagogen zerstört hätten“, lautete beispielsweise der Ton in einem Communiqué des russischen Aussenministeriums (Wechlin 2014e).

5.1.3 Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew

Im Gegensatz zu den Protesten gegen Wiktor Janukowitsch, welche die NZZ positiv interpretiert hatte, beschrieb sie die Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew weitgehend negativ. Zu Wort kamen insgesamt 18-mal Gegner und 62-mal Anhänger der neuen Machthaber in Kiew.

- Russland (32:11)
- Beziehung des „Westens“ zu Russland (18:2)
- Autonomie/Separatismus (6:0)
- Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew (0:2)
- Anderes (6:3)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 62:18)

Mit Abstand am meisten Aussagen betrafen das Positionsobjekt „Russland“. 43 der insgesamt 80 Positionen, die von den unterschiedlichen Aussageträgern geäussert wurden, bezogen sich auf Russland. Dabei kamen bei einer Aufteilung von 32 zu 11 überwiegend Anhängerinnen oder Anhänger der neuen Machthaber zu Wort. Die häufigste Position, die insgesamt 19-mal genannt wurde, lautete: Russland verletzt internationales Völkerrecht respektive die Souveränität der Ukraine. Weitere Positionen waren: Putin hat Soldaten auf die Krim geschickt (8-mal); Putin soll sich

aus der Ukraine zurückziehen (3-mal); Russland muss keine ukrainischen Flüchtlinge aufnehmen und Putin hat den Bezug zur Realität verloren (je 1-mal).

Einige Beispiele hierzu: Wenige Tage nach dem Sturz Janukowitschs sprachen mehrfach Aussageträger von russischen Soldaten auf der Krim. „Ukrainische Schätzungen sprechen jedoch davon, dass seit dem Beginn der Krim-Krise von letzter Woche bis zu 16 000 Mann auf der Halbinsel erschienen seien“, schrieb die NZZ am 6. März (Hermann 2014k). Der Botschafter der Ukraine in den USA war überzeugt, „es stehe ausser Zweifel, dass es sich bei den nicht gekennzeichneten Truppen um russische Armeeingehörige handle“ (Hermann 2014k).

Der US-Aussenminister John Kerry bezichtigte Russlands Vorgehen als „Verhalten des 19. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert“. „Man marschiert einfach nicht unter erfundenen Vorwänden in ein anderes Land ein, um seine Interessen wahrzunehmen“ (Winkler 2014b). US-Präsident Barack Obama wiederum, der ebenfalls in der NZZ zu Wort kam, sah in der russischen Aussenpolitik „eine Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine“, die völkerrechtswidrig sei (Winkler 2014b).

Noch einseitiger manifestierte sich die Quellenauswahl der NZZ beim Thema „Beziehung des Westens zu Russland“. 18 der 20 Stimmen, die sich dazu äusserten, zählten zu den Anhängern der neuen Regierung. Ihre Positionen lauteten: Westliche Machteliten müssen mehr Druck auf Russland ausüben, zum Beispiel mittels Sanktionen (7-mal); das G-8-Treffen ist eine gute Sache für eine Annäherung an Russland und eine Deeskalation des Konfliktes (3-mal); das G-8-Treffen ist eine schlechte Lösung (3-mal); es braucht einen Dialog zwischen den Konfliktparteien (2-mal); der Westen und die neue Regierung sind zu zurückhaltend im Umgang mit Russland (2-mal) und die Kontaktgruppe¹⁸ als Konfliktlösung soll gemieden werden (1-mal). Zu denjenigen, die mehr Druck auf Russland ausüben wollten, gehörte einmal mehr US-Aussenminister Kerry. Er „drohte“ Russland im Namen einer Allianz mehrerer Staaten rund um die G-8 mit Sanktionen (Triebe 2014b). Ein anderes Mal fasste er das Einfrieren von russischen Guthaben, Handelssanktionen und Visa-Restriktionen

¹⁸ Eine sogenannte Kontaktgruppe bestehend aus Vertretern aus der Ukraine, Russland sowie auch der Organisation für

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurde zu Beginn des Ukraine-Konfliktes gebildet. Über sie sollte weiterhin ein Austausch zwischen den Konfliktparteien stattfinden (Kapp 2014).

als Strafmassnahmen ins Auge und verstärkte somit die „Drohkulisse“ (Winkler 2014b).

Eindeutig war die Quellenauswahl beim Thema Separatismus/Autonomie. Bei allen sechs Aussageträgern, die sich dazu äusserten, handelte es sich um US-europaaffine Stimmen. Die Positionen lauteten: Putin beziehungsweise Russland schürt den Separatismus in der Ukraine (2-mal); Separatismus wird nicht geduldet (2-mal); Separatisten bedrohen die Krimtataren (1-mal) sowie die Krim gehört der Ukraine (1-mal). Ein paar Beispiele hierzu: „Das sei doch die totale Willkür, was hier in Donezk abgehe“, sagte ein Herr mittleren Alters gegenüber der NZZ und fügte hinzu: „Ein Putsch sei das, durchgeführt von den Leuten Putins, die ins Land geschleust worden seien: unfassbare, zynische Gewalt“ (Schmid 2014f). An anderer Stelle zitierte die NZZ den Interimspräsidenten Alexander Turtschinow. Er „warnte vor separatistischen Tendenzen“ (Hermann 2014c). Der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk erklärte zwar, dass der Krim mehr Autonomie in Aussicht gestellt werde, stellte aber auch klar, „dass die Halbinsel Teil der Ukraine bleiben müsse“ (Rist 2014).

Eine Ausnahme hinsichtlich der Quellenauswahl der NZZ bildete das Thema „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“. Hier zitierte sie ausschliesslich Gegner der neuen Machthaber. Der bereits einmal erwähnte Fabrikarbeiter Smetanikow, der sich in der NZZ auch zu weiteren Themen geäussert hatte, war der Ansicht, dass die neuen Regionalregierungen, welche in mehreren Ostukrainischen Städten nach dem Sturz Janukowitschs gebildet worden waren, allesamt demokratisch gewählt worden seien. So sei der neue Gouverneur von Donezk „aus der Mitte des Volkes“ und damit auch rechtmässig gewählt worden (Schmid 2014f). Der gestürzte Präsident Janukowitsch selbst bezeichnete die Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew als „natürliche Reaktion“ auf das „Banditenregime in Kiew“ (Triebe 2014a).

5.1.4 Zusammensetzung der Quellen

Die genaue Zusammensetzung der Quellen bei der NZZ sieht folgendermassen aus:

Die 103 US-europaaffinen Quellen setzten sich wie folgt zusammen:

- 58 etablierte Akteure aus der Politik
- 21 abstrakte Quellen
- 9 nicht etablierte Akteure
- 4 Wissenschaft/Denkfabriken
- 4 Medien
- 3 Parteien
- 2 etablierte Akteure der Wirtschaft
- 1 NGO
- 1 Religion

Die meistzitierten US-europaaffinen Stimmen:

- 7-mal John Kerry, US-Aussenminister
- 5-mal Alexander Turtschinow, Interimspräsident
- 5-mal Arseni Jazenjuk, ukrainischer Regierungschef
- 4-mal Barack Obama, US-Präsident
- 4-mal Lejla Muslimowa, Sprecherin der Medschlis, der Versammlung des krimtatarischen Volkes

Die 40 russlandaffinen Stimmen setzten sich wie folgt zusammen:

- 26 etablierte Akteure aus der Politik
- 5 nicht etablierte Akteure
- 5 abstrakte Quellen
- 1 Zeitungen
- 1 etablierte Akteure aus der Wirtschaft
- 1 Wissenschaft und Denkfabriken

Die meistzitierten russlandaffinen Stimmen:

- 7-mal Wiktor Janukowitsch
- 6-mal Wladimir Putin, russischer Präsident
- 5-mal Sergei Lawrow, russischer Aussenminister

5.1.5 Analyse der Kommentare

Die US-europaaffine Wahrnehmung des Ukraine-Konfliktes widerspiegelte sich in der Publizistik der NZZ in den Kommentaren. Insgesamt veröffentlichte sie zwischen dem 18. Februar und dem 6. März 2014 acht Kommentare zum Geschehen in der Ukraine. Davon stammten sechs aus der Feder von NZZ-Journalisten und zwei von Intellektuellen, die einen Gastkommentar in der Zeitung verfasst hatten. Die Meinungen, welche die Schreibenden vertraten, gaben allesamt US-europaaffine Positionen wieder. Die Themenwahl setzte sich wie folgt zusammen:

Gewalt auf dem Maidan: 2 Kommentare

Sturz Jankowitschs: 2 Kommentar

Russland: 3 Kommentare

Olympia: 1 Kommentar

Einig waren sich die NZZ-Kommentatoren darüber, dass die Gewalt von der Regierung ausgegangen war. In der Diktion der NZZ-Kommentatoren war sie der Katalysator, der Wiktor Janukowitsch zu Fall brachte. NZZ-Journalist Cyrill Stieger schrieb am 20. Februar (2014a) über die Gewalt, die sich in den Tagen vor Janukowitschs Sturz auf den Strassen des Maidans abgespielt hatte: „Mit dem gewaltsamen Vorgehen gegen die Demonstranten, die in den vergangenen drei Monaten meist friedlich protestiert hatten, hat Präsident Wiktor Janukowitsch seine Maske abgestreift und der Opposition den Kampf angesagt.“ Und am 24. Februar doppelte er (Stieger 2014b) nochmals nach: „Der Befehl, auf die Demonstranten zu schießen, war der Punkt, an dem alles kippte.“ Den Sturz Janukowitschs deuteten die NZZ-Kommentatoren als einen Schritt in Richtung „freie Marktwirtschaft“ und „Demokratie“. Der Historiker Timothy Snyder (2014), der am 28. Februar 2014 als Gastkommentator seine Gedanken äusserte, sah mit dem Sturz Janukowitschs die politische Herrschaft zurück im Parlament und hielt eine Annäherung an die EU für möglich respektive realistisch. Er schrieb:

„Die Zukunft dieser Revolution liegt in der Hand der Ukrainer. Sie nährt die Hoffnung, dass die Ukraine eines Tages Mitglied der EU werden und damit an deren Errungenschaften teilhaben kann: der Rechtsstaatlichkeit, der Abwesenheit von Angst, dem Ende der Korruption, dem Sozialstaat und dem freien Markt, wo nicht mehr die

von der Regierung kontrollierte Mafia das Sagen hat. Die Revolution hätte nicht stattgefunden, wenn es nicht ein von Moskau initiiertes ideologisches Konkurrenzprojekt gäbe: die Eurasische Union... Anders als die Europäische Union basiert die Eurasische Union nicht auf dem Prinzip der Gleichheit demokratischer Mitgliedsstaaten sowie dem Vorrang des Rechts und dem Primat der Menschenrechte. Es handelt sich im Gegenteil um eine hierarchische Organisation, die es von ihrem Wesen her unmöglich macht, dass zivilgesellschaftlich organisierte Demokratien Mitglied werden können. Jede solche Demokratie würde für Putins Russland eine Gefahr darstellen.“

Ganz im Gegenteil zur Eurasischen Union, von der sich die Ukrainer in den Augen Snyders verabschieden wollten, basiere die EU schliesslich auf der „historischen Lektion“, dass die Kriege des 20. Jahrhunderts falschen und gefährlichen Ideologien entsprungen seien, nämlich dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus. Beide Ideologien galt es seiner Meinung nach zu überwinden durch ein „freiheitlich-demokratisches System der Marktwirtschaft“ (Snyder 2014).

Ähnlich deutete NZZ-Journalist Rudolf Hermann (2014f) die Umwälzungen in Kiew. Er schrieb am 28. Februar dazu:

„Der neue Ministerpräsident Jazenjuk erklärte am Donnerstag, die Unterzeichnung des Assoziations- und Freihandelsabkommens mit der EU sei vordringliches Ziel seiner Regierung. Man sei dazu jederzeit bereit, wenn auch Brüssel dazu bereit sei. Angesichts der Moskauer Drohgebärden ist allerdings klar, dass die neuerliche Kiewer Wendung nach Westen einen Preis haben wird. Die EU sollte deshalb jetzt rasch handeln und zunächst vielleicht auch eine Spur weniger dogmatisch, als es unter normalen Umständen bei der Gewährung grosser Finanzhilfe angebracht wäre. Für Europa geht es nun um die Glaubwürdigkeit seines gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modells, das viele Ukrainer in ihrem Land ebenfalls verwirklicht sehen möchten. Dafür haben sie demonstriert und unzählige eiskalte Winternächte auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz verbracht.“

Nach dem Sturz Janukowitschs richteten sich die Kommentare mehrheitlich auf die Putin-Administration, die in den Augen der NZZ weiter die Eskalationsschraube anzog. Die Gefahr für die Ukraine ging für die NZZ-Kommentatoren ausschliesslich von Russland aus. Hierzu zwei illustrative Beispiele. Am 3. März 2014 schrieb NZZ-Kommentator Volker Pabst:

„Was die wenigsten für möglich gehalten hatten, ist nun eingetreten. Moskau schafft mit militärischer Macht Fakten in der Ukraine und entzieht zumindest Teile des Landes direkt dem Einfluss der neuen Regierung in Kiew. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich die Krim infolge der Abstimmung über das neue Autonomiestatut von Kiew lossagen wird, auch in den grossen Städten der Ostukraine würde ein bedeutender Anteil der Bevölkerung eine Anbindung an Russland begrüessen... Dennoch kann die tiefgreifende Destabilisierung des wichtigen Transitlandes und Handelspartners nicht im russischen Interesse sein. Bereits heute völlig an Glaubwürdigkeit verloren hat Putins Pochen auf das Nichteinmischungsprinzip, mit dem er in der syrischen Giftgas-Krise noch eine Verhandlungslösung durchsetzte. Der machtbewusste, aber kompromissbereite Verhandler Putin zeigt sein wahres Gesicht: Er missachtet skrupellos internationale Normen. Dies verheisst auch für die Bewältigung sicherheitspolitischer Herausforderungen abseits des ukrainischen Schauplatzes nichts Gutes.“

Noch deutlicher lautete der Duktus des Politikwissenschaftlers Jörg Himmelreich (2014), dem die NZZ am 6. März 2014 Gastrecht gewährte. Er schrieb:

„Die russische Invasion in die Ukraine entspricht dem fast schon üblichen Drehbuch Putins, die unabhängigen Staaten der postsowjetischen Nachbarschaft notfalls mit militärischer Gewalt wieder zurück unter die Knute russischer Herrschaft zu zerren. Wie im fünftägigen Georgien-Krieg im August 2008 bei der russischen Invasion in das georgische Südossetien und Abchasien werden zunächst einzelne Volksgruppen bis hin zum offenen Aufruhr unterstützt; russische Pässe werden unter das Volk geworfen; die neuen 'russischen' Staatsbürger und russische 'Berater' beteiligen sich bald an den Unruhen, und schliesslich muss angeblich zu deren Schutz die russische Armee

die Konfliktregion besetzen. Diese wird dann von politischen Marionetten des Kremls regiert.“

5.2 Tages-Anzeiger

Der Tages-Anzeiger veröffentlichte während des Zeitraums vom 18. Februar bis am 6. März 2014 insgesamt 51 journalistische Produkte zum Ukraine-Konflikt.

Konkret sah die Unterteilung der Texte folgendermassen aus:

- 11 Frontartikel
- 33 Korrespondentenberichte
- 7 Kommentare

Die Quellenauswahl setzte sich wie folgt zusammen.

US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 99:44

Für die einzelnen Kommunikationsereignisse sah die Aufteilung wie folgt aus:

- Proteste gegen Janukowitsch: (20:9)
- Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew: (27:16)
- Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew: (52:19)

Auch im Tages-Anzeiger fanden die etablierten politischen Akteure mit Abstand am meisten Aufmerksamkeit. 89 der insgesamt 143 Quellen, die zitiert wurden, gehörten dieser Gruppe an.

Welche Positionen dominierten den medialen Diskurs zur Ukraine-Berichterstattung?

5.2.1 Proteste gegen Janukowitsch

Auch der Tages-Anzeiger schenkte in seinen Berichten über die Proteste den Janukowitsch-Gegnern deutlich mehr Aufmerksamkeit. Während er zehnmal Janukowitsch-Anhänger zitierte, konnten die Gegner insgesamt zwanzigmal Statements zum Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ abgeben. Folgende Themen prägten die mediale Diskussion in den Tagen vor dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch.

- Maidan-Proteste (4:5)
- Gewalt (6:1)
- Beziehung der Regierung Janukowitschs zur Opposition (3:1)
- Rechte Gruppen (2:1)
- Beziehung des Westens zur Regierung Janukowitschs (2:0)
- Regierung Janukowitsch (2:0)
- Anderes (1:1)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 20:9)

Am meisten Aufmerksamkeit widmete die Zeitung den Themen „Maidan-Proteste“ und „Gewalt“. Entgegen der sonstigen Dominanz der Janukowitsch-Gegner, zitierte der Tages-Anzeiger zum Positionsobjekt „Maidan-Proteste“ mehr Janukowitsch-Anhänger. Viermal äusserten sie die Ansicht, dass die Demonstranten gefährlich seien, da sie die Macht mit illegalen Mitteln beziehungsweise Gewalt an sich reißen wollten. Einmal vertraten sie die Position, dass die USA und die EU hinter den Demonstrationen stehen würden und einen Putsch beabsichtigt hätten. Hierzu einige Beispiele über Meinungen, die russlandaffine Stellen über die Demonstranten kundtaten: „Die Extremisten von der Opposition haben die rote Linie überschritten“, sagte der Chef der Sicherheitsdienste in einem Statement, das der Tages-Anzeiger brachte. Und weiter: „Ihr einziges Ziel ist es, die Macht zu ergreifen; dafür nehmen sie sogar den Verlust von Menschenleben in Kauf...“ (Affentranger 2014b). Ähnlich beurteilte der zum damaligen Zeitpunkt noch im Amt stehende Präsident Wiktor Janukowitsch die Lage. „Er warf der Opposition einen verfassungswidrigen Versuch der Machtübernahme vor“, zitierte ihn der Tages-Anzeiger indirekt (Affentranger 2014c). Sogenannte russische Stellen wiederum sahen hinter der Opposition Europa und den Westen, sie seien letztlich für die schwierige Ausgangslage in der Ukraine

verantwortlich gewesen. Die russische Regierung sprach von einem „Putschversuch“ (Tages-Anzeiger 2014a). Wadim Kolesnitschenko, ein Abgeordneter der ukrainischen Regierungspartei, beschuldigte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Eskalation in Kiew zu verantworten. Er war der Ansicht, „die Situation sei ausser Kontrolle geraten, weil die deutsche Kanzlerin den Oppositionsführern Klitschko und Jazenjuk eine Carte blanche für die gewaltsame Lösung des Konfliktes gegeben habe“ (Nauer 2014). Janukowitsch-Gegner, die sich zum Positionsobjekt „Maidan-Proteste“ äusserten, vertraten die Position, dass es Neuwahlen benötige (2-mal); Klitschko ein Held sei (1-mal) und die Ukraine ein Rechtsstaat werden müsse (1-mal).

Beim Thema Gewalt dominierten die US-europaaffinen Stimmen den medialen Diskurs im Tages-Anzeiger. Sechs der sieben Aussageträger, die sich dazu äusserten, sahen den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch als Schuldigen. Darunter beispielsweise Vitali Klitschko. Seine Position lautete: „Auf den Strassen Kiews fliesst Blut - verantwortlich dafür ist einzig die Macht. Allein Janukowitsch ist verantwortlich für Mord und Terror an friedlichen Bürgern. Und nur er kann das stoppen“ (Affentranger 2014c). Die einzige Gegenposition, die es in den Tages-Anzeiger schaffte beim Thema Gewalt, äusserte der russische Präsident Putin. Er vertrat die Ansicht, dass US-Politiker in der Ukraine politische Experimente durchführten, als ob sie in einem Labor mit Ratten experimentieren würden: „Nicht Janukowitsch habe auf sein Volk schiessen lassen, sondern ‘Provokateure von der anderen Seite’“, sagte Putin (Hans 2014c).

Auch beim Positionsobjekt „Beziehung der Regierung Janukowitschs zur Opposition“ dominierten die Gegner des Präsidenten den medialen Diskurs im Tages-Anzeiger. Sie waren der Ansicht, dass ein Abkommen mit Janukowitsch keine Option sei. Eine Position, die dreimal geäussert wurde. Hinter dieser stand zum Beispiel der rechte Sektor. Er hatte das Abkommen vom 21. Februar 2014, auf das sich Janukowitsch mit der Opposition geeinigt hatte, als „Augenwischerei“ bezeichnet (Affentranger 2014f). Die einzige Gegenposition besagte, dass Janukowitsch für Konzessionen bereit sei, „um den Frieden wiederherzustellen im Land“ (Kahlweit 2014a). Einen Standpunkt, den gemäss dem Tages-Anzeiger (Kahlweit 2014a) eine „Vertraute von Janukowitsch“ geäussert hatte.

Über die „Rechten Gruppen“ kamen im Tages-Anzeiger 2-mal Janukowitsch-Gegner und 1-mal ein Befürworter zu Wort. Der Swoboda-Vorsitzende Oleg Tjagnibok, den der Tages-Anzeiger am 26. Februar 2014 zitierte, bezeichnete seine Partei wie folgt: „nicht antirussisch, antieuropäisch oder antisemitisch, sondern proukrainisch“ (Odehnal 2014a). Ein anderes Mal zitierte der Tages-Anzeiger Julija Timoschenko, die sich nach der Machtübernahme der Opposition bei den rechten Kräften bedankte. Der Tages-Anzeiger (Kahlweit 2014b) schrieb: „Später, auf der Bühne, wird sie explizit der ‘Selbstverteidigung’ und dem ‘pravy sektor’, dem rechten Sektor, danken für ihren Beitrag zur Revolution – eine taktische Verbeugung vor den neuen Mitspielern, deren Agenda noch keiner genau kennt.“ Ganz anders lautete die Einschätzung von Janukowitschs Geheimdienst, der als Janukowitsch-Befürworter zitiert wurde. Dieser sah in den rechten Gruppen „...radikale und extremistische Gruppierungen“, die mit ihren Handlungen eine reale Gefahr für das Leben von Millionen Ukrainern dargestellt hätten (Affentranger 2014c).

Zum Positionsjekt „Beziehung des Westens zur Regierung Janukowitschs“ kamen ebenfalls ausschliesslich Gegner Janukowitschs zu Wort. Vertreter der EU-Machteliten sprachen in den Tagen vor dem Sturz Janukowitschs zweimal von Sanktionen. EU-Aussenbeauftragte Catherine Ashton kündigte „restriktive Massnahmen“ an gegen die „Verantwortlichen für Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen“ (Israel 2014b). Und am 20. Februar 2014 zitierte der Tages-Anzeiger EU-Diplomaten, die „Einreisesperren gegen eine Reihe von Exponenten des Regimes“ verhängt hatten (Israel 2014b). Zu lesen war: „Im Visier dürften Personen sein, die für die Gewalteskalation verantwortlich gemacht werden können.“

Zwei Stimmen äusserten sich zum Thema „Regierung Janukowitsch“. Beide waren der festen Überzeugung, dass Janukowitschs Tage gezählt seien. „Helden sterben nicht“, sagte ein Demonstrant (Affentranger 2014e). Und weiter: „Der Feind schon“, zitierte der Tages-Anzeiger (Affentranger 2014e) einen Demonstranten, der sich über die Scharfschützenmorde äusserte. Und über den Oppositionspolitiker Klitschko, der sich ebenfalls zur Regierung äusserte, erfuhr man im Tages-Anzeiger: „Er werde jetzt ins Parlament gehen und die Entlassung von Wiktor Janukowitsch fordern“ (Kahlweit 2014b).

5.2.2 Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew

Auch beim Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber“ beherrschten wiederum die US-europaaffinen Quellen den medialen Diskurs. Insgesamt 27-mal zitierte der Tages-Anzeiger Gegner des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitschs, während 15-mal die Anhänger berücksichtigt wurden. Im Zusammenhang mit dem Machtwechsel in Kiew dominierten ab dem 22. Februar 2014 bis zum 6. März folgende Themen die Publizistik im Tages-Anzeiger.

- Regierung Janukowitsch (18:1)
- Neue Machthaber in Kiew (1:10)
- Russland (2:1)
- Sturz Janukowitschs (1:2)
- Beziehungen der neuen Machthaber zu Europa beziehungsweise Russland (1:0)
- Anderes (4:1)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 27:15)

Im Zentrum stand das Thema „Regierung Janukowitsch“. Neunzehn Aussageträger gaben ihre Positionen dazu preis. Dabei berücksichtigte der Tages-Anzeiger achtzehnmal Janukowitsch-Gegner. Unter ihnen waren zwölf der Meinung, dass Janukowitsch den Staat geplündert habe und korrupt gewesen sei. Ein paar Beispiele: „Allein zwischen dem 18. und 20. Februar, als auf dem Maidan Strassenschlachten tobten, flossen umgerechnet 2,8 Milliarden Franken ins Ausland. Dies sagte der frisch ernannte Chef der ukrainischen Zentralbank, Stepan Kubiw...“, schrieb der Tages-Anzeiger am 28. Februar 2014 (Flubacher 2014a). Beim neuen Premierminister Arseni Jazenjuk hörte sich alles noch schlimmer an: „Das Regime seines Vorgängers, des nach Russland geflohenen Wiktor Janukowitsch, habe in den letzten drei Jahren über 70 Milliarden Dollar aus dem Finanzsystem abgezogen“, lautete Jazenjuks Position (Flubacher 2014a). Und nach der Einschätzung des Übergangspräsidenten Alexander Turtschinow befand sich die Ukraine „am Rande der Zahlungsunfähigkeit“ (Tages-Anzeiger 2014b). Sechs Aussageträger vertraten die Ansicht, Janukowitsch müsse

aufgrund seiner Taten zur Rechenschaft gezogen werden. So kritisierte Klitschko Russland scharf, weil das Land Janukowitsch aufgenommen hatte. Was Klitschko „als Provokation für jeden Ukrainer“ (Affentranger 2014i) bezeichnete. Denn schliesslich hätten die Demonstranten „auf dem Unabhängigkeitsplatz den Tod des Präsidenten gefordert“ und die neue Führung einen Haftbefehl wegen „Massenmords“ erlassen (Affentranger 2014i). Als einzige Gegenstimme beim Thema „Regierung Janukowitsch“ zitierte der Tages-Anzeiger Janukowitsch selbst, wobei der gestürzte Präsident Stellung nahm zu den Vorwürfen, dass er Geld gestohlen habe (Flubacher 2014b).

Eine Ausnahme hinsichtlich der Quellenauswahl, die sonst den Anhängern der neuen Machthaber deutlich mehr Gewicht schenkte, bildete das Positionsubjekt „Neue Machthaber in Kiew“. Hier äusserte sich die Verteilung der Quellen mit 1:10 zugunsten russlandaffiner Stimmen beziehungsweise Gegnern der damaligen Übergangsregierung. Sieben Aussageträger bezeichneten die neuen Machthaber in Kiew als illegal: „Das Parlament in Kiew ‘arbeite unter Bedingungen von Terror und unter der Drohung von Waffen und Mördern’, deshalb könne man seine Beschlüsse nicht akzeptieren“, sagten Teilnehmer eines Kongresses in der ostukrainischen Stadt Charkow (Affentranger 2014g). Auch die russische Regierung sah die Angelegenheit ähnlich. „Falls sich Leute, die in schwarzen Masken und mit Kalaschnikow-Sturmgewehren durch Kiew schlendern, als Regierung bezeichnen, so wird die Arbeit mit einem solchen Kabinett sehr schwierig sein“, zitierte der Tages-Anzeiger (2014d) den russischen Regierungschef Dmitri Medwedew. Drei Aussageträger sahen in den neuen Machthabern in Kiew eine Gefahr für die russischsprechenden Minderheiten in der Ostukraine. „Wir bitten um Schutz vor den Radikalen aus dem Westen“, sagte eine Bürgerin auf der Krim, die der Tages-Anzeiger zitierte (Hans 2014b). Auch das russische Aussenministerium äusserte sich dazu. Der Tages-Anzeiger schrieb (Hans 2014b): „Das Aussenministerium sekundiert, indem es täglich vor den Zuständen in der Ukraine warnt, die angeblich die russische Minderheit bedrohen.“ Positiv blickte der US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, auf die neuen Machthaber. Er sprach von einem „bemerkenswerten demokratischen Prozess“, den die neue Führung in Kiew eingeleitet habe nach dem Sturz Janukowitschs (Odehnal 2014c).

Dreimal richtete sich die Aufmerksamkeit von Aussageträgern auf Russland. Zwei US-europäaaffine Quellen waren der Meinung, Russland mische sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ein. In den Augen der Kiewer Zeitung „Serkalo Nedeli“ heizte Russland den Konflikt in der Ukraine im eigenen Interesse an: „Wenn dann Gewalt ins Spiel komme, könne Russland auf Bitten der prorussischen Seite zu Hilfe kommen wie im Fünftagekrieg in Südossetien während der Olympischen Spiele in Peking 2008“, schrieb der Tages-Anzeiger (Hans 2014a). Anders sah es Dmitri Peskow, der Sprecher Putins: „Das oberste Prinzip besteht darin, sich in die Ereignisse in Kiew nicht einzumischen. Das haben wir immer wieder gesagt, und daran hält sich der Kreml“, erklärte er (Hans 2014a).

Auch beim Positionsobjekt „Sturz Janukowitschs“ kamen mit einem Ergebnis von 2:1 mehr russlandaffine Quellen zu Wort. Der gestürzte Präsident Janukowitsch sowie auch Russlands Präsident Putin sahen den Westen respektive Europa und die USA als die eigentlichen Protagonisten und Verursacher des Sturzes. Über Janukowitschs Position konnte man im Tages-Anzeiger lesen (Affentranger 2014i): „Mit harschen und lauten Worten kritisierte er auch die Europäer: Die blutigen Ereignisse in Kiew seien ‘das Resultat der unverantwortlichen Politik des Westens’, welcher die radikale Opposition unterstützt und nicht dafür gesorgt habe, dass das vor einer Woche in Kiew ausgehandelte Abkommen zwischen Regierung und Opposition umgesetzt wurde.“ Die Deutung der Ereignisse aus der Sicht des russischen Präsidenten Putins fasste die Zeitung wie folgt zusammen (Hans 2014c): Der Westen habe die Ukraine ins Chaos gestürzt, nun müsse Moskau für die Sicherheit der Russen im Land eintreten. Als US-europäaaffine bildete der Tages-Anzeiger (2014b) Julija Timoschenko ab, die die Janukowitsch-Administration als „Diktatur“ bezeichnete und deren Zusammenbruch feierte.

Bloss eine Stimme äusserte sich zum Positionsobjekt „Beziehungen der neuen Machthaber zu Europa beziehungsweise Russland“. Übergangspräsident Alexander Turtschinow sprach hierzu von der „Priorität“, die „europäische Integration der Ukraine“ voranzutreiben (Tages-Anzeiger 2014b).

5.2.3 Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew

Am deutlichsten manifestierte sich das Übergewicht US-europaaffiner Aussageträger im Tages-Anzeiger im Rahmen des Kommunikationsereignisses „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“. Die Quellenauswahl favorisierte hier mit 52:19 deutlich die Anhänger der neuen Machthaber. Folgende Themen bestimmten die Berichterstattung des Tages-Anzeigers:

- Russland (22:6)
- Beziehung des Westens zu Russland (10:5)
- Autonomie/Separatismus (4:4)
- Beziehung des Westens zu den neuen Machthabern (6:0)
- Beziehungen der neuen Machthaber in Kiew zu Russland (3:0)
- Rechte Gruppen (2:0)
- Anderes (5:4)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 52:19)

Im Rahmen des Kommunikationsereignisses „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“ fokussierte sich die Perzeption des Tages-Anzeigers in erster Linie auf das Thema Russland. 28-mal richtete sich der Blick der Aussageträger auf das grösste Land Europas. Die Gewichtung der Stimmen äusserte sich mit einem Ergebnis von 22:6 zugunsten der Anhänger der neuen Machthaber. Die dabei am häufigsten vertretenen Positionen lauteten, dass Russland die Integrität der Ukraine und damit das Völkerrecht verletze, eine Ansicht, die sechsmal geäussert wurde. Hierzu zwei Beispiele: „Was Russland derzeit in der Ukraine tut, verstösst gegen die Prinzipien der UNO-Charta“, sagte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen (Affentranger 2014k). Der Nato-Generalsekretär warf Russland vor, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gefährden. Moskau müsse seine Militäraktionen und seine Drohungen stoppen (Affentranger 2014k). In die gleiche Richtung gingen die Aussagen des damaligen US-Präsidenten Barack Obamas, der Russland vorwarf, mit seinem militärischen Vorgehen auf der Halbinsel Krim internationales Recht zu verletzen. „Die USA würden wirtschaftliche und diplomatische Optionen zur Isolierung Russlands in Erwägung ziehen, sollte Moskau nicht zur Deeskalation auf der Krim beitragen“, sagte Obama (Israel 2014e). Eine weitere Position, die fünfmal rezipiert wurde, lautete: Eine russische Intervention auf der Krim sei gefährlich. Eine Ansicht, die beispielsweise

Sicherheitsberaterin Susan Rice artikuliert. Sie sprach von einem schweren „Fehler“, sollte Putin das Militär ins Nachbarland schicken (Tages-Anzeiger 2014c).

Fünfzehn Quellen äusserten sich über die „Beziehung des Westens zu Russland“. Dabei räumte der Tages-Anzeiger den Anhängern der neuen Machthaber doppelt so viel Aufmerksamkeit ein. Sie konnten sich zehnmal zu Wort melden, während die russlandaffinen Quellen bloss fünfmal zitiert wurden. Die Positionen der US-europaaffinen Aussageträger lauteten: Druckmittel gegenüber Russland (z.B. Sanktionen) werden unausweichlich (4-mal); Dialog weiterführen (4-mal); Forderungen gegenüber Russland sind angebracht (1-mal) sowie engere Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine sind nötig (1-mal). Hierzu ein paar Beispiele: Unmittelbar vor dem Sturz Janukowitschs forderte der republikanische Senator Marco Rubio „harte Sanktionen“, um die Gewalt in der Ukraine zu stoppen (Niederberger 2014). Auch dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama schenkte der Tages-Anzeiger Aufmerksamkeit, der „wirtschaftliche und diplomatische Optionen“ zur Isolierung Russlands in Erwägung zog, sollte Moskau nicht zur Deeskalation auf der Krim beitragen (Israel 2014e). Auf die Position „Dialog weiterführen“ setzte der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier. „Krisendiplomatie ist keine Schwäche, sondern wird jetzt notwendiger denn je sein, um nicht in den Abgrund hin zu einer militärischen Eskalation zu geraten“ (Israel 2014f). Er sah vor, in einem ersten Schritt eine „Fact Finding Mission“ unter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu schaffen, die Transparenz über die Situation im Osten der Ukraine schaffen solle. Und in einem zweiten Schritt eine internationale Kontaktgruppe einzusetzen, die alle Parteien an einen Tisch bringt. Die Positionen der russlandaffinen Quellen, die sich über die „Beziehung des Westens zu Russland“ geäussert hatten, lauteten: Dialog ist wichtig (3-mal); westliche Politik ist kontraproduktiv (1-mal) und Gewalt muss enden (1-mal). Erstere Position vertrat Präsident Putin, der sich positiv über die Schaffung einer möglichen Kontaktgruppe äusserte (Hans 2014c). „Trotz seines Misstrauens gegenüber dem Westen kann Putin sich immerhin eine internationale Kontaktgruppe für die Ukraine vorstellen, wie sie Deutschland vorgeschlagen hat. ‘Im Prinzip ist das möglich‘“, sagt er.

Ausgeglichen war die Quellenauswahl zum Positionsobjekt „Autonomie/Separatismus“. Hier zitierte der Tages-Anzeiger viermal Gegner sowie

auch viermal Anhänger der neuen Machthaber in Kiew. Die Positionen der US-europaaffinen Quellen lauteten: östlicher Separatismus ist schlecht (2-mal); östlicher Separatismus ist gut für die Ukraine (1-mal) sowie die Krim gehört der Ukraine (1-mal). Die erstgenannte Position nahm Premierminister Jazenjuk zweimal ein (Odehnal 2014c). Die gegenteilige Position machte der ukrainisch-amerikanische Politologe Alexander Motyl geltend. Er riet der ukrainischen Führung, die Gebiete „Lugansk und Donezk aus dem Staatsverband zu entlassen“ (Affentranger 2014g). Die Positionen der russlandaffinen Aussageträger lauteten, dass die Krim der Ukraine gehöre (1-mal); Russland die ethnischen Russen auf der Krim unterstütze (1-mal); die Krim sich künftig Russland anschliessen werde (1-mal) und ukrainische Soldaten auf der Krim zur Krim-Verwaltung überlaufen (1-mal).

Ausschliesslich US-europaaffine Stimmen berücksichtigte der Tages-Anzeiger bei den Positionsobjekten „Beziehung des Westens zu den neuen Machthabern“, „Beziehungen der neuen Machthaber in Kiew zu Russland“ und „rechte Gruppen“.

Folgende Positionen kamen zum Thema „Beziehung des Westens zu den neuen Machthabern“ zum Ausdruck: Der Westen unterstützt die neuen Machthaber in der Ukraine mit Krediten (3-mal); die USA und die Nato unterstützen die neuen Machthaber in der Ukraine (2-mal) sowie auch die Ansicht, dass die Nato den neuen Machthabern helfen soll (1-mal). Erstgenannte Position äusserte unter anderem EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der elf Milliarden Euro an Krediten „der prowestlichen Führung in Kiew“ in Aussicht stellte (Israel 2014g). Zweiteres vertraten die Nato-Verteidigungsminister, die „der Ukraine ihre Unterstützung“ zusprachen (Tages-Anzeiger 2014e). Letztere Position artikulierten Mitglieder der neuen Regierung, die „die Nato um militärischen Beistand“ bat (Affentranger 2014k).

Zum Positionsobjekt „Beziehungen der neuen Machthaber in Kiew zu Russland“ äusserten sich drei US-europaaffine Stimmen. Zu Wort kamen der neue Premierminister Arseni Jazenjuk, Übergangspräsident Alexander Turtschinow und Verteidigungsminister Ihor Tenyukh (Kahlweit 2014c). Jazenjuk sprach von einer „Katastrophe“ und „Krieg“, sollte Russland die Krim einnehmen, Turtschinow von einem „Aktionsplan“, der im Katastrophenfall bereits vorliege. Aufgrund der Gefahr

einer russischen Intervention hatte der Übergangspräsident die Armee in „Alarmbereitschaft versetzt“, schrieb der Tages-Anzeiger (Kahlweit 2014c).

Zum Positionsobjekt „rechte Gruppen“ kamen zwei US-europaaffine Aussageträger zu Wort. Zitiert wurden der Chef des rechten Sektors, Dmitro Jarosch, sowie Victoria Murowana, eine Angestellte und Mutter. Jarosch sprach davon, dass er respektive der rechte Sektor „alle negativen Erscheinungen, insbesondere Antisemitismus“, mit allen „gesetzlichen Mitteln“ bekämpfen würde (Odehnal 2014d). Murowana lobte den „selbstmörderischen Mut“, den Mitglieder des rechten Sektors im Kampf gegen die Polizei und Scharfschützen bewiesen hätten (Odehnal 2014d).

5.2.4 Zusammensetzung der Quellen

Die genaue Zusammensetzung der Quellen beim Tages-Anzeiger sieht folgendermassen aus:

Die 99 US-europaaffinen Quellen setzten sich wie folgt zusammen:

- 58 etablierte Akteure aus der Politik
- 10 abstrakte Quellen
- 7 nicht etablierte Akteure
- 7 Wirtschaft
- 6 Medien
- 3 Militär/Sicherheit
- 3 Wissenschaft/Denkfabriken
- 2 Parteien
- 1 NGO
- 1 Kultur
- 1 Anderes

Die meistzitierten US-europaaffinen Stimmen:

- 9-mal Arseni Jazenjuk, neuer Premierminister
- 5-mal Vitali Klitschko, Oppositionspolitiker
- 5-mal Alexander Turtschinow, Übergangspräsident

- 4-mal Barack Obama, US-Präsident

Die 44 russlandaffinen Stimmen setzten sich wie folgt zusammen:

- 31 etablierte Akteure aus der Politik
- 8 abstrakte Quellen
- 2 nicht etablierte Akteure
- 3 Medien

Die meistzitierten russlandaffinen Stimmen:

- 7-mal Wiktor Janukowitsch
- 7-mal Wladimir Putin, russischer Präsident
- 3-mal Sergei Lawrow, russischer Aussenminister
- 2-mal Gerhard Schröder, deutscher Altbundeskanzler

5.2.5 Analyse der Kommentare

Auch beim Tages-Anzeiger stimmte die Haltung der Kommentare weitgehend mit der publizistischen Gewichtung der Quellen überein. Zwischen dem 18. Februar und dem 6. März 2014 veröffentlichte der Tages-Anzeiger sieben Kommentare zum Ukraine-Konflikt. Sechs davon verfassten Tages-Anzeiger Redaktorinnen oder Redaktoren, einen schrieb der ukrainische Schriftsteller Andrei Kurkow in Form eines Gastbeitrages. Die Meinungen, welche die Kommentatorinnen und Kommentatoren zum Ausdruck brachten, widerspiegelten mehrheitlich US-europaaffine Positionen und behandelten die folgenden Themen:

Gewalt: 2 Kommentare

Russland: 4 Kommentare

Anderes: 1 Kommentar

Von der Blattlinie wich einzig der Kommentar von Zita Affentranger (2014d) vom 20. Februar ab, in dem die Journalistin sowohl einen Teil der Demonstranten als auch

Janukowitsch für die Gewalt in den Tagen vor dem 20. Februar verantwortlich machte. Lesen konnte man:

„‘Seid Menschen, ihr Mächtigen’, überschrieb der russische Dichter Jewgeni Jewtuschenko sein verzweifertes Gedicht, das er während der Nacht des Blutvergiessens in Kiew geschrieben hat...‘Seid Menschen’ richtet sich auch an die Demonstranten mit Helmen, Schlagstöcken und Molotowcocktails, die in Kiew auf die Polizei einprügeln. Je mehr sie die Gewalt in den letzten Wochen anheizten, desto weniger friedliche Demonstranten gab es. Immer seltener war von Freiheit die Rede, immer öfter von Macht. Am Dienstag wurde klar, dass es dabei keinen Kompromiss gibt: Präsident Janukowitsch will an seiner absoluten Herrschaft festhalten und die Opposition nicht durch eine Verfassungsreform daran beteiligen. Als dies im Parlament klar wurde, schlugen die Kontrahenten auf der Strasse los. Und auf keiner Seite zeigten sich Menschen, denen es um die Zukunft ihres Landes geht, wo jeder Zweite nicht versteht, was in Kiew eigentlich vor sich geht.“

Eine deutliche Sprache wählte der Tages-Anzeiger, genauso wie die NZZ, bei den Scharfschützenmorden auf dem Maidan vom 20. Februar 2014. Für die Tageszeitung stand von Beginn weg fest, wer für diese verantwortlich war. Redaktor Stephan Israel (2014c) schrieb in seinem Kommentar über das Massaker auf dem Maidan: „Präsident Janukowitsch ist ... der Hauptverantwortliche für die Eskalation der letzten Stunden. Es dürften seine Scharfschützen sein, die von den Dächern in Kiew Demonstranten ins Visier nehmen und erschossen.“ Nach der Machtübernahme der Opposition konzentrierten sich die meisten Kommentare beim Tages-Anzeiger auf Russland, das stets mit negativen Knurrwörtern in Verbindung gebracht wurde. Ob „Angst“, die prorussische Politiker schürten oder „Kriegsrhetorik“, auf die der Kreml in den Augen des Tages-Anzeigers zurückgriff: Stets betrachteten die Kommentierenden Russland als eine Gefahr (Affentranger 2014h; Kurkow 2014). Von den insgesamt vier Kommentatorinnen oder Kommentatoren, die Russland zum Thema machten, stand für drei fest: Russland ist eine Gefahr. Im Folgenden zwei Beispiele. Über die „Kriegsrhetorik“, die im Osten des Landes vorgeherrscht habe, schrieb Redaktorin Zita Affentranger am 28. Februar (2014h):

„(...) Und Moskau tut alles, um sich, die Ukraine und die Welt genau davon zu überzeugen. Die Rhetorik ist kriegerisch, als stünde nicht nur ein Schlagabtausch zwischen der Ukraine und Russland bevor, sondern ein Zusammenprall zwischen Ost und West. Nachdem Moskau in der Ukraine die letzten Wochen weder mit Versprechen noch mit Drohungen und Verunglimpfungen etwas ausrichten konnte, folgt mit dem Säbelrasseln die nächste Eskalationsstufe. Auf der Krim ist das einfach: Die zur Ukraine gehörende Halbinsel ist mehrheitlich russisch besiedelt, und Moskau hat im Schwarzmeerhafen von Sewastopol rund 16 000 Mann stationiert, die eine eindrückliche Drohkulisse abgeben. Doch die Kriegsrhetorik ist mehr ein Ausdruck von Ratlosigkeit als von militärischer Entschlossenheit. Politisch stehen die Europäer hinter der Führung in Kiew, militärisch wüsste sich die Ukraine selber zu wehren.“

Auch am 3. März 2014 blickte Affentranger (2014j) ein weiteres Mal in Richtung Russland und schrieb:

„Derweil macht Russland die Krim zu einem Stachel im Fleisch der Ukraine. Und wer weiss, ob Moskau es mit den vorhandenen Druckmitteln im Lauf der Zeit nicht schafft, sich wieder einen Vasallen vom Format eines Wiktor Janukowitsch aufzubauen. Ein willkommener Nebeneffekt ist zudem, dass Russland seine Schwarzmeerflotte auf unbestimmte Zeit auf der Krim belassen kann. Der Westen steht dem russischen Treiben weitgehend machtlos gegenüber. Putin kann sich darauf verlassen, dass weder die Europäer noch die Amerikaner einen Krieg mit Russland beginnen werden wegen der Krim.“

5.3 WOZ

Während des Zeitraums vom 31. Januar bis am 6. März 2014 veröffentlichte die WOZ insgesamt 7 journalistische Produkte zum Ukraine-Konflikt. Konkret sah die Unterteilung der Texte folgendermassen aus¹⁹:

¹⁹ Bei der WOZ kann, anders als bei den Tageszeitungen, nicht immer eine klare Trennung zwischen Meinungsartikeln und Nachrichtentexten gemacht werden. Aus diesem Grund ist der Autor dieser Arbeit bei der Unterteilung der Artikel wie folgt vorgegangen: Artikel, in denen der Journalist oder die Journalistin eine klare Position bezieht, wurden als Kommentare definiert. Dies auch dann, wenn der Text seitens der WOZ nicht als Kommentar bezeichnet wird. Genaugenommen existieren bei der WOZ für den untersuchten Zeitraum bloss zwei Kommentare. Die beiden Artikel von Susan Boos (2014a; 2014b) wurden auch zur Kategorie der Kommentare gezählt. Der Grund dafür ist, dass Boos in den beiden Texten keine Quellen zitierte und über ihre persönlichen Erfahrungen in der Ukraine schrieb. Gleiches gilt für den Artikel von Ulrich Heyden (2014b), der ebenfalls unter die

- 3 Berichte (verfasst wurden sie alle vom Moskau-Korrespondenten)
- 4 Kommentare (davon stammte einer vom Auslandskorrespondenten)

Die Quellenauswahl äusserte sich wie folgt:

US-europa- vs. russlandaffine Stimmen: 7:7

- Proteste gegen Janukowitsch: (4:0)
- Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew: (2:2)
- Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew: (1:5)

Die Verteilung der Quellen zeigte sich bei der WOZ relativ ausgeglichen. Die Aussageträger setzten sich wie folgt zusammen²⁰:

- 4 etablierte politische Akteure
- 7 nicht etablierte Akteure
- 3 Wissenschaften/Denkfabriken

Die meistzitierten Stimmen in der WOZ waren:

- 2-mal Boris Kagarlitsky, russischer Soziologe und Politologe
- 2-mal linke Gruppierungen

5.3.1 Proteste gegen Janukowitsch

Folgende Themen prägten die mediale Diskussion in der WOZ in den Tagen vor dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch am 22. Februar.

- Maidan-Proteste (2:0)

Kategorie der Meinungsartikel eingeteilt wurde, da Heyden in diesem Text klar seine Position äussert und lediglich eine Quelle zitiert.

²⁰ Da bei der WOZ und der Weltwoche nur wenige Aussageträger zu Wort kommen (im Gegensatz zu den Tageszeitungen), wurde für beide Wochenzeitungen auf eine weitere Unterteilung in US-europaaffine und russlandaffine Quellen verzichtet.

- EU (1:0)
- Rechte Gruppen (1:0)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 4:0)

Vier Aussageträger bildete die WOZ beim Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ ab. Auslandskorrespondent Ulrich Heyden (2014a) berichtete am 30. Januar 2014 aus Kiew über die Demonstrationen auf dem Maidan. Zu Wort kamen unter anderem eine fünfzigjährige Dame, welche die Barrikaden inspizierte und überzeugt war, dass sich Tote im „Kampf für die ukrainische Nation“ nicht verhindern liessen. Ähnlich äusserten sich zwei Männer, die sich bereit erklärten, „im Kampf zu sterben“ (Heyden 2014a). Ein jüngerer Demonstrant äusserte sich über die rechten Gruppen. Er kritisierte Oleg Tjagnibok, den Führer der Partei Swoboda (Freiheit), schliesslich sei er „von der Macht ‘gekauft’“ (Heyden 2014a). Der Demonstrant war der Meinung, dass die Ukraine einen richtigen „Führer“ wie Hitler brauche, der die Nation eine. Zur EU nahm der rechte Sektor Stellung, der diese als eine „Struktur ‘zur Unterdrückung der europäischen Völker’“ bezeichnete (Heyden 2014a).

5.3.2 Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew

Ausgeglichen zeigte sich die Berücksichtigung der Aussageträger beim Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber“ in der WOZ.

- Regierung Janukowitsch (2:0)
- Neue Machthaber in Kiew (0:2)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 2:2)

Ihre Gedanken zu Ex-Präsident Janukowitsch konnten in der WOZ russische Linke sowie auch Mitglieder der „Partei der Regionen“ preisgeben, bei denen Janukowitsch ausschliesslich schlecht wegkam. Seine Politik habe, gemeinsam mit der Finanzkrise, „zu ‘unerträglichen Lebensbedingungen’ geführt“, kritisierten ihn die russischen Linken (Heyden 2014d). Ihrer Meinung nach war es die plötzliche Absage an die EU-Integration, die den massenhaften Protest gegen Janukowitsch ausgelöst habe. Die Kritik der Mitglieder der „Partei der Regionen“ richtete sich auf die „Anordnungen

während der Kämpfe in Kiew“, die zur Eskalation des Konfliktes geführt hätten. Den inzwischen auf die Krim geflüchteten Ex-Präsidenten bezeichneten sie als „Verräter“ (Heyden 2014c).

Auch über die neuen Machthaber in Kiew verloren die Aussageträger in der WOZ kein gutes Wort. „Von einer ‘faschistischen Gefahr’, die es in der Ukraine gebe“, sprachen linke Organisationen (Heyden 2014d). Und Politologe Boris Kagarlitsky sprach von einer Bedrohung, weil sich „zahlreiche bewaffnete Gruppen“ gebildet hätten, die die Regierung nicht unter Kontrolle hatte und somit ein Krieg, in dem „jeder gegen jeden“ antrat, drohte (Heyden 2014d). Kritisch stand Kagarlitsky auch der Wirtschaftspolitik der neuen Machthaber in Kiew gegenüber, da sie seiner Ansicht nach in der Ostukraine Oligarchen nach ihrem Geschmack als Gouverneure eingesetzt hatten, was den „Unmut im Osten“ bloss noch weiter verstärken würde (Heyden 2014d).

5.3.3 Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew

Am deutlichsten zeigte sich die Quellenauswahl der WOZ im Zuge des Kommunikationsereignisses „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“. Sie favorisierte mit 1:5 deutlich die Gegner der neuen Machthaber. Folgende Themen bestimmten die Berichterstattung zur genannten Thematik:

- Russische Intervention in der Ukraine (1:1)
- Separatismus (0:2)
- Beziehungen Russlands zu den neuen Machthabern (0:1)
- Anderes (0:1)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 1:5)

Die am häufigsten genannten Positionen bezogen sich auf die Positionsobjekte „Separatismus“ und „russische Intervention in der Ukraine“. Zum Positionsobjekt „russische Intervention auf der Ukraine“ wurden je eine US-europaaffine wie auch eine russlandaffine Position abgebildet. Der Politologe Boris Kagarlitsky, der eine russlandaffine Position einnahm, empörte sich angesichts der historischen Vergleiche und der Panikmache, die liberale russische Kommentatoren und Friedensdemonstranten über das russische Vorgehen in der Ostukraine verbreitet

hatten. Die Parallelen zwischen Hitlers Annektierung Österreichs von 1938 und Putins Krimpolitik sowie die Gefahr eines Dritten Weltkrieges bezeichnete Kagarlitsky als „Hysterie“ (Heyden 2014d). „Dieselben Leute, die jetzt ‘besonders laut von der Kriegsgefahr schreien, haben gestern jede amerikanische Intervention in verschiedenen Regionen der Welt unterstützt“, so Kagarlitsky (Heyden 2014d). US-europaaffine Positionen äusserten Demonstranten in Moskau, die in erster Linie Russland als Kriegstreiber angesehen hatten. „Eine Militärintervention in der Ukraine führt zum Dritten Weltkrieg“, verkündeten sie in einem Aufruf. Die Bevölkerungen in Russland und in der Ukraine seien dabei nichts weiter als „ein Faustpfand in der Hand von Verbrechern“ (Heyden 2014d).

Ausschliesslich russlandaffine Aussageträger nahmen zum Positionsobjekt „Separatismus“ Stellung. Sergej Mironow von der Partei Gerechtes Russland forderte, dass man den ethnischen Russinnen und Russen in der Ukraine im Schnellverfahren russische Pässe ausstellen sollte (Heyden 2014c). Gleiches verlangte auch Wladimir Schirinowski. Seine Begründung lautete, dass sie dadurch militärisch geschützt werden könnten (Heyden 2014c).

Eine russlandaffine Quelle äusserte sich zum Positionsobjekt „Beziehungen Russlands zu den neuen Machthabern“. Der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew gab sich bedeckt hinsichtlich der Weiterzahlung eines Kredits. Diese hänge von der Regierungsbildung in Kiew ab, da man nicht wisse, mit wem man in Kiew sprechen könne. „‘Leute mit Masken und Sturmgewehren’ könne man nicht als Regierung bezeichnen“, so Medwedew (Heyden 2014c).

5.3.4 Analyse der Kommentare

Die WOZ verfasste während des untersuchten Zeitraums insgesamt vier Kommentare. Sie stammten alle aus der Feder von WOZ-Journalisten. Die Meinungen, welche die Schreibenden vertraten, widerspiegelten russlandaffine bis neutrale Ansichten. Die Themenwahl setzte sich wie folgt zusammen:

Proteste gegen Janukowitsch und Gewalt: 1 Kommentar

Protagonisten des Maidanaufstands: 1 Kommentar

Neue Machthaber: 1 Kommentar

Russisches Vorgehen auf der Ukraine: 1 Kommentar

Die Kommentatorinnen und Kommentatoren der WOZ sahen die Verantwortlichen für die Gewalt nicht bloss in Janukowitschs Sicherheitsapparat sitzen. Ulrich Heyden (2014b) machte für sie noch weitere Akteure verantwortlich.

„Der Konflikt in der Ukraine kann nur gelöst werden, wenn es zu einem Dialog zwischen der Regierung und der Opposition kommt. Der Westen müsste in diesem Sinn seine Stimme erheben. Eine einseitige Schuldzuweisung in Richtung von Präsident Wiktor Janukowitsch hilft da nicht weiter. Spätestens jetzt, da sechs Polizisten durch Kugeln aus den Reihen der DemonstrantInnen starben, müsste der Westen eingestehen, dass eine Lösung nicht in der einseitigen Unterstützung zugunsten der ukrainischen Opposition liegen kann. Denn die Gefahr eines Bürgerkriegs und einer Spaltung des Landes rückt immer näher.“

Um wen es sich bei den Brandstiftern in den Augen Heydens (2014b) handelte, machte er ebenso deutlich:

„Inzwischen ist klar, dass die paramilitärisch organisierten Gruppen des nationalistischen und rechtsradikalen Spektrums die Proteste stark prägen. Dass die Rechten zunehmend die Kontrolle über die Proteste übernehmen konnten, hat mehrere Gründe. Die Distanz zwischen Volk und Staatsapparat ist mit der Entfaltung des Kapitalismus in der Ukraine sehr gross geworden.“

Über die Protagonisten des Aufstands äusserte sich Susan Boos (2014a) am 27. Februar 2014. Die WOZ-Journalistin wünschte sich, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer einen genaueren Blick auf die eigentlichen Anführer respektive die „Helden vom Maidan“ werfen würden.

Boos schrieb: „Offiziell besteht die sogenannte Opposition aus drei Parteien: aus Udar (Schlag), der Partei von Boxer Witali Klitschko; aus Timoschenkos Partei Batkiwschtschyna (Vaterland), vertreten durch Arseni Jazenjuk; und aus Swoboda (Freiheit), der Partei von Oleg Tjagnibok. Die drei haben schon im Januar eine Koalition gebildet. Swoboda ist aber eine rechtsextreme Partei. Ihr Chef, Oleg

Tjagnibok, ist bekannt für seine antisemitischen Ausfälle, und seine AnhängerInnen lieben Fackelmärsche und den ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera, der als Nazikollaborateur gilt.“

Über die rechten Gruppierungen, die nicht bereit gewesen waren, sich mit Janukowitsch auf ein Abkommen zu einigen, schrieb Boos (2014a) weiter:

„Als das Abkommen den Leuten auf dem Maidan präsentiert wurde, lärmte der Rechte Sektor und weigerte sich, die Vereinbarung zu akzeptieren. Mit Erfolg. Die Leute aus dem ‘Rechten Sektor’ (Prawy Sektor), einem Zusammenschluss mehrerer nationalistischer und rechtsextremer Splittergruppen, stammen zum Teil aus der rechten Fußballhooliganszene, dem Sammelbecken für Männer der verlorenen Generation. Vor allem der Rechte Sektor hatte auf dem Maidan zu Waffen und Molotowcocktails gegriffen.“

Wenige Tage später übernahmen die führenden Exponenten der Opposition die Macht in Kiew. Dazu schrieb Boos in einem weiteren Kommentar (2014b):

„Die Ukraine wird seit zwanzig Jahren gefleddert. Die Bevölkerung sieht machtlos zu. Keine der politischen Parteien hat eine Antwort darauf – weil sie das Drama nicht als Tragödie wahrnehmen, sondern primär als Chance, sich ebenfalls zu bereichern. Viele der DemonstrantInnen vom Maidanplatz wollten das nicht mehr. Die ‘Opposition’, die inzwischen die Macht übernommen hat, tut aber wieder dasselbe und setzt – im Schatten von Präsident Putins Drohgebärden auf der Krim – Oligarchen als Gouverneure ein.“

Anders als die NZZ und der Tages-Anzeiger interpretierte die WOZ auch das Vorgehen Russlands in der Ostukraine. Während die beiden bürgerlichen Zeitungen einzig Russland als Aggressor gezeichnet hatten, und dabei die Machtübernahme der Opposition völlig ausklammerten, deutete die WOZ das Vorgehen Russlands als eine natürliche Reaktion. Dazu schrieb Roman Berger (2014) am 6. März 2014:

„Putins Intervention auf der Krim ist vordergründig eine Gegenreaktion auf den überraschenden Machtwechsel in Kiew. Dem Kremlichef geht es aber letztlich darum,

die strategisch wichtige Halbinsel Krim, die der gebürtige Ukrainer und damalige KPdSU-Parteichef Nikita Chruschtschow 1954 der Sowjetrepublik Ukraine 'schenkte', nicht kampflös der Nato zu überlassen: Diese kontrolliert heute durch die Mitgliedschaft der Türkei, Rumäniens und Bulgariens faktisch bereits das Schwarze Meer. Und dies nur gut zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Verschwinden der Sowjetunion. Der Nato fehlen nur noch die Küsten der Ukraine und Georgiens.“

5.4 Weltwoche

Die Weltwoche veröffentlichte zwischen dem 1. Februar 2014 und dem 12. März 2014 insgesamt 7 journalistische Produkte zum Ukraine-Konflikt.

Die Unterteilung der Texte sah folgendermassen aus²¹:

- 3 Berichte (davon stammten zwei von Journalisten der Weltwoche und einer von einem britischen Historiker)
- 4 Kommentare (davon 2 Gastkommentare)

Die Quellenauswahl setzte sich wie folgt zusammen:

US-europa- vs. russlandaffine Stimmen: 7:3

- Proteste gegen Janukowitsch: (3:2)
- Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew: (0:1)
- Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew: (4:0)

Die Verteilung der Quellen zeigte sich bei der Weltwoche relativ ausgeglichen. Die Aussageträger setzten sich wie folgt zusammen:

²¹ Bei der Weltwoche gibt es ebenso keine klare Trennung zwischen Meinungsartikeln und Nachrichtentexten. Deshalb wurden auch hier die Artikel, in denen die Weltwoche mehrere Quellen direkt oder indirekt zitierte, als Nachrichtentexte definiert. Dies auch dann, wenn der Artikel wie ein Meinungsartikel verfasst wurde, in dem die persönliche Sichtweise des Autors erkennbar wird. Artikel, in denen keine Quelle zitiert wird, wurden hier automatisch als Kommentare definiert.

US-europaaffine Quellen:

- 3 etablierte politische Akteure
- 2 etablierte militärische Akteure
- 1 Aktivisten/NGO
- 1 Medien

Russlandaffine Quellen:

- 3 etablierte politische Akteure

Die meistzitierten Stimmen in der Weltwoche waren:

- 2-mal A.F. Rasmussen, NATO-Generalsekretär
- 2-mal Sergei Glasjew, Kremlberater

5.4.1 Proteste gegen Janukowitsch

Folgende Themen prägten die mediale Diskussion in der Weltwoche in den Tagen vor dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch am 22. Februar 2014:

- Einmischung der US-Administration in die Ukrainepolitik (1:1)
- Russlands militärisches Vorgehen (1:0)
- Maidan-Proteste (1:1)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 3:2)

Am 12. Februar 2014 verfasste Weltwoche-Journalist Hansrudolf Kamer (2014a) den einzigen Bericht über die Maidan-Proteste. Er stützte sich dabei sowohl auf US-europaaffine wie auch russlandaffine Quellen. Je eine US-europa- sowie auch eine russlandaffine Stimme bildete die Weltwoche zum Positionsobjekt „Einmischung der US-Administration in die Ukrainepolitik“ ab (Kamer 2014a). Der Kremlberater Sergei Glasjew beschuldigte Washington, die ukrainische Opposition zu finanzieren und zu

bewaffnen und somit das sogenannte Budapest Protocol²² zu verletzen (Kamer 2014a). Offen äusserte sich auch Victoria Nuland, die Leiterin der Europa-Abteilung im amerikanischen Aussenministerium, zur Einmischung. „Fuck the EU!“, lautete ihr Statement, das sie gegenüber Geoffrey Pyatt, dem US-Botschafter in Kiew, äusserte, weil die EU sich ihrer Meinung nach zu diplomatisch verhielt (Kamer 2014a). Das Gespräch drehte sich darum, wer gemäss Nuland „in die ukrainische Regierung solle und wer nicht“, schrieb die Weltwoche (Kamer 2014a).

Je eine US-europa- sowie auch eine russlandaffine Quelle berücksichtigte die Weltwoche zum Positionsobjekt „Maidan-Protteste“. Der Kremlberater Sergei Glasjew vertrat die Position, dass nur ein hartes Vorgehen seitens der Regierung richtig sei und plädierte dafür, den „Putschversuch durch Amerikas bewaffnete Rebellen niederzuschlagen“ (Kamer 2014a). Anders der Maidan-Aktivist Dmitro Bulatow. Er wies auf die Brutalität der Janukowitsch-Administration hin. „Man habe ihn gezwungen, sich als amerikanischen Spion auszugeben, der im Auftrag der CIA in der Ukraine Unruhe stiften sollte. Er konnte schliesslich nach Litauen ausreisen. Bulatow sollte die russische These der äusseren Einmischung belegen“, schrieb Kamer (Kamer 2014a). Bulatow hatte in Kiew Protestkorsos mit Autos organisiert und sei gekidnappt und gefoltert worden (Kamer 2014a).

Die US-Machteliten wiederum nahmen Stellung zum Positionsobjekt „Russlands militärisches Vorgehen“. Sie beschuldigten Moskau, das INF-Abkommen über nukleare Mittelstreckenwaffen von 1987 zu verletzen, weil es Cruise-Missile getestet habe (Kamer 2014a).

5.4.2 Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew

Zum Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew“ nahm in der Weltwoche lediglich ein Aussageträger Stellung.

²² Das Budapest Protocol regelte die Rückführung sowjetischer Nuklearwaffen nach Russland und enthielt gegenüber der unabhängig gewordenen Ukraine russische, amerikanische und britische Sicherheitsgarantien (Kamer 2014a).

- Zukunft der Ukraine/Wahlen vom 25. Mai (0:1)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 0:1)

Der britische Historiker Orlando Figes machte am 5. März 2014 in einem Gastbeitrag in der Weltwoche auf die Position Wiktor Janukowitschs aufmerksam. Der Ex-Präsident bezeichnete die Wahlen, welche für den 25. Mai 2014 angesetzt waren, als „illegal“. Eine Aussage, die „für Verunsicherung“ gesorgt habe, weil er (Janukowitsch, Anm. des Autors) sich dabei „auf den Kreml stützen“ konnte, schrieb Figes (2014).

5.4.3 Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew

Folgende Positionen bildete die Weltwoche zum Kommunikationsereignis „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“ ab:

- Beziehung des Westens zu Russland (2:0)
- Beziehung des Westens zu den neuen Machthabern in Kiew (1:0)
- Beziehung des Westens zu Litauen (1:0)

(US-europa- vs. russlandaffine Quellen: 4:0)

Berücksichtigt wurden ausschliesslich US-europaaffine Aussageträger. Über die Beziehung des Westens zu Russland äusserten sich der Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und das britische Wochenmagazin *Spectator*. Rasmussen erklärte, dass die „Planungen für gemeinsame Militärübungen mit Russland“ abgebrochen worden seien und das „Verhältnis zu Moskau“ neu „unter die Lupe“ genommen werde (Kamer 2014d). Das britische Wochenmagazin war der Ansicht, dass die westliche Politik gegenüber Putin bloss noch bestärkend sei für letzteren, um seinen Einfluss auf die Nachbarländer noch weiter auszudehnen. Schliesslich würden die Regierungen Westeuropas „am liebsten mit Moskau einen Modus Vivendi finden, verletzte Grossmachtgefühle alimentieren und dem Kreml ehemals sowjetische Gebiete zur friedlichen Verwaltung überlassen“ (Kamer 2014d).

Zum Positionenobjekt „Beziehungen des Westens zu den neuen Machthabern in Kiew“ nahm ebenfalls Rasmussen Stellung. Er wies darauf hin, dass „die Zusammenarbeit

mit der politischen und militärischen Führung der Ukraine“ ausgeweitet werde, um die Leistungsfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte zu verbessern (Kamer 2014d).

Erwähnung fand in der Weltwoche auch der litauische Verteidigungsminister Juozas Olekas, der sich für eine engere Zusammenarbeit mit der Nato aussprach. Diese sei als „Antwort auf die russische Aggression in der Ukraine“ und aufgrund der erhöhten militärischen Aktivität in der benachbarten Exklave Kaliningrad notwendig (Kamer 2014d).

5.4.4 Analyse der Kommentare

Die Weltwoche publizierte während des untersuchten Zeitraums insgesamt vier Kommentare. Davon wurden zwei von Weltwoche-Journalisten und zwei von Intellektuellen in Form eines Gastbeitrages verfasst. Die Meinungen, welche die Schreibenden vertraten, widerspiegelten US-europa-, russlandaffine sowie auch neutrale Ansichten. Die Themenwahl setzte sich wie folgt zusammen:

Sturz Janukowitschs und Gewalt: 1 Kommentar

Neue Machthaber in Kiew: 1 Kommentar

Russisches Vorgehen in der Ukraine: 1 Kommentar

Westliche Ukraine- respektive Osteuropapolitik: 1 Kommentar

Der erste Kommentar vom 26. Februar 2014 stammte aus der Feder von Weltwoche-Journalist Hansrudolf Kamer. Im Fokus stand der Sturz Janukowitschs, der sich vier Tage zuvor ereignet hatte. Kamer, der eine US-europaaffine Position einnahm, sah Janukowitschs Schicksal selbstverschuldet. „Schliesslich mag Janukowitsch die Nerven verloren haben. Von Scharfschützen gezielt Demonstranten erschossen zu lassen, kann bei arabischen Aufständen durchgehen, in der Ukraine brachte es das Fass zum Überlaufen“, schrieb Kamer (2014b). Die Morde hätten zuletzt dazu geführt, dass viele Politiker und Sicherheitsbeamte das Lager wechselten.

Zu den neuen Machthabern äusserte sich Margarita Mikolaychik (2014), eine ukrainische Psychologin, die zum damaligen Zeitpunkt auf der Krim lebte. „Der Status quo ist aber nicht akzeptabel, unter anderem deshalb, weil die neue Regierung in Kiew

die sprachlichen Rechte der Russisch sprechenden Bevölkerung nicht respektiert“, schrieb sie und übernahm somit eine russlandaffine Position.

Nach dem Sturz Janukowitschs und dem Beginn der Spannungen zwischen West und Ost schrieb Weltwoche-Journalist Hansrudolf Kamer (2014c) am 5. März 2014 ein weiteres Mal über das Geschehen in der Ukraine. Im Fokus seiner Aufmerksamkeit stand nun Russland, das „im Osten der Ukraine Unruhe schürt“ und die „Krim bedroht“ (Kamer 2014c). Im Gegensatz zu den US-Machteliten und den neuen Machthaber in Kiew stellte Russlands-Administration in den Augen Kamers eine Bedrohung für die Ostukraine dar (Kamer 2014c). „Nun waren und sind die Russen auf der Krim überhaupt nicht bedroht, weder von Faschisten noch andern ungemütlichen Gesellen. Ruhe herrschte in Donezk und Charkow im Osten, so lange, bis sie gestört wurde – durch organisierte prorussische Aktivisten“, so Kamer (2014). Sie „besetzten“ Flughäfen, Gebäude der staatlichen Verwaltung und Radio- und TV-Stationen, was eine russische Taktik der „Provokation, Manipulation, Überraschung“ gewesen sei und dazu geführt habe, dass die neuen Machthaber in Kiew die Lage nicht mehr kontrollieren konnten. Dies konnte einzig Putin. „Er (Putin, Anm. des Autors) kann die Krise auch wieder abblasen, so schnell er sie fabriziert“, schrieb Kamer (2014).

Zur Ukrainepolitik der westlichen Staaten verfasste der Historiker und Publizist Robert U. Vogler (2014) einen Kommentar. Er legte sein Augenmerk auf die Fehler der westlichen Politik. Diese sah Vogler als eigentliche Ursache für den Ausbruch der Ukraine-Krise. „Man kann es drehen und wenden, wie man will, der Westen – und damit seien explizit die USA, die Nato und die ‘friedensstiftende’ EU gemeint – hat in den Jahren seit dem Mauerfall in Bezug auf das Verhältnis zu Osteuropa gravierende Fehler begangen. Die Ukraine-Krise ist eines der Resultate davon. Dabei geht es Moskau gar nicht um die Ukraine, es geht ihm um Russland“, schrieb Vogler (2014). Für ihn war der Beginn der Ukraine-Krise bloss die konsequente und logische Folge der Nato-Osterweiterung. Staaten wie Tschechien, Ungarn, Bulgarien, die baltischen Staaten sowie auch Rumänien und die Slowakei in die Nato beitreten zu lassen, sei ein Fehler des Westens gewesen, der „die Ignoranz“ im westlichen Verteidigungsbündnis aufzeigte. Mit der Annäherung der Ukraine an Europa und die Nato sei eine Spaltung geradezu vorhersehbar gewesen. Denn „die Angst vor einer

militärischen Einkreisung ist in der russischen Seele und im Kreml... seit Generationen tief verwurzelt“, schrieb Kamer (2014).

6 Analytische Auswertung

6.1 NZZ

Die NZZ berücksichtigte beim Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ überwiegend US-europaaffine Stimmen. Sie machten rund 78 Prozent der Stimmen aus. Bei einzelnen Positionenobjekten, so beispielsweise beim Thema „Maidan-Proteste“, wurden gar ausschliesslich US-europaaffine Stimmen berücksichtigt. Entsprechend zeichnete die NZZ auch die Proteste. Die Demonstrationen gegen Janukowitsch assoziierte sie weitgehend mit positiv besetzten Wörtern. In den Augen der NZZ handelte es sich um „demokratisch orientierte Demonstranten“, die gegen „staatliche Willkür“ auf die Strasse gegangen waren und „rechtsstaatliche Verhältnisse“ sowie die „Überwindung des sowjetischen Erbes“ anvisierten (Stieger 2014a; Wechlin 2014g). Ein Muster, das sich in der Berichterstattung der NZZ über die Proteste immer wieder bemerkbar machte, lautete: Die Protestierenden möchten sich der EU und deren Errungenschaften wie „Rechtsstaatlichkeit“, der „Abwesenheit von Angst“, „Sozialstaat“ und dem „freien Markt“ anschliessen (Hermann 2014f; Snyder 2014).

Anders als die Protestierenden, beschrieb die NZZ die Janukowitsch-Regierung ausschliesslich negativ. Gekennzeichnet wurde sie häufig mit dem Begriff „Regime“ (Hermann 2014b; Schmid 2014c; Snyder 2014). Im Februar 2014 benutzte sie das Wort dreissigmal in Verbindung mit dem Ukraine-Konflikt beziehungsweise Janukowitsch. Fünfundzwanzigmal beschrieb sie damit Janukowitschs-Administration – fünfmal bezog sich der Begriff auf ehemalige kommunistische Staaten oder auf Russland.

Besonders deutlich zeigte sich die stereotype Berichterstattung der NZZ im Zuge der Berichterstattung über die Gewalt, die sich zwischen dem 18. und 20. Februar 2014 auf dem Maidan ereignete. Auch hier berücksichtigte die NZZ häufiger Aussageträger,

welche die Janukowitsch-Administration für die Gewalt auf dem Maidan verantwortlich machten. Zwei Stimmen sahen den Westen, vier Aussageträger Janukowitschs-Machtapparat in der Verantwortung. Gewalt war das häufigste Positionsobjekt, das beim Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ in der NZZ Verwendung fand – insgesamt 33 Prozent aller Beiträge zum Kommunikationsereignis bezogen sich darauf. Die stärkere Gewichtung der Oppositionellen, die Janukowitsch mit der Gewalt in Verbindung brachten, widerspiegelte sich auch in den Kommentaren der Zeitung. Sie machten überwiegend Janukowitsch für die Gewalt auf dem Maidan verantwortlich (Stieger 2014a; Stieger 2014b; Hermann 2014b).

Illustrativ für die eindeutige Parteinahme zuhanden der Opposition war die Berichterstattung der NZZ über die Scharfschützen, die am 20. Februar 2014 auf dem Maidan ein Blutbad angerichtet hatten. Die NZZ erwähnte die Scharfschützen in ihren Berichten und Kommentaren bis Ende Februar insgesamt fünfmal. In drei Artikeln behauptete die Zeitung, dass es sich bei den Scharfschützen um Spezialeinheiten Janukowitschs handelte; in keinem der fünf Artikel brachte sie die Scharfschützen in Verbindung mit der Opposition (Hermann 2014c; Hermann 2014e; Reis Schweizer 2014; Snyder 2014). Als Aussageträger gab die NZZ in diesem Zusammenhang beispielsweise dem Politologieprofessor Alexander Motyl eine Plattform (Hermann 2014b). Für Motyl war es eine „logische Konsequenz“, dass Janukowitsch auf seine eigenen Bürger schoss. Erkenntlich wurde die schnelle Schuldzuweisung auch in den Kommentaren. Für NZZ-Journalist Cyrill Stieger (2014b) stand fest, dass Janukowitsch den Befehl gegeben hat, „auf die Demonstranten zu schießen“ (vgl. Kapitel 5.1.5.).

Den Sturz Janukowitschs verteidigte die NZZ. Im Gegensatz zum Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ äusserte sich die Aufteilung der Quellen jedoch ausgeglichener. 60 Prozent der zitierten Stimmen gehörten dem US-europaaffinen Lager an (zum Vergleich: beim Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ waren es 78 Prozent). Die Parteinahme erkannte man anhand des Wordings. Für die neuen Machthaber in Kiew wählte sie stets den Begriff „Regierung“ (vgl. Schmid 2014f; Wechlin 2014e), während die Janukowitsch-Administration mehrheitlich als „Regime“ betitelt wurde (vgl. Hermann 2014b; Schmid 2014c; Snyder 2014). Somit entstand der Eindruck, dass es sich bei den neuen

Machthabern um eine demokratisch legitimierte Regierung gehandelt habe. Janukowitschs gestürzte Regierung stand auch im Fokus der Aufmerksamkeit bei der NZZ. Rund 38 Prozent aller Beiträge zum Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew“ bezogen sich auf seine Administration. Über dreiviertel der Stimmen, die sich zum gestürzten Präsidenten äusserten, gehörten dem US-europaaffinen Lager an. Kritikern der neuen Machthaber schenkte die NZZ nicht nur in quantitativer Hinsicht weniger Gewicht. Aussagen gegen die neuen Machthaber in Kiew wurden vielfach abgeschwächt und vereinzelt gar als russische Propaganda bezichtigt (Snyder 2014).

Nach dem Sturz Janukowitschs und den beginnenden Protesten in der Ostukraine dominierten die US-europaaffinen Stimmen die Berichterstattung der NZZ. Sie machten rund 78 Prozent aller Quellen aus, die sich zum Kommunikationsereignis „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“ äusserten – die Verteilung der Stimmen war somit nahezu identisch mit derjenigen zum Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“, wo ebenfalls rund 78 Prozent US-europaaffine Stimmen zu Wort kamen. Die Berichterstattung zu den Protesten in der Ostukraine fokussierte sich auf den östlichen Nachbarn der Ukraine. 43 der insgesamt 80 Aussageträger bezogen sich auf das Positionsobjekt Russland. Unter ihnen vertraten 74 Prozent russlandkritische Positionen. Nach Janukowitschs Sturz und den beginnenden Protesten im Osten wurde die Semantik der NZZ gegenüber Russland immer schärfer. Die Rede war von einer „Invasion“, „Okkupation“, einem unglaublichen „Akt der Aggression“, einer „Kriegserklärung“, einer „Verletzung des Budapester Memorandums“, von einer russischen „Eskalation“ oder der „Verletzung der Souveränität“ (Nuspliger 2014b; Schmid 2014e; Stieger 2014c; Triebe 2014b; Wechlin 2014g; Winkler 2014b).

Anders lautete der Duktus, der für die Handlungen der neuen Regierung in Kiew an den Tag gelegt wurde. Sie musste sich wehren gegen den übermächtigen Gegner Russland, der die Krim „besetzt“ (Triebe 2014b); der eine „Invasion“ plante (Hermann 2014i); der den „Druck“ auf die neuen Machthaber „aufrecht“ halte (Wechlin 2014f). Die Sprache offenbarte: Aktiv war Russland, passiv die neuen Machthaber in Kiew. Zwischen dem 1. und 6. März 2014 verwendete die NZZ in der Ukraine-Berichterstattung insgesamt 9-mal das Wort „Invasion“. NZZ-Journalisten übernahmen

den Begriff auch vereinzelt ohne eine US-europaaffine Quelle zu zitieren (Hermann 2014i; Hermann 2014j; Himmelreich 2014; Schmid 2014f; Wechlin 2014g). 19 der 32 russlandkritischen Aussageträger, die das russische Vorgehen auf der Krim respektive in der Ostukraine kritisierten, bezichtigten Russland der Verletzung des internationalen Völkerrechts. Hinter den Protesten im Osten sah die NZZ mehrfach Russland als treibende Kraft im Hintergrund. Sechsmal assoziierte sie die Proteste direkt mit Russland. Lesen konnten man zum Beispiel Sätze wie diese:

„Prorussische Gruppen haben das Oblast-Parlament besetzt...“; „Am Montag wurden sie von einer grossen, in die Tausende gehenden prorussischen Menschenmenge belagert...“; „Rasch, still und diszipliniert stürmten prorussische Kräfte am Wochenende die lokalen Regierungszentren“; „...Wenn nicht, werden sich prorussische Landesteile endgültig von Kiew abwenden“; „Die Bürgerwehr aus prorussischen Kräften hat ihren kleinen Stützpunkt wenige Kilometer nördlich von Sewastopol auf der Krim aufgeschlagen“ oder: „Erneut fanden prorussische Proteste statt.“ (Schmid 2014f; Pabst 2014; Wechlin 2014d). Anders als bei den Protesten gegen Janukowitsch, wo die NZZ das Wort „Putsch“²³ vermied, bezeichnete sie die Machtübernahme regionaler Verwaltungen im Osten durch Gegner der neuen Machthaber in Kiew als Putsch (Schmid 2014f). Auch zweifelte sie die Legalität der regionalen Regierung an, die sich auf der Krim anfangs März 2014 gebildet hatte (Hermann 2014j).

6.2 Tages-Anzeiger

Auch im Tages-Anzeiger herrschte beim Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ eine Dominanz US-europaaffiner Stimmen vor. Sie machten rund 69 Prozent aller abgebildeten Stimmen aus (zum Vergleich: bei der NZZ waren es 78 Prozent). Der Tages-Anzeiger blickte teilweise jedoch kritisch auf die Demonstranten. Zum Positionobjekt „Maidan-Proteste“ meldeten sich fünfmal Maidan-Gegner beziehungsweise russlandaffine Stimmen zu Wort, während viermal Maidan-Anhänger zitiert wurden (vgl. Kapitel 5.2.1). Die zwei Kommentare zu den Protesten bildeten

²³ Die NZZ verwendete den Begriff einmal, als sie eine russlandaffine Quelle indirekt zitierte; ein weiteres Mal benutzte sie den Begriff in Anführungs- und Schlusszeichen, dabei zitierte sie eine US-europaaffine Stimme, die der Meinung war, dass es in Kiew keinen Putsch gegeben habe (Nuspliger 2014a; Wechlin 2014c).

neutrale bis US-europaaffine Positionen ab. Das leichte Übergewicht russlandaffiner Stimmen stellte jedoch eine Ausnahme dar.

Bei den restlichen Positionenobjekten waren beim Tages-Anzeiger die US-europaaffinen Stimmen in der Mehrzahl. Entsprechend übernahm er vermehrt die Sprache dieser Quellen. Und zwar auch in den Kommentaren, in denen ein eindimensionales Bild des Konfliktes vermittelt wurde. Ein Bild, das Janukowitsch als ruchlosen Diktator zeichnete, der auch vor Gewalt nicht zurückschreckte (Stephan Israel 2014c). In der Interpretation Janukowitschs unterschied sich der Tages-Anzeiger kaum von der NZZ. Während die NZZ drei Personen zu Wort kommen liess, die sich negativ über Janukowitsch äusserten, waren es beim Tages-Anzeiger zwei – Gegenstimmen zum Positionenobjekt berücksichtigten beide Zeitungen nicht. Die Janukowitsch-Administration bezeichnete der Tages-Anzeiger im Februar 2014 53-mal als „Regime“.

Exemplarisch zeigte sich die Dominanz des US-europaaffinen Narratives beim Tages-Anzeiger auch beim Thema Gewalt auf dem Maidan. Das Positionenobjekt deckte 23 Prozent aller Beiträge zum Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ ab (bei der NZZ waren es 33 Prozent). Jedoch fiel die Quellenauswahl mit 6:1 beim Tages-Anzeiger noch ungleicher als bei der NZZ (4:2) zugunsten der Opposition respektive der US-europaaffinen Stimmen aus.

In der Wahrnehmung des Tages-Anzeigers trug fast ausschliesslich Janukowitschs Regierung die Schuld für die Gewalt – mit Ausnahme eines Kommentars (Affentranger 2014d). Das zeigte sich, genauso wie auch bei der NZZ, im Rahmen der Berichterstattung über die Scharfschützenmorde und die Gewalt auf dem Maidan. Bis Ende Februar 2014 machte der Tages-Anzeiger diese in sechs Artikeln (inklusive einem Frontartikel) und einem Kommentar zum Thema (Affentranger 2014e; Israel 2014c; Israel 2014d; Kahlweit 2014b; Odehnal 2014a; Odehnal 2014b; Tages-Anzeiger 2014d). In Verbindung mit den Scharfschützen brachte der Tages-Anzeiger überwiegend die Janukowitsch-Administration. Lediglich einmal wies der Tages-Anzeiger darauf hin, dass sowohl Polizisten als auch Demonstranten erschossen worden waren – und unklar sei, wer dahinter stehe (Israel 2014d).

Der Begriff „Scharfschützen“ tauchte insgesamt 9-mal auf. Die Schuldzuweisung äusserte sich auch in den Kommentaren (Israel 2014c). Ebenso färbte sie auf die Berichterstattung ab (Affentranger 2014e). Auch noch einige Tage später deutete die Zeitung die Massaker vom 20. Februar 2014 ähnlich. Der Tages-Anzeiger (Odehnal 2014a) schrieb am 26. Februar 2014: „In der Verteidigung des Maidan gegen Polizei und Scharfschützen spielten sie (rechte Gruppen, Anm. des Autors) die entscheidende Rolle.“

Genauso wie die NZZ stand auch der Tages-Anzeiger hinter dem Sturz Janukowitschs. Für die neuen Machthaber in Kiew wählte er ebenso den Begriff „Regierung“ (Hans 2014c; Tages-Anzeiger 2014f), während die Janukowitsch-Administration als „Regime“ beschrieben wurde (Flubacher 2014a; Israel 2014b). Dadurch entstand das Bild, dass es sich um eine demokratisch legitimierte Regierung gehandelt habe. Gleich wie die NZZ schenkte der Tages-Anzeiger den Kritikern der neuen Machthaber in quantitativer Hinsicht weniger Gewicht. Die Verteilung beim Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber“ fiel mit rund 63 Prozent zugunsten US-europaaffiner Stimmen aus (zum Vergleich: bei der NZZ betrug diese 60 Prozent zugunsten US-europaaffiner Stimmen). Ebenfalls richtete sich die Aufmerksamkeit beim Tages-Anzeiger auf Janukowitschs gestürzte Regierung, die 45 Prozent aller Beiträge zum Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew“ abdeckte. Noch deutlicher als bei der NZZ fiel das Ergebnis zu diesem Positionsobjekt beim Tages-Anzeiger mit rund 95 Prozent zugunsten der US-europaaffinen Stimmen aus. Aussagen gegen die neuen Machthaber in Kiew schwächte der Tages-Anzeiger ab. Teils stufte er sie auch als russische Propaganda ein (Hans 2014b). Was er bei den neuen Machthabern in Kiew nie tat.

Die Quellenauswahl beim Tages-Anzeiger bildete mit 73 Prozent ebenfalls deutlich häufiger US-europaaffine Aussageträger beim Kommunikationsereignis „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“ ab. Auch beim Tages-Anzeiger richtete sich die Aufmerksamkeit nach dem Machtwechsel auf Russland. 28 der insgesamt 71 Quellen – beziehungsweise 39 Prozent – richteten den Blick auf das grösste Land Europas (zum Vergleich: bei der NZZ waren es 54 Prozent). Von ihnen bezogen 22 respektive 79 Prozent Stellung zugunsten der Anhänger der neuen Machthaber. Sechs der 22 russlandkritischen beziehungsweise US-europaaffinen Aussageträger bezichtigten

Russland, internationales Recht respektive die Souveränität der Ukraine missachtet zu haben. Die Semantik des Tages-Anzeigers offenbarte sich teils martialisch – Kampfbegriffe wurden häufig genutzt. Zwischen dem 1. und 6. März 2014 verwendete er die Terminologie „Invasion“ im Zusammenhang mit dem russischen Vorgehen auf der Krim insgesamt fünfmal (Flubacher 2014b; Israel 2014f; Kahlweit 2014c; Tages-Anzeiger 2014f). Dabei setzte er den Begriff allerdings viermal in Anführungs- und Schlusszeichen respektive in ein Zitat von russlandkritischen Stimmen. Ebenfalls assoziierte der Tages-Anzeiger die Proteste im Osten der Ukraine häufig direkt mit Russland. Lesen konnte man zum Beispiel Sätze wie: „Im ostukrainischen Donezk besetzten prorussische Demonstranten Teile eines Gebäudes der Regionalregierung“, schrieb der Tages-Anzeiger-Journalist Stephan Israel (2014e) aus Brüssel. Und von der Tages-Anzeiger-Journalistin Zita Affentranger (2014i) konnte man am 1. März 2014 lesen: „Erst am Vortag hatten prorussische Angreifer die Parlamentsgebäude in Simferopol gestürmt.“ Als sich eine neue regionale Regierung auf der Krim gebildet hatte, schrieb sie (Affentranger 2014k) am 3. März 2014 wie folgt über das Geschehen auf der Krim: „Bewaffnete haben am Wochenende unter Mithilfe Russlands die Kontrolle über die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim übernommen. Sie besetzten das Parlament in der Provinzhauptstadt Simferopol und den Flughafen von Sewastopol, zudem waren mehrere ukrainische Kasernen auf der Krim von bewaffneten Sicherheitsleuten, vermutlich russischen Soldaten, umstellt.“

6.3 WOZ und Weltwoche

WOZ

Im Rahmen der Maidanproteste kamen in der WOZ ausschliesslich US-europaaffine Stimmen zu Wort – die Quellenauswahl lautete 4:0 zu ihren Gunsten. Die Hälfte von ihnen äusserten sich zum Thema Maidan-Proteste. Die Verantwortlichen für die Eskalation sah die politisch linksorientierte Zeitung allerdings nicht ausschliesslich bei einer Partei. Insbesondere in den Kommentaren nahmen die WOZ-Journalistinnen und Journalisten überwiegend russlandaffine Positionen ein. Schlecht weg kamen sowohl Janukowitsch als auch Teile der Opposition. Ein besonderes Augenmerk richtete die Zeitung auf die rechten Gruppen. Diese waren in der Wahrnehmung der Zeitung die eigentlichen Drahtzieher der Eskalation, die zwischen dem 18. und 22.

Februar 2014 auf dem Maidan ihren Höhepunkt erreicht hatte. Sowohl Heyden (2014b) als auch Boos (2014a) legten einen akribischen Blick auf die Handlungen dieser Gruppen, die laut der WOZ zunehmend die Kontrolle über die Proteste an sich gerissen hatten (Heyden 2014b) und auch vor Gewalt und „gezielten Schüssen“ und Morden nicht zurückschreckten (Boos 2014a; Heyden 2014b).

Im Gegensatz zu der NZZ und dem Tages-Anzeiger sprach die WOZ von der „Regierung“ Janukowitschs – die Terminologie Regime benutzte sie für den untersuchten Zeitraum nie. Mehr als bei den Tageszeitungen konzentrierte sich die Berichterstattung der WOZ auch auf soziale und ökonomische Ungleichheiten. Diese hatten gemäss der WOZ die ukrainische Gesellschaft unter Janukowitsch gekennzeichnet. Die Zeitung sah sowohl in der Regierung Janukowitschs als auch in den Führern der Opposition keine wirkliche Zukunftsperspektive für die Ukraine. Beide Seiten waren in der Perzeption der WOZ an der Erhaltung des Status quo interessiert. Da auch die Opposition wiederum von Oligarchen unterstützt wurde (Heyden 2014a). Für die WOZ handelte es sich bei Janukowitsch auch nicht um einen russischen Vasallen – ein Bild, das der Tages-Anzeiger und die NZZ vereinzelt vom ehemaligen ukrainischen Präsidenten gezeichnet hatten. Sie betrachtete den Konflikt zu Beginn vordergründig als einen innerukrainischen Konflikt, in dem innerhalb der herrschenden Klasse Gruppen um Einfluss und Macht kämpften (Heyden 2014a). Andere Ansichten äusserte die WOZ auch hinsichtlich der Europäischen Union. Von ihr zeichnete sie im Gegensatz zur NZZ ein neoliberales und kritisches Bild (Heyden 2014a). Beachtung fanden in der WOZ auch die Protagonisten der rechten Parteien und deren Ideologie. Auch über den umstrittenen „Nationalhelden“ Stepan Bandera und dessen symbolische Kraft für die Maidan-Demonstranten schrieb die WOZ in zwei Artikeln (Boos 2014a; Heyden 2014c).

Beim Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber“ berücksichtigte die WOZ die US-europa- und russlandaffinen Aussageträger gleichermaßen. Der Themenfokus lag auf den Positionenobjekten „Neue Machthaber in Kiew“ (50 Prozent) und „Regierung Janukowitsch“ (50 Prozent). Zu ersterem Positionenobjekt kamen ausschliesslich russlandaffine, zu letzterem nur US-europaaffine Stimmen zu Wort. Diese Gewichtung verdeutlichte sich auch in der publizistischen Linie der WOZ. Den neuen Machthabern in Kiew sah sie mit Misstrauen

entgegen, da diese keine wirklichen Veränderungen des in den Augen der WOZ korrupten Wirtschaftssystems anvisierten. Insbesondere die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten deutete die WOZ auch nach dem Sturz Janukowitschs weiterhin als grosse Gefahr (Heyden 2014a). Des Weiteren sah die WOZ (Heyden 2014a) durch die neuen Machthaber faschistische Tendenzen und Rechtsradikalismus im Aufwind. Ausführlicher als die anderen untersuchten Zeitungen informierte die WOZ auch über die Zusammenstellung der neuen Machthaber in Kiew. Die linke Wochenzeitung (Boos 2014a; Heyden 2014c) war der Meinung, dass die Ukrainer sehr genau hinsehen sollten, wer die sogenannten Helden des Maidans gewesen waren, die nach dem Sturz Janukowitschs an die Macht gelangten. Schliesslich waren auch „Rechtsradikale des Rechtens Sektors“ und Mitglieder der Swoboda-Partei an der Macht beteiligt und niemand von Janukowitschs „Partei der Regionen“ (Heyden 2014c). Die Swoboda-Partei beschrieb die WOZ als „stark antirussisch“, die Kontakte zu anderen rechtsextremen Parteien in Europa unterhalte (Heyden 2014d). Ebenfalls wies die WOZ darauf hin, dass mit Oleg Machnitzki ein Mitglied der Swoboda-Partei den Posten des Generalstaatsanwalts übernehmen sollte (Heyden 2014c). Den Regierungswechsel bezeichnete die WOZ als „Machtwechsel“ oder auch als „Sturz“ (Berger 2014). Das Wort „Putsch“ verwendete sie nicht. Aufmerksam machte die linke Wochenzeitung WOZ auch auf Gesetzesänderungen, welche die neuen Machthaber vollzogen und die insbesondere die russische Minderheit im Osten traf (Heyden 2014c).

Zum Kommunikationsereignis „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“ liess die WOZ hauptsächlich russlandaffine Quellen zu Wort kommen. Das Ergebnis lautete 5:1 zugunsten der Kritiker der neuen Machthaber in Kiew. Am häufigsten äusserten sich Aussageträger über die Positionsobjekte „russische Intervention“ und „Autonomie/Separatismus“, zu denen sich je 2 Stimmen äusserten. Im Gegensatz zur NZZ und dem Tages-Anzeiger verwendete die WOZ nie die Terminologie „Invasion“, um das russische Vorgehen auf der Krim zu beschreiben. Die russischen Truppenbewegungen auf der Krim fasste die linke Zeitung zwar als völkerrechtswidrig und als eine Gefahr für den Frieden auf (Berger 2014). Allerdings richtete die Wochenzeitung ihren Blick auch auf die US-Aussenpolitik und die NATO-Osterweiterung, um das russische Vorgehen wiederum in einen geopolitischen

Kontext zu setzen. Hier setzte die Kritik der WOZ an.²⁴ Die Berücksichtigung der historischen und geopolitischen Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges schien für die linke Zeitung unabdingbar, um ein Verständnis des beginnenden Ukraine-Konfliktes zu erlangen.

Weltwoche

Die Quellenauswahl in der Weltwoche fiel mit 3:2 knapp zugunsten US-europaaaffiner Aussageträger aus. Verglichen mit den Tageszeitungen NZZ (78 Prozent) und Tages-Anzeiger (69 Prozent) war die Auswahl der Stimmen ausgeglichener. Die Weltwoche sah die Maidanproteste – ähnlich wie auch die WOZ – durchaus kritisch. Stärker als die anderen Zeitungen, wies sie auf die Einmischung der US-Machteliten in die inneren Angelegenheiten in der Ukraine hin. Dabei machte sie auf die scharfe Kritik Moskaus aufmerksam, die den US-Machteliten vorwarf, die ukrainische Opposition mit Waffen und Geld zu unterstützen (Kamer 2014a). 40 Prozent der Stimmen, die sich in der Weltwoche zum Kommunikationsereignis „Proteste gegen Janukowitsch“ äusserten, nahmen dazu Stellung. Damit bildete die Weltwoche eine Ausnahme – weder die NZZ, der Tages-Anzeiger noch die WOZ berücksichtigen Stimmen, die sich dazu äusserten.

²⁴ Konkret schrieb Roman Berger am 6. März 2014 Folgendes: „Vergessen wir nicht: Putin hat den Untergang des Imperiums als Oberstleutnant des sowjetischen Geheimdiensts KGB in einem Büro in Dresden erlebt. Seiner tiefen Ablehnung der damaligen Ereignisse und dessen, was seither geschehen ist, gab Putin an der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007 Ausdruck. Damals, gut ein Jahr vor dem Blitzkrieg mit Georgien, erinnerte ein sichtlich erzürnter Putin die in München versammelten Verteidigungsminister, Politikerinnen und Militärexperten daran, wie viele Zugeständnisse Russland seit dem Ende des Kalten Krieges gegenüber dem Westen gemacht – und nichts dafür erhalten habe. In den Verhandlungen über den Abzug der Sowjetarmee aus der DDR und den anderen Ostblockstaaten habe der Westen zugesichert, dass diese Gebiete nicht in die Nato aufgenommen würden. Diese Zusagen, die nie schriftlich festgehalten wurden, habe der Westen nicht eingehalten. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass ausgerechnet Zbigniew Brzezinski – der US-amerikanische Politikwissenschaftler und ehemalige Sicherheitsberater unter Präsident Jimmy Carter – dieser Tage in einem TV-Gespräch das US-Publikum darauf aufmerksam machte, dass die Krim 'historisch' zu Russland gehöre. In seinem Buch 'The Grand Chessboard' (1997) vertrat Brzezinski noch die These, nur wenn es dem Westen gelinge, die Ukraine auf seine Seite zu ziehen, könne er verhindern, dass Russland wieder als neues Imperium auferstehe. Heute gibt sich der Globalstratege weniger ideologisch und erinnert an historische Fakten. Tatsächlich ist im Verständnis der meisten RussInnen die Krim eng mit ihnen verbunden, ja gehört praktisch zu Russland. Putins militärische Mobilisierung 'zum Schutz der russischen Bevölkerung' auf der Halbinsel wird deshalb von einer Mehrheit der RussInnen unterstützt. Ebenso deutlich lehnt sie jedoch eine 'Einmischung in die Ukraine' ab. Zweifellos sind die russischen Truppenbewegungen auf der Halbinsel völkerrechtlich kaum haltbar, auch wenn sich Russland dabei auf ein 'Friedens- und Freundschaftsabkommen' beruft, das die beiden Staaten 1997 abgeschlossen haben. Die Kritik von US-Präsident Barack Obama hingegen, Moskau verletze mit seiner Intervention die territoriale Integrität der Ukraine und verstosse gegen das Völkerrecht, dürfte Putin auf die leichte Schulter nehmen. Schliesslich gehören die USA, was die Verurteilung von Militärinterventionen im Ausland betrifft, nicht zu den glaubwürdigsten Advokaten.“

Ebenfalls informierte sie über das geleakte Telefonat zwischen Nuland und Pyatt, das aufzeigte, wie die USA ihren Einfluss in der Ukraine geltend machen wollten. Auch verwies sie darauf, dass Janukowitsch zwar „eine korrupte, unglückliche Figur“, trotzdem aber ein gewählter Präsident war (Kamer 2014b).

Partei ergriff die Wochenzeitung von Roger Köppel nicht eindeutig zugunsten einer Seite. Sie schonte Janukowitsch genauso wenig wie Oppositionspolitiker mit Kritik. Ähnlich wie bei der WOZ stimmte die Gewichtung der Quellen nicht mit den Positionen in den Kommentaren überein. Während beispielsweise Weltwoche-Journalist Hansrudolf Kamer in seinen Artikeln US-europaaffine Positionen einnahm, zeigten die Intellektuellen in ihren Gastbeiträgen auch Verständnis für die russische Sicht auf den Konflikt. In der Beurteilung Kamers war es Janukowitsch gewesen, der letztlich die Eskalation auf die Spitze getrieben habe, indem er gezielt auf Demonstranten habe schießen lassen (Kamer 2014b). Für Robert U. Vogler (2014) wiederum war es die westliche Politik respektive die Nato-Osterweiterung, die den Ukraine-Konflikt und den Sturz Janukowitschs ausgelöst hätten. Anders als die WOZ richtete die Weltwoche für den untersuchten Zeitraum nur eine marginale Aufmerksamkeit auf die rechten Gruppen auf dem Maidan. Erwähnung fand einzig Oleh Tjahnibok, der „Chef der antipolnischen und antisemitischen Vereinigung Swoboda“ (Kamer 2014b). Im Gegensatz zur WOZ thematisierte die Weltwoche die internationale Dimension des Konfliktes stärker. Die Weltwoche sah den Konflikt in der Ukraine von Anfang an (Kamer 2014a) als ein geopolitisches Seilziehen zwischen den beiden Grossmächten USA und Russland, die beide ihre politischen und ökonomischen Interessen verfolgten.

Zum Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber“ kam in der Weltwoche einzig eine russlandaffine Quelle zu Wort. Die rechtskonservative Wochenzeitung sah den neuen Machthabern in Kiew – ebenso wie die WOZ – mit Misstrauen entgegen. Ein Kritikpunkt richtete sich auf die Macht und den Einfluss, den die ukrainischen Oligarchen auf die Politik ausübten. Sie blieb in den Augen der Weltwoche auch nach dem Machtwechsel ungebrochen. Da die Politik nicht über Nacht „keimfrei“ und „rechtsstaatlich“ geworden sei (Kamer 2014b). Kritik äusserte die Weltwoche auch an der Finanzpolitik der neuen Machthaber. Da es ihnen nicht gelingen würde, den Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen (Kamer

2014b). Skepsis respektive Zweifel hegte sie ebenso gegenüber Jazenjuk, Klitschko und Tjahnibok, die alle später bei den Präsidentenwahlen im Mai 2014 kandidieren sollten (Kamer 2014b). Dies deshalb, weil sie der Aufgabe, „Wirtschaft und Politik zu sanieren“, nicht gewachsen waren. Genauso wie die WOZ verwendete auch die Weltwoche Wörter wie „Umsturz“ oder „Machtwechsel“ für den Regierungswechsel (Kamer 2014b; Kamber 2014c). Anders als die restlichen untersuchten Zeitungen, fragte sich die Weltwoche aber, was die richtige Bezeichnung sei. Ob es sich nun um einen „Putsch, eine Revolution oder eine überstürzte Wachablösung“ gehandelt habe (Kamer 2014b).

Ausschliesslich US-europaaffine Quellen äusserten sich in der Weltwoche zum Kommunikationsereignis „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“. Das Ergebnis lautete 4:0 zugunsten der Befürworter der neuen Machthaber. Am häufigsten im Fokus stand das Positionsobjekt: „Beziehung des Westens zu den neuen Machthabern“. Trotz der deutlichen Quellenauswahl gab die Weltwoche nicht bloss US-europaaffine Stimmen wieder. Gerade die Kommentare sahen auch den Westen in der Verantwortung. Von den Pauschalverurteilungen Russlands, wie sie viele westliche Politiker artikulierten, hielt die Weltwoche wenig. Schliesslich sei „die Moralkeule aus Washington“ (Vogler 2014) nicht glaubhaft, da sich die USA nicht einen „Deut um die Völkerrechte“ in anderen Regionen der Welt gekümmert hätten. Speziell Vogler (2014) versuchte auch die russische Perspektive in dem Konflikt den Leserinnen und Lesern näherzubringen.²⁵ Wie die WOZ sah auch Vogler (2014) die

²⁵ Vogler (2014) schrieb am 12. März 2014 Folgendes dazu: „Und nun, wie wäre die Moskauer Sichtweise heute zu beschreiben?

Man stelle sich Europa aus dem Westflügel des Kremis vor und habe die Lage der Nation zu beurteilen: Wie würde das Resultat ausfallen? Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums strebten die ehemaligen Vasallenstaaten nicht nur die Unabhängigkeit von Moskau und die vollständige Selbstbestimmung an, sondern möglichst rasch die Mitgliedschaft in der Nato, also im Bündnis des ehemaligen Gegners. Im Falle von Polen kann man das angesichts der jahrhundertealten speziellen Feindschaft zu Russland nachvollziehen. Dass aber Tschechien, Ungarn, Bulgarien, die baltischen Staaten, Rumänien und die Slowakei, teilweise direkte Nachbarn Russlands, der Nato beitraten, zeigt wenig Verständnis für die historische Dimension dieser Entscheidungen und die Ignoranz sowohl des taktischen als auch des strategischen Denkens im westlichen Verteidigungsbündnis. Darin liegt der Keim einer drohenden, neuen Spaltung Europas. Wer glaubte, dieser Seiten- und Frontwechsel würde in Moskau einfach so hingenommen, muss mit Blindheit geschlagen gewesen sein. Die Angst vor einer militärischen Einkreisung ist in der russischen Seele und im Kreml – wer und welche Ideologie auch immer dort herrscht – seit Generationen tief verwurzelt. Deshalb denken die Russen aussenpolitisch in langen Zeiträumen, was sich an der Zahl und Qualität der Aussenminister erweisen lässt: Der Altkommunist Andrei Gromyko war 28 Jahre lang Aussenminister, Sergei Lawrow ist es heute auch schon zehn Jahre lang, während man sich kaum an die in hoher Kadenz vorbeiziehenden Amtsinhaber aus Washington, Paris und London erinnern kann. Der russische Botschafter Anatoli Dobrynin war 24 Jahre in Washington stationiert und erlebte sechs US-Präsidenten. Wenn sich der russische Bär bedroht fühlt, schlägt er mit wuchtigen Prankenschlägen zurück:

Gründe für den beginnenden Ukraine-Konflikt tiefer liegend: Nämlich in den taktischen und strategischen Fehlern des westlichen Militärbündnisses, die den „Keim“ zur „neuen Spaltung Europas“ gelegt hätten, indem sie Russland einkreisten und entsprechend auch bedrohten. Ebenso wie die Wochenzeitung benutzte auch die Weltwoche das Wort „Invasion“ nicht im Zusammenhang mit den russischen Truppenbewegungen auf der Krim.²⁶

6.4 Beispiele für unterdrückte Informationen

Gewisse Informationen, die nicht mit den dominanten Wahrnehmungs- und Beurteilungsschemata der Zeitungen übereinstimmten, schafften es nicht in die Zeitungen. Hierzu werden einige Beispiele aufgezeigt. Dabei wird sich der Autor dieser Arbeit in erster Linie auf die beiden Tageszeitungen NZZ und Tages-Anzeiger konzentrieren, da diese deutlich mehr Artikel über das Geschehen in der Ukraine publizierten.

6.4.1 Scharfschützenmorde

Sowohl die NZZ, der Tages-Anzeiger sowie auch die Weltwoche waren sich gleich von Beginn an sicher, wer die Verantwortlichen für die Massaker vom 20. Februar 2014 waren.²⁷ Dabei häuften sich bereits wenige Tage nach den Vorfällen die Informationen, die das vorherrschende Bild in Frage stellten, dass Janukowitschs Sicherheitsapparat hinter den Scharfschützen stehe. Am 26. Februar 2014 wurde ein Telefonat zwischen Urmas Paet, dem estnischen Aussenminister, und Catherine Ashton, der Hohen Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, geleakt (Nazemroaya 2014:93).

Von Polen, Ungarn über die Tschechoslowakei bis hin zur Ukraine zieht sich eine logische Spur strategischer Abwehrhandlungen. Die letzte Warnung an den Westen und die Nato war Georgien. Was in aller Welt konnte die Nato 2008 in Georgien anderes erreichen, als Russland im Süden zu brüskieren?“

²⁶ Kamer (2014c) verwendete die Terminologie zwar einmal. Dabei wies er jedoch darauf hin, dass es sich in seinen Augen nicht um eine Invasion gehandelt habe, da die russischen Truppen sowieso schon auf der Krim stationiert gewesen seien.

²⁷ Die WOZ machte anfangs noch keine Schuldzuweisungen. Am 3. April 2014 jedoch übernahm sie auch die Meinung, dass Janukowitschs Sicherheitsapparat dahinterstehe. Susan Boos (2014c) schrieb: „Achmetow und Janukowitsch blieben sich aber stets freundschaftlich verbunden. In den turbulenten Tagen um den 20. Februar dieses Jahres, als Sondereinheiten auf DemonstrantInnen schossen und die Situation auf dem Maidan eskalierte, rief Achmetow – so erzählte er später den Medien – Janukowitsch an und überzeugte ihn, sein Amt niederzulegen.“

Paet betonte im Gespräch, Informationen von der Ärztin Olga Bogomolez erhalten zu haben, welche Teile der Opposition belasteten. Laut der Ärztin wurden die getöteten Demonstranten sowie auch die Sicherheitskräfte am 20. Februar 2014 mit den gleichen Kugeln getroffen (Bröckers & Schreyer 2019:84). Bogomolez gehörte dem Ärzteteam der Demonstranten an und war eine Gegnerin Janukowitschs. Sie hatte verwundete Demonstranten als auch Sicherheitskräfte der Regierung behandelt (Nazemroaya 2014:93).²⁸ Auch sei sie sehr besorgt gewesen, dass die neuen ukrainischen Machthaber keinerlei Anstalten machten, die Vorfälle zu untersuchen (Nazemroaya 2014:93; Bröckers & Schreyer 2019:84). Ihre Sorgen sollten sich später bestätigen. Die Ereignisse wurden auch in den folgenden Jahren juristisch nie aufgearbeitet (Ackeret 2019). Die Aussagen Bogomolez bestätigte auch der Arzt Oleksandr Lisowoi (WDR 2014).

Gemäss Recherchen von ARD und RT feuerten Scharfschützen die Schüsse aus einem Hotel ab, das zum damaligen Zeitpunkt unter der Kontrolle der Opposition gestanden war (Bröckers & Schreyer 2019:84ff.; WDR 2014; Nazemroaya 2014:93). Über die Hintergründe der Vorfälle auf dem Maidan vom 20. Februar 2014 recherchierten später nicht bloss Medien. Mit der Thematik befasste sich in den vergangenen Jahren auch die Wissenschaft. Der kanadische Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski (2015) kam in einer umfassenden Studie zu den Scharfschützenmorden auf dem Maidan zu folgendem Schluss:

„The various kinds of evidence ... indicate that armed groups and the leadership of the far right organizations, such as the Right Sector and Svoboda, and oligarchic parties, such as Fatherland, were directly or indirectly involved in various capacities in this massacre of the protesters and the police. This mass killing was a successful false flag operation, which was organized and conducted by elements of the Maidan leadership and concealed armed groups in order to win the asymmetric conflict during the “Euromaidan” and seize power in Ukraine.”

Über das Gespräch zwischen Ashton und Paet sowie alle weiteren erwähnten Informationen berichtete keine der untersuchten Zeitungen. Und das auch in den

²⁸ Später widerrief Bogomolez ihre Aussage gegenüber der Presse (Bröckers & Schreyer 2019:84).

Monaten und Jahren danach. Fünf Jahre nach den Vorfällen auf dem Maidan blickte die NZZ weniger voreingenommen auf die Massaker vom 20. Februar 2014. „Die gezielten Schüsse auf Demonstranten und Polizisten, die bis am Ende der Woche über hundert Tote forderten, sind bis heute nicht aufgeklärt“, schrieb NZZ-Journalist Markus Ackeret (2019) im Februar 2019. Anders der Tages-Anzeiger, der nach wie vor die Sicht vertritt, dass Janukowitschs Sicherheitsapparat hinter den Morden steht (Affentranger 2019).

6.4.2 Pläne der US-Machteliten

Sowohl die NZZ als auch der Tages-Anzeiger vernachlässigten die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen, die die westlichen Machteliten in der Ukraine verfolgten. Die US-Administration hatte seit 1991 über fünf Milliarden Dollar in die Ukraine investiert. Alleine 2013 belief sich die Summe auf 100 Millionen (Bröckers und Schreyer 2019:96). Auch war bekannt, dass die US-Machteliten ihren Einfluss in Osteuropa weiter ausdehnen wollten und seit Jahrzehnten eine Strategie der Umzingelung Russlands führen (Brzezinski 2003; Chomsky 2003; Ganser 2017:297-298). Darüber informierten die beiden Tageszeitungen allerdings nicht. Sobald die internationale Dimension der Maidan-Proteste zur Sprache kam, richtete sich das Beobachterauge der beiden Tageszeitungen auf die Putin-Administration. Die kritische Haltung der NZZ und des Tages-Anzeigers gegenüber Janukowitsch spannte sie mehrfach auf Russland weiter. Hierzu zwei Beispiele: Am 18. Februar berichtete die NZZ über die Schlägertypen der Regierung Janukowitschs, die sogenannten Tituschki. Dabei schrieb die Zeitung, dass sich auf dem Maidan auch „russische Geheimdienstagenten und regierungstreue Provokateure befänden“ (Flückiger 2014a). Gleiches machte der Tages-Anzeiger. Er berichtete über russische Spezialeinheiten auf dem Maidan, die als „Polizisten zum Einsatz kommen“ würden (Affentranger 2014d; Hans 2014a). Umgekehrt schrieb er – genauso wenig wie die NZZ – während des Untersuchungszeitraums jedoch nie über die engen Verflechtungen zwischen den militärischen und politischen Eliten der USA und der ukrainischen Opposition. Entsprechend waren beispielsweise die engen Kontakte des US-Auslandgeheimdienstes CIA (Central Intelligence Agency) zur Opposition in den

Tagen vor Janukowitschs Sturz kein Thema für die NZZ und den Tages-Anzeiger (Mitschka 2019; Nazemroaya 2014:93; Van der Pijl 2018:80ff.).²⁹

6.4.3 Rechte politische Gruppen und deren Ideologie

Eine ähnliche Filterung der Informationen äusserte sich im Umgang mit den rechten Gruppen. Während Janukowitschs Sicherheitsapparat und russische Akteure ein stetiges Thema der NZZ- und Tages-Anzeiger-Berichterstattung waren, berichteten die beiden Zeitungen nur sporadisch über die „rechten Gruppen“ in der Ukraine. Auch die Weltwoche berichtete nicht über sie. Der Tages-Anzeiger berücksichtigte drei, die NZZ gar keine Quellen, die sich dazu äusserten. Diese quantitative Unterscheidung deutet auf die unterschiedliche Bedeutung hin, welche die beiden Zeitungen den rechten Gruppen im Rahmen der Proteste zuschrieben. Während die NZZ³⁰ den rechten Bewegungen keine entscheidende Rolle zuwies, sah der Tages-Anzeiger diese durchaus von Bedeutung – zumindest zweimal machte er auf die Gruppierungen während den Protesten aufmerksam. Zwei Aussageträger äusserten im Tages-Anzeiger ihre Meinungen zu den rechten Bewegungen (Affentranger 2014f; Odehnal 2014a). Anders als die beiden Schweizer Tageszeitungen sahen verschiedene Journalisten und Wissenschaftler die rechten Gruppierungen als die eigentlichen Protagonisten des Aufstands an, dank denen Janukowitsch letztlich gestürzt wurde (Herman und Peterson 2014:173-181; Katchanovski 2015; Parry 2014a). Gemäss Herman und Peterson (2014:181) waren Gruppierungen wie Swoboda, der rechte Sektor und die „Ukrainische Nationalversammlung“ – allesamt rechte, militante Gruppierungen – für die meisten Morde während der Proteste verantwortlich. Einzelne dieser Gruppierungen standen auch in stetigem Kontakt mit den US-Geheimdiensten und wurden von diesem möglicherweise auch unterstützt (Herman und Peterson 2014:173-181; Nazemroaya 2014:93ff.). Die enge Kooperation westlicher Geheimdienste mit rechten Gruppen in der Ukraine hat eine lange Geschichte und geht bis auf den Zweiten Weltkrieg zurück (Bröckers und Schreyer 2019:72).

²⁹ Laut Aussagen des damaligen ukrainischen Geheimdienstchefs Oleksandr Yakimenko hatte der ukrainische Geheimdienst die Aktivitäten der CIA in Kiew akribisch überwacht (Nazemroaya 2014:93).

³⁰ Als einzige Ausnahme kann der Leitartikel von Eric Gujer vom 22. Februar 2014 angesehen werden. „Die Eskalation in dieser Woche geht auf das Konto des Regimes Janukowitschs und radikaler Demonstranten, die Brandstifter aber sitzen in Moskau“, schrieb Gujer.

In der NZZ kamen die rechten Gruppen während des Zeitraums vom 18. Februar bis zum Sturz am 22. Februar lediglich in einem Artikel (Flückiger 2014a) zur Sprache. Darin machte die Zeitung auf den rechten Sektor aufmerksam, der zur Mobilisierung aufgerufen hatte. Dabei verwies die NZZ darauf, dass an diesem Tag einige hundert Demonstranten ein Büro von Janukowitschs „Partei der Regionen“ gestürmt, in Brand gesetzt und einen Mitarbeiter der Regierungspartei getötet hatten (Flückiger 2014a).

Häufiger berichtete der Tages-Anzeiger über die Aktivitäten der rechten Gruppen auf dem Maidan. Kritik an diesen äusserte er jedoch kaum. Während des Untersuchungszeitraums vom 18. bis 22. Februar 2014 nannte die Tageszeitung in insgesamt drei Artikeln einmal den rechten Sektor und dreimal die Swoboda-Partei. Die Berichte über die Swoboda-Partei zeichneten sich im Gegensatz zur Berichterstattung gegenüber Jankowitsch durch Sachlichkeit aus. In einem Artikel vom 20. Februar 2014 machte der Tages-Anzeiger auf die Bedeutung der Partei aufmerksam, die neben der demokratischen Allianz eine „zentrale Rolle“ beim Maidanaufstand gespielt habe. Er schrieb über die „Parteizentralen von Udar und Swoboda“, die „angezündet“ wurden und verwies auf die „zentrale Rolle“, welche die beiden Parteien „beim Aufstand in Kiew“ spielten (Affentranger 2014c).

Zweimal erwähnte die Zeitung rechte Bewegungen (einmal die Swoboda-Partei, einmal den rechten Sektor) im Zusammenhang mit dem Kompromiss, den Janukowitsch mit der Opposition unter Aufsicht der drei europäischen Aussenminister ausgehandelt hatte (Affentranger 2014f; Kahlweit 2014a). Diesem konnte die Swoboda-Partei nur wenig abgewinnen. Einmal informierte der Tages-Anzeiger über die Gewalt rechter Bewegungen. Er verwies auf den rechten Sektor, der mit „Ketten auf Uniformierte“ einprügelte, Verwaltungsgebäude besetzte und die „Gewaltbereitschaft“ anheizte (Affentranger 2014f).

Anders als bei der NZZ fand die Gewalt vom 18. Februar 2014, die von rechten Parteien ausgegangen war, im Tages-Anzeiger nicht explizit Beachtung. An diesem Tag attackierten, wie bereits angedeutet, Oppositionelle unter der Führung des rechten Sektors mit Molotow-Cocktails die Parteizentrale Janukowitschs in Kiew. Als die Täter von einer Polizeibarriere gestoppt wurden, bewarfen sie die Polizisten mit

Steinen und setzten deren Autos in Brand. Bei den Kämpfen starben sieben Polizisten sowie auch elf Demonstranten (Spiegel 2014; Bröckers und Schreyer 2019:82).

Anders als die linke WOZ blendeten die zwei Tageszeitungen und die Weltwoche die politisch-ideologische Ausrichtung der rechten Gruppierungen überwiegend aus. Sowohl die NZZ, der Tages-Anzeiger als auch die Weltwoche machten diese während des untersuchten Zeitraums nicht einmal zum Thema. Die rechten Gruppierungen beriefen sich im Zuge der Proteste stets auf Stepan Bandera, der 1941 in Lwiw den ukrainischen Staat ausrief und auf Seiten Nazi-Deutschlands während des Zweiten Weltkrieges gegen die Rote Armee gekämpft hatte (Mitschka 2019:50ff.; Van der Pijl 2018:79). Über ihn respektive seine Vorbildfunktion für die rechten Gruppen erfuhr man in der NZZ und im Tages-Anzeiger nichts.³¹ Vom 1. November 2013 bis am 22. Februar 2014 wurde der Name Stepan Bandera in beiden Zeitung nicht ein einziges Mal erwähnt. Auch als am 1. Januar 2014 in Kiew zwischen 10'000 bis 20'000 Menschen mit Fackeln den einhundertsten Geburtstag Banderas feierten, informierten sie nicht darüber (Mitschka 2019:51ff.). Mit dabei beim riesigen Aufmarsch waren neben der ultranationalistischen Swoboda-Partei auch die Vertreter der Vaterlandspartei Julja Tymoschenkos, zu der auch der spätere Premierminister Arseni Jazenjuk gehörte (Mitschka 2019:51ff.). Die NZZ berichtete am 5. März 2014 ein erstes Mal über Bandera (Stieger 2014c). Dabei thematisierte sie die Kritik, die Janukowitsch sowie auch viele ethnische Russen im Osten der Ukraine an Bandera respektive den neuen Machthabern in Kiew geäußert hatten. Sie interpretierten den Machtwechsel in Kiew als eine Rückkehr zum Faschismus.³² Die NZZ nahm die Kritik zur Kenntnis, schenkte ihr allerdings wenig Gewicht. Wörter wie Faschismus oder faschistische Gruppen setzte sie ausschliesslich in Anführungs- und Schlusszeichen, womit sie die Kritik abschwächte.

Auch beim Tages-Anzeiger findet sich die erste Erwähnung Banderas erst nach dem Sturz Janukowitschs. Am 26. Februar berichtete Kiew-Korrespondent Bernhard

³¹ Bandera beging während des Krieges Verbrechen an Juden, Polen und Russen (Mitschka 2019:50ff.). Präsident Wiktor Juschtschenko, der Vorgänger Janukowitschs, verlieh Bandera 2010 den Ehrentitel „Held der Ukraine“. Janukowitsch machte den Erlass seines Vorgängers jedoch wieder rückgängig (Stieger 2014c).

³² „Er (Janukowitsch, Anm. des Autors) macht 'faschistische Gruppen' für seinen Sturz verantwortlich. Damit verunglimpft er die neue ukrainische Führung pauschal als extreme ukrainische Nationalisten“, schrieb die NZZ (Stieger 2014c).

Odehnal (2014a) ein erstes Mal über die symbolische Bedeutung, die Bandera bei den rechten Gruppen zukam.³³ Über die Gewalt, die nachweislich (vgl. Bröckers und Schreyer 2019:81ff.) von den rechten Gruppen ausgegangen war, informierte Odehnal (2014a) nicht. Dafür schrieb er von der „entscheidenden Rolle“, die die rechten Gruppen „in der Verteidigung des Maidan gegen die Polizei und Scharfschützen spielten“ (Odehnal 2014a).

6.4.4 Diskriminierende Gesetzeserlasse

Auch im Rahmen der Berichte über den Sturz Janukowitschs und die Machtergreifung der Opposition schafften es gewisse Informationen nicht in die Zeitungen. Auf die juristischen, sozialen und politischen Dimensionen des Sturzes gingen speziell die NZZ und der Tages-Anzeiger wenig bis gar nicht ein. Unmittelbar nach Janukowitschs Sturz verabschiedeten Mitglieder des ukrainischen Parlaments (Rada) mehrere neue Gesetzeserlasse – darunter zählte die Absetzung Janukowitschs sowie auch Gesetze, die den russischsprechenden Minderheiten im Osten des Landes weniger Rechte gewährten. Die erste Sitzung unter der Führung der neuen Machthaber im Parlament rief in verfassungsrechtlicher Sicht mehrere Fragen auf (Nazemroaya 2014:97-98; Krone-Schmalz 2017:77; Bröckers und Schreyer 2019:87ff.). Während den Parlamentssitzungen fehlte rund die Hälfte aller Abgeordneten (Nazemroaya 2014:97-98; Bröckers und Schreyer 2019:87ff.). Auch war mit Volodymyr Rybak der Parlamentsvorsitzende nicht anwesend (Nazemroaya 2014:97-98).³⁴ Die beschriebenen Vorgänge thematisierte weder der Tages-Anzeiger noch die NZZ.

³³ Odehnal (2014a) schrieb: „Die Verehrung Banderas ist heute die einzige Klammer, die das nationalistische Lager der Ukraine eint. Als legitime Nachfolger seiner Bewegung sieht sich die Partei Swoboda (Freiheit), die ihre Basis in Lemberg und der Westukraine hat. In Lemberg liess sie ein riesiges Denkmal für Bandera errichten und gedenkt dort auch der Toten der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS. In Deutschland schloss Swoboda eine Partnerschaft mit der rechtsextremen NPD und eröffnete ein Büro in München. In der Protestbewegung auf dem Maidan versucht die Partei hingegen, sich liberal und proeuropäisch darzustellen.“

³⁴ Die Parteimitglieder der „Partei der Regionen“, der zum damaligen Zeitpunkt grössten Partei der Ukraine, und weitere Mitglieder anderer Parteien sowie auch unabhängige Parlamentarier blieben den Sitzungen fern. Die „Partei der Regionen“ hielt zum damaligen Zeitpunkt fast 40 Prozent aller Sitze – konkret handelte es sich um 165 der insgesamt 442 Sitze, die in der Hand von Janukowitschs Partei waren (Nazemroaya 2014:99). Die tonangebenden Kräfte in der Rada spielten unmittelbar nach dem Sturz Janukowitschs mit dem Gedanken, die „Partei der Regionen“ sowie auch die kommunistische Partei der Ukraine zu verbieten (Nazemroaya 2014:99). Mehrere Gesetzeserlasse, die das Parlament im Eilverfahren durchboxte, richteten sich gegen die russischen Minderheiten im Osten. Gemäss der Verfassung der Ukraine hätten bei den Notsitzungen im Parlament jedoch mindestens 226 anwesende Parlamentsmitglieder anwesend sein müssen, damit die Beschlüsse rechtsgültig hätten in Kraft treten

6.4.5 Politische Ausrichtung der neuen Regierung ist zweitrangig

Auch bei der Berichterstattung über die Zusammensetzung der neuen Machthaber in Kiew filterten beide bürgerlichen Zeitungen Informationen heraus. Ein paar Beispiele: Sowohl der stellvertretende Premierminister Oleksandr Sych, der Landwirtschaftsminister Ihor Shvaika, der Umweltminister Andry Mokhnyk sowie auch der Verteidigungsminister Ihor Tenyukh gehörten allesamt der rechtsextremen Swoboda-Partei an (Nazemroaya 2014:90-91). Der Jüdische Weltkongress hatte in der Vergangenheit schon mehrfach die Forderung aufgestellt, die Partei zu verbieten. Das EU-Parlament selbst erklärte in einer Motion im Dezember 2012 die Partei als xenophobe, antisemitische und rassistische Partei. Die Argumentation des Parlaments lautete, dass diese Positionen allesamt unvereinbar mit den Werten der EU seien (Nazemroaya 2014:90-91). Die Swoboda-Minister fanden jedoch (anders als in der WOZ) in der NZZ, dem Tages-Anzeiger und der Weltwoche kaum Erwähnung.

Der Tages-Anzeiger machte die Regierungsbeteiligung der Swoboda-Partei nicht zum Thema.³⁵ Das gilt nicht bloss für den untersuchten Zeitraum bis zum 6. März, sondern auch für den Rest des Monats.³⁶ Die NZZ machte erstmals am 28. Februar 2014 auf

können (Mahdi Nazemroaya 2014:97). Unter der Kontrolle der Opposition waren zu Beginn zwar 239 Abgeordnete anwesend. Das genügte aber nicht, um alle Gesetzesentwürfe zu verabschieden. Zum einen hätten Abgeordnete unter Zwang und Einschüchterung ihre Stimmen abgegeben. Zum anderen fehlte der Parlamentsvorsitzende. Die damalige ukrainische Verfassung sah jedoch vor, dass der Parlamentsvorsitzende bei einer Session stets anwesend sein muss, wenn Gesetzesänderungen beschlossen werden. Er muss jegliche Gesetzesänderungen mit seiner Unterschrift absegnen. Trotzdem wählten die Abgeordneten sodann mit Oleksandr Turchynov einen neuen Vorsitzenden. Nazemroaya (2014:98-99) schreibt dazu:

„Firstly, at least one-third of the deputies of members of the Ukrainian Parliament, must convene before a new Rada chairman or speaker is selected to oversee parliamentary voting on bills. This did not take place, because many of the Rada's members were missing when he was selected. Secondly, Turchynov could not assume the role of Rada chairperson while there was already a chairperson as well as vice-chairperson (first-deputy chairperson) or assume the role of acting president until President Viktor Yanukovich resigned or was impeached by the Rada, which did not take place when Turchynov was appointed as acting president.”

³⁵ Einzige Ausnahme ist ein Artikel vom 28. Februar, in dem die Partei am Rande erwähnt wird (Odehnal 2014c).

³⁶ Die Machtergreifung beschrieb der Tages-Anzeiger (2014c) am 24. Februar 2014: „In der Ukraine haben die Gegner des abgesetzten Präsidenten Janukowitsch die Macht übernommen. Im Eilverfahren besetzten sie die wichtigsten Posten. Das Parlament bestimmte am Sonntag seinen neuen Chef Alexander Turtschinow zugleich zum Übergangspräsidenten. Dieser rief die Abgeordneten auf, sich bis Dienstag auf eine Regierung der nationalen Einheit zu einigen.“

die Regierungsbeteiligung der Swoboda-Partei aufmerksam (Hermann 2014g). Weiter fand diese noch am 13. und 14. März 2014 Gehör (Schmid 2014g; Stieger 2014d).³⁷

Auch über Premierminister Jazenjuk schafften es gewisse Informationen nicht in die NZZ und den Tages-Anzeiger. Während die NZZ Jazenjuk als „moralische Instanz des Umsturzes“ und der Tages-Anzeiger ihn als „mitreissenden Redner“ beschrieb, fand seine politische Gesinnung in beiden Tageszeitungen keine Erwähnung.³⁸ Nicht

³⁷ Über die Machtergreifung schrieb die NZZ am 24. Februar 2014 (Schmid 2014d): „Das Parlament, die einzige verbliebene halbwegs demokratische Institution, hat die Ärmel hochgekrepelt und demonstriert, was sonst in der Werchowna Rada Mangelware ist: Geschlossenheit. Dabei ist nicht wenig herausgekommen. Präsident Janukowitsch wurde des Amtes enthoben, Julia Timoschenko exkulpiert und freigelassen, Alexander Turtschinow zum Übergangspräsidenten bestimmt.“ Am 28. Februar berichtete die NZZ erstmals über die Zusammensetzung der neuen Machthaber (Hermann 2014g; Hermann 2014h). Lesen konnte man Folgendes (Hermann 2014g): „Auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz (Maidan Nesaleschnosti) sind viele dennoch nicht wirklich überzeugt, dass die neue Regierung den Wechsel repräsentiert, für den man so lange demonstriert hat. Zahlreiche Minister, die aus den Reihen der etablierten Formationen Batkiwtschschina (Vaterland) und Swoboda (Freiheit) kommen, werden als Vertreter des – wenn auch in den letzten Jahren in die Opposition gedrängten – politischen Establishments aus kritischer Distanz betrachtet.“ Auf der Frontseite schrieb die NZZ (Hermann 2014h): „Das ukrainische Parlament hat am Donnerstag den bisherigen Fraktionschef der Partei Batkiwtschschina (Vaterland), Arseni Jazenjuk, mit grosser Mehrheit zum neuen Ministerpräsidenten des Landes gewählt und auch seine Kabinettsliste genehmigt. In der Regierung nehmen zahlreiche Politiker aus dem Umfeld der Vaterlandspartei und der rechtsnationalen Swoboda (Freiheit) Einsitz, nicht aber der Ukrainischen Demokratischen Allianz (Udar) für Reformen von Witali Klitschko.“

³⁸ Über die politischen Positionen und die Vergangenheit des neuen Premierministers Jazenjuk berichtete die NZZ am 27. Februar 2014 wie folgt (Hermann 2014d): „Der frühere Parlamentschef Arseni Jazenjuk - eine Symbolfigur der Protestbewegung vom Maidan - soll die Übergangsregierung in der Ukraine führen. Das schlug der Rat den Demonstranten am Unabhängigkeitsplatz, dem Maidan, in Kiew am Mittwochabend vor. Dem Vorschlag muss das Parlament am Donnerstag noch zustimmen... Dem Kabinett soll auch der mutmasslich gefoltete Regierungsgegner Dmitri Bulatow als Sportminister angehören. Der Kommandant des Protestlagers auf dem Maidan, Andrej Parubij, wird demnach Chef des Sicherheitsrates.“ Parubij war der Gründer der ultranationalistischen Swoboda-Partei. Später wechselte er zu Wiktor Juschtschenkos Partei „Unsere Ukraine“, bevor er sich zuletzt in den Dienst von Timoschenkos „Vaterlandspartei“ gestellt hatte (Nazemroaya 2014:91). Über seine Vergangenheit erfuhr man in der NZZ nichts. Das umfassendste Porträt Jazenjuks zeichnete die NZZ am 24. Februar 2014, kurz bevor er offiziell zum neuen Übergangs-Ministerpräsidenten ernannt wurde. Korrespondent Schmid (2014d) schrieb: „Zur Wahl des Übergangs-Regierungschefs stellen sich der Werchowna Rada voraussichtlich Arseni Jazenjuk, ein Vertrauter Timoschenkos und unter Juschtschenko Aussenminister, und der Schokoladen-Fabrikant und Abgeordnete Petro Poroschenko. Viele Beobachter geben Jazenjuk die grösseren Chancen. Er verfügt über Erfahrung auf dem aussenpolitischen Parkett, ist rechts- und wirtschaftswissenschaftlich ausgebildet und spricht fließend Englisch, was ihm in Verhandlungen mit der EU dienlich sein kann. Wird Jazenjuk Regierungschef, sähe er sich auch taktisch bestätigt. Ende Januar hatte er noch das Angebot Janukowitschs, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen, abgelehnt. Dies hatte ihn dem Maidan, der kraft seiner Energie, seiner Kompromisslosigkeit und seiner radikal skeptischen Gesinnung so etwas wie die moralische Instanz des Umsturzes geworden ist, etwas sympathischer gemacht. Grundsätzlich allerdings sehen noch immer viele Demonstranten in Figuren wie Jazenjuk, Klitschko und natürlich Timoschenko nichts anderes als Vertreter des verhassten 'Systems'.“ Der Tages-Anzeiger schrieb am 28. Februar über die Wahl des Interims-Premierminister Jazenjuk (Odehnal 2014c): „Mit 371 von insgesamt 450 Stimmen wählte das ukrainische Parlament gestern Nachmittag Arseni Jazenjuk zum neuen Premierminister. Es ist die grösste Mehrheit, die je ein Regierungschef in der Ukraine erhalten hat. Auch Jazenjuks Team wurde mit grosser Mehrheit gewählt. Gestützt wird die Regierung von der neuen Koalition 'Europäische Wahl', der die bisherigen Oppositionsparteien Udar von Witali Klitschko, Vaterland von Julija Timoschenko und Swoboda von Oleg Tjagnibok angehören.“ Ausführlich berichtete die Tageszeitung am

nennenswert war für sie auch die Tatsache, dass Jazenjuk zu denjenigen ukrainischen Politikern gehörte, die bereits seit Jahren in engem Kontakt zu den Machteliten der USA standen und einen Nato-Beitritt der Ukraine befürworteten. Jazenjuk gehörte beispielsweise als Parlamentspräsident im Januar 2008 zu den Unterzeichnern der Nato „Membership Action Plans“ für die Ukraine (Krone-Schmalz 2017:88-99). Ebenfalls pflegte Jazenjuks Stiftung Open Ukraine intensive Beziehungen zum US-Aussenministerium und zur Nato (Bittner 2019:200).

6.4.6 US-Rolle beim Sturz Janukowitschs marginalisiert

Ähnlich wie bereits im Zuge der Proteste gegen Janukowitsch marginalisierten beide Zeitungen im Rahmen des Sturzes und der Machtergreifung der Opposition auch den Einfluss der US-Machteliten. Hierzu ein Beispiel: Anfang Februar 2014 machten Berichte über ein abgehörtes Telefonat zwischen Victoria Nuland, der Leiterin der Europa-Abteilung im amerikanischen Aussenministerium, und Geoffrey Pyatt, dem Botschafter Washingtons in Kiew, die Runde. Während des Telefonats erläuterte Nuland Pläne, wer aus ihrer Sicht in der künftigen ukrainischen Regierung sitzen sollte.³⁹ Einen idealen Leader für die Ukraine sah sie in der Person von Arseni

selbigen Tag über Jazenjuk (Odehnal 2014c): „Arseni Jazenjuk ist trotz seiner erst 39 Jahre ein alter Hase in der ukrainischen Politik. Mit 28 kam er für die Partei Julija Timoschenkos als jüngster Abgeordneter ins Parlament. Danach war er Wirtschaftsminister der autonomen Region Krim, Aussenminister, Parlamentspräsident und zuletzt Fraktionschef von Timoschenkos Partei Vaterland. Er ist ein mitreissender Redner und spricht fließend Englisch, was ihn zu einem begehrten Verhandlungspartner des Westens macht. Seine neue Aufgabe bezeichnete er selbst als 'selbstmörderisch'. Die Staatskasse sei leer, das Land habe 75 Milliarden Dollar Schulden, die Renten könnten nicht mehr bezahlt werden. Nur ein harter Sparkurs könne die Ukraine retten. Gleichzeitig muss Jazenjuk im Konflikt mit Russland um die Krim Fingerspitzengefühl beweisen. Russland sei Nachbar und Partner, betonte Jazenjuk im Parlament: Der russische Präsident müsse aber dafür sorgen, dass die Truppen in Sewastopol in den Kasernen blieben. 'Die Ukraine ist ein souveränes Land. Separatismus ist nicht erlaubt'.“

³⁹ Im Wortlaut hörte sich das Telefongespräch wie folgt an (BBC 2014): *Nuland*: “I think Yats is the guy who's got the economic experience, the governing experience. He's the... what he needs is Klitsch and Tyahnybok on the outside. He needs to be talking to them four times a week, you know. I just think Klitsch going in... he's going to be at that level working for Yatseniuk, it's just not going to work.

Pyatt: Yeah, no, I think that's right. OK. Good. Do you want us to set up a call with him as the next step?

Nuland: My understanding from that call - but you tell me - was that the big three were going into their own meeting and that Yats was going to offer in that context a... three-plus-one conversation or three-plus-two with you. Is that not how you understood it?

Pyatt: No. I think... I mean that's what he proposed but I think, just knowing the dynamic that's been with them where Klitschko has been the top dog, he's going to take a while to show up for whatever meeting they've got and he's probably talking to his guys at this point, so I think you reaching out directly to him helps with the personality management among the three and it gives you also a chance to move fast on all this stuff and put us behind it before they all sit down and he explains why he doesn't like it.

Nuland: OK, good. I'm happy. Why don't you reach out to him and see if he wants to talk before or after.

Pyatt: OK, will do. Thanks.

Jazenjuk, der nur wenige Wochen später auch tatsächlich Premierminister wurde. Über die Einflussnahme der beiden hohen US-Beamten in die inneren Angelegenheiten der ukrainischen Politik verlor die NZZ in der heissen Phase kein einziges Wort – zwischen dem 18. Februar und dem 6. März war das Nuland-Pyatt-Telefonat nicht ein einziges Mal Thema der Ukraine-Berichterstattung. Der Tages-Anzeiger thematisierte das Gespräch zwar in drei Beiträgen, allerdings marginalisierte er die Tatsache, dass es sich um eine Form der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine handelte. Hervorgehoben wurden einzig die Differenzen zwischen der USA und der EU sowie das „Fuck the EU“ Statement von Nuland (Israel 2014a; Israel 2014b; Niederberger 2014).⁴⁰ Ähnlich interpretierte auch die Weltwoche

Nuland: OK... one more wrinkle for you Geoff. [A click can be heard] I can't remember if I told you this, or if I only told Washington this, that when I talked to Jeff Feltman [United Nations Under-Secretary-General for Political Affairs] this morning, he had a new name for the UN guy Robert Serry did I write you that this morning?

Pyatt: Yeah I saw that.

Nuland: OK. He's now gotten both Serry and [UN Secretary General] Ban Ki-moon to agree that Serry could come in Monday or Tuesday. So that would be great, I think, to help glue this thing and to have the UN help glue it and, you know, Fuck the EU.

Pyatt: No, exactly. And I think we've got to do something to make it stick together because you can be pretty sure that if it does start to gain altitude, that the Russians will be working behind the scenes to try to torpedo it. And again the fact that this is out there right now, I'm still trying to figure out in my mind why Yanukovych (garbled) that. In the meantime there's a Party of Regions faction meeting going on right now and I'm sure there's a lively argument going on in that group at this point. But anyway we could land jelly side up on this one if we move fast. So let me work on Klitschko and if you can just keep... we want to try to get somebody with an international personality to come out here and help to midwife this thing. The other issue is some kind of outreach to Yanukovych but we probably regroup on that tomorrow as we see how things start to fall into place.

Nuland: So on that piece Geoff, when I wrote the note [US vice-president's national security adviser Jake] Sullivan's come back to me VFR [direct to me], saying you need [US Vice-President Joe] Biden and I said probably tomorrow for an atta-boy and to get the deets [details] to stick. So Biden's willing.

⁴⁰ Am 20. Februar 2014 schrieb Stephan Israel (2014a): „Selbst die USA schienen die Geduld mit den zögerlichen Europäern verloren zu haben. Die US-Diplomatin Victoria Nuland machte Schlagzeilen, als sie in einem abgehörten Telefonat 'Fuck EU' sagte. Hinter dem undiplomatischen Kraftausdruck stand unter anderem die Frustration darüber, dass die Europäer mit Sanktionen gegen Kiew zögerten. Die EU-Kommission hatte sich zwar früh für Sanktionen starkgemacht, bei den Mitgliedsstaaten aber keine Unterstützung bekommen.“ Einen Tag später, am 21. Februar, doppelte Israel (2014b) in einem Kommentar nach: „Schliesslich dürfte auch Russland kein Interesse an einem Dauerkonflikt in der Nachbarschaft haben. Allein dürften die Europäer es aber nicht schaffen, Putin zum Einlenken zu bewegen. Amerikaner und Europäer müssten sich nun nach dem ungeduldigen 'Fuck the EU' der US-Diplomatin Victoria Nuland zusammentun und Moskau in die Pflicht nehmen.“ Tages-Anzeiger-Journalist Walter Niederberger hatte unmittelbar vor dem Sturz vom 22. Februar 2014 noch einen Artikel verfasst, der in der Ausgabe vom 22. Februar erschien. Er schrieb: „...Präsident Barack Obama liess ausrichten, dass er nun konkrete Schritte zur Durchsetzung erwarte, unter anderem baldige Wahlen. Andernfalls behielten sich die USA Sanktionen vor. Der trockene Kommentar entspricht dem dürren Engagement in der Krisenregion. Aufgefallen sind die USA eigentlich nur durch ihre zuständige Expertin im Aussenministerium, Victoria Nuland. In einem Gespräch mit dem US-Botschafter in der Ukraine widersetzte sie sich der Idee, dass der frühere Boxchampion Witali Klitschko eine Regierungsaufgabe übernehmen sollte, obwohl er als EU-Vertrauter auf der Linie der USA liegen müsste. Nuland liess sich dabei zu einem kräftigen 'Fuck the EU' hinreissen.“

das Telefongespräch.⁴¹ Marginalisiert wurde jeweils der Fakt, dass Nuland und Pyatt eine Vorstellung davon hatten, wie die künftige Regierung der Ukraine auszusehen habe.⁴² Hinzu kam: Die beiden hochrangigen US-Beamten in Europa hatten kein Interesse an einem friedlichen Abkommen zwischen Janukowitsch und der Opposition – einen Plan, den die EU bevorzugt hätte (Herman und Peterson 2014:179). Gar keine Erwähnung fand es in der WOZ. Der ehemalige Professor und Russistikgelehrte

⁴¹ Die Weltwoche schrieb (Kamber 2014a): „Der innerwestliche Konflikt brach durch, weil jemand – wohl die Russen – ein Telefongespräch zwischen der für Europa zuständigen Assistentin im Aussenministerium, Victoria Nuland, und dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, abgehört und auf Youtube gestellt hatte. Kernstück für viele Medien war Nulands kurzgefasster Kraftausdruck: 'Fuck the EU!', und gemeint war damit, dass die Europäer unkoordiniert und unproduktiv mitmischten. Das Wort ist längst zu einem alltäglichen Füllausdruck verkommen und sollte niemanden mehr aufregen. Nuland ist mit dem bekannten Autor Robert Kagan verheiratet, der nicht für eine politisch korrekte Schreibe bekannt ist. Ausserdem versteht sie etwas von der Sache. Das abgehörte Gespräch drehte sich sonst darum, wie die Krise zu bewältigen wäre und wer in die ukrainische Regierung solle und wer nicht. Witali Klitschko, der Boxweltmeister und populäre Freund Deutschlands, nach Ansicht Nulands beispielsweise nicht.“

⁴² Ähnlich hatten sowohl der Tages-Anzeiger als auch die NZZ die Angelegenheit wahrgenommen, als das abgehörte Telefonat einige Tage zuvor an die Öffentlichkeit gelangt war. Am 8. und 10. Februar publizierte die NZZ zwei Berichte darüber. Am 8. Februar 2014 schrieb NZZ-Journalist Peter Winkler (2014a): „Die vierminütige Aufzeichnung eines Telefongesprächs zwischen der Leiterin der Europa-Abteilung im amerikanischen Aussenministerium, Victoria Nuland, und dem Botschafter Washingtons in Kiew, Geoffrey Pyatt, hat mehr über die Haltung der USA in der ukrainischen Krise enthüllt als seitenlange, blumige offizielle Erklärungen... Nuland und Pyatt besprechen in dem Gespräch einen Plan, wie sich die beiden ukrainischen Oppositionsführer Jazenjuk und Klitschko angesichts des Angebots Janukowitschs, sie an der Regierung zu beteiligen, positionieren sollten. Nuland sieht für den früheren Aussenminister Jazenjuk eine Schlüsselrolle, weil dieser über Regierungserfahrung und wirtschaftliche Kompetenz verfüge. Der frühere Boxer Klitschko dagegen, meint Nuland, solle sich heraushalten.“ Ein weiterer Bericht der NZZ über die Thematik fokussierte sich auf die mögliche Quelle der Information. Am 10. Februar 2014 schrieb die Zeitung (Wechlin 2014a): „Die Affäre um die kompromittierende Veröffentlichung eines mitgeschnittenen Telefongesprächs zwischen der amerikanischen Spitzendiplomatin Victoria Nuland und dem Botschafter Washingtons in Kiew zeigt, dass nicht nur westliche Nachrichtendienste wie die NSA, sondern auch ihre östlichen Gegenspieler im Feld der Datenüberwachung aktiv sind. Der ukrainische Geheimdienst SBU hat am Samstag zwar bestritten, den Mitschnitt im Internet publiziert zu haben, den Lauschangriff als solchen aber nicht dementiert.“ Die Interpretation des Gesprächs zwischen den beiden Spitzenbeamten folgte auch im Tages-Anzeiger einer ähnlichen Diktion. Am 8. Februar 2014 schrieb er über die politisch sensible Angelegenheit Folgendes (Affentranger 2014a): „Im Streit um die Ukraine wird der Ton zwischen Russland und dem Westen immer harscher. Am Freitag tauchte im Internet der Mitschnitt eines Gesprächs zwischen der für Europa zuständigen Abteilungsleiterin im US-Aussenministerium, Victoria Nuland, und dem amerikanischen Botschafter in Kiew auf. Darin beschimpfte Nuland die EU und warf ihr vor, sie sei nicht in der Lage, die Krise in der Ukraine zu lösen. Die USA beschuldigen Russland, das Gespräch abgehört und auf Youtube gestellt zu haben. 'Das ist ein neuer Tiefpunkt der russischen Spionagetaktik', sagte eine Sprecherin des US-Aussenministeriums. Russland, das dem Westen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine vorwirft, sieht sich durch den Wortwechsel bestätigt. Mit 'Die Marionetten des Maidan', wie der Protest in Kiew verkürzt genannt wird, war der Mitschnitt betitelt... Doch während die Europäer vor allem auf Ex-Boxweltmeister Witali Klitschko setzen, wollen die USA ihn in keiner neuen ukrainischen Regierung sehen, wie Nuland in dem Telefonat sagt. Statt des politischen Leichtgewichts favorisieren sie den Gefolgsmann von Julija Timoschenko, Arseni Jazenjuk. Er soll offensichtlich nach den Wünschen der USA das Premierministeramt übernehmen. Janukowitsch hatte ihm dies im letzten Monat bereits angeboten, doch Jazenjuk lehnte dankend ab. Denn unter der derzeitigen Verfassung und in Anbetracht der Mehrheit der Janukowitsch-Partei in allen politischen Gremien hätte er keine Chance gehabt, seine Anliegen einzubringen.“ Ein weiterer Medienbeitrag des Tages-Anzeigers am selbigen Tag thematisierte die Reaktion der EU-Politiker auf das Telefonat (Israel 2014a).

Stephen F. Cohen (2014) sprach im Zusammenhang mit dem Gespräch zwischen Nuland und Pyatt von einem „coup“.⁴³ Was auf Deutsch so viel wie *Putsch* bedeutet. Auch der Stratfor-Vorsitzende George Friedman wählte die selbe Terminologie. Er bezeichnete Janukowitschs Sturz als „the most blatant coup in history“ (Oliver Boyd-Barrett 2017:16).

6.4.7 Historische und geopolitische Dimension wird vernachlässigt

Im Rahmen der Berichterstattung über den beginnenden Konflikt im März 2014 schafften es wiederum gewisse Informationen nicht in die Zeitungen. Hierzu ein Beispiel: Präsident Janukowitsch hatte zu Beginn seiner Amtszeit mit dem „Vertrag von Charkow“ das Abkommen über die russische Schwarzmeerflotte für weitere 25 Jahre – bis 2042 – verlängert. Damit sicherte sich Russland die Nutzung des Hafens. Russische Soldaten waren somit permanent auf der Krim stationiert (Van der Pijl 2018:86). Unmittelbar nach dem Sturz Janukowitschs forderten die drei ehemaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk, Leonid Kutschma und Wiktor Juschtschenko am 1. März 2014 die neuen Machthaber auf, das Abkommen zu kündigen. Vier Tage später entwarf das ukrainische Parlament einen Gesetzesentwurf hinsichtlich der künftigen Beziehung der Ukraine zur Nato. Der Entwurf sah eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine vor. Interimspräsident Turtschinow sprach zum selbigen Zeitpunkt davon, dass die Ukraine ihren neutralen Status aufgeben (Van der Pijl 2018:86). Bekannt war zum damaligen Zeitpunkt auch schon seit Jahren, dass Moskau eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine als eine rote Linie betrachtete, die unter keinen Umständen akzeptiert würde (Krone-Schmalz 2017:89). Weder der Tages-Anzeiger noch die NZZ schrieben über den Aufruf der drei ehemaligen Präsidenten, ebenso wenig über die konkreten Pläne der neuen ukrainischen Machthaber, künftig Mitglied der Nato werden zu wollen.

7 Diskussion der Ergebnisse

⁴³ Cohen (2014) schrieb: “The essential revelation was that high-level US officials were plotting to ‘midwife’ a new, anti-Russian Ukrainian government by ousting or neutralizing its democratically elected president – that is, carrying out a coup.”

Im Zentrum dieser Arbeit stand die Frage, wie die ausgesuchten Schweizer Zeitungen den Ukraine-Konflikt interpretierten. Die untergeordneten Fragen hierfür lauteten: Welche Ansichten dominierten den medialen Diskurs über den Ukraine-Konflikt? Welche Konfliktparteien kamen ausführlich zu Wort, welche weniger? Wie gingen die Zeitungen mit den unterschiedlichen Quellen um? Gab es solche, denen man vertraute? Und umgekehrt? Wie gingen die Zeitungen mit denjenigen Informationen um, die nicht in die Deutungsmuster der dominanten Konfliktinterpretation passten? Diese Fragen sollen in den folgenden Zeilen vor dem Hintergrund der Theorie und dem Forschungsstand beantwortet werden.

Einfalt statt Vielfalt prägte die Berichterstattung der NZZ und des Tages-Anzeigers zum Ukraine-Konflikt. Beide Zeitungen zitierten mit Abstand am häufigsten US-europaaffine etablierte politische Akteure. Die Quellenauswahl folgte bei beiden Tageszeitungen nach demselben Muster. Höhepunkte der einseitigen Quellenauswahl zugunsten US-europaaffiner Stimmen bildeten sowohl beim Tages-Anzeiger wie auch bei der NZZ die Kommunikationsereignisse „Proteste gegen Janukowitsch“ (NZZ: 78 Prozent; Tages-Anzeiger: 69 Prozent) sowie „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“ (NZZ: 78 Prozent; Tages-Anzeiger: 73 Prozent). Leicht ausgeglichener zeigte sich die Berichterstattung beim Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew“ (NZZ: 60 Prozent; Tages-Anzeiger 63 Prozent). Die Dominanz US-europaaffiner Positionen kam in beiden Zeitungen auch in den Kommentaren zur Geltung. Von den sieben Kommentaren im Tages-Anzeiger nahmen sechs US-europaaffine Positionen und einer eine neutrale Position ein. In der NZZ wurden in den acht Kommentaren ausschliesslich US-europaaffine Positionen wiedergegeben. Diskrepanzen verdeutlichten sich auch im Umgang mit den Quellen. Während die US-europaaffinen Stimmen nahezu immer sachlich abgebildet und glaubwürdig dargestellt wurden, begegneten sowohl der Tages-Anzeiger wie auch die NZZ den russlandaffinen Aussageträgern skeptischer. Vereinzelt bezeichneten die Journalistinnen und Journalisten der beiden Tageszeitungen die Aussagen auch als Propaganda. Umgekehrt sahen dieselben Medienschaffenden in den Aussagen der US-europaaffinen Quellen keine Propaganda.

Sowohl die NZZ wie auch der Tages-Anzeiger vermittelten gesamthaft gesehen ein eindimensionales Bild des Ukraine-Konfliktes. Ebenso wie die bürgerlichen Zeitungen

in Deutschland (vgl. Jungblut 2015; Schicht 2015) marginalisierten sie russlandaffine Positionen. Die publizistische Vermittlung des Geschehens in der Ukraine ging einher mit dem, was Boyd-Barrett (2017:163ff.) als „hegemoniales Narrativ“ bezeichnete. Dieses zeichnete sich durch eine US-europaaffine Berichterstattung aus, die Informationen ausblendete, die die westlichen Eliten mitverantwortlich für die Eskalation des Ukraine-Konfliktes machten. Diese Aspekte beziehungsweise Informationen schafften es auch nicht in die NZZ oder den Tages-Anzeiger. Dazu gehörten zum Beispiel das Ausblenden der Rolle der „rechten Gruppen“ auf dem Maidan; das Weglassen derjenigen Informationen respektive Indizien, die darauf hindeuteten, dass Teile der Opposition hinter den Scharfschützenmorden auf dem Maidan standen; das Verschweigen der geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen der US-Macheliten; der selektive Fokus auf die Separatisten und das russische Militär, die nach Janukowitschs Sturz als Protagonisten der Eskalation gezeichnet wurden. Die Erkenntnis von Walter Lippmann (1964:232), dass Medien nicht als „Spiegel gesellschaftlicher Zustände“ angesehen werden dürfen, weil sie einen grossen Teil der Nachrichten und Fakten der Öffentlichkeit nicht zugänglich machen, bestätigte sich somit insbesondere bei der NZZ und dem Tages-Anzeiger. Herman und Peterson (2014:180) verdeutlichten anhand der Scharfschützenmorde, wie systematisch Informationen im Zuge des Ukraine-Konfliktes ausgeblendet wurden. So berichteten grosse US-Medien nichts über diejenigen Quellen, welche die Opposition für die Scharfschützenmorde auf dem Maidan verantwortlich machten. Gleiches gilt auch für die NZZ und den Tages-Anzeiger und die beiden Wochenzeitungen WOZ und Weltwoche. Alle Zeitungen machten Janukowitschs Regierung dafür verantwortlich und stützten sich dabei auf Mitglieder der neuen Machthaber als Quellen. Diejenigen Stimmen, die Teile der Opposition hinter den Scharfschützenmorden sahen, erschienen nicht in den ausgewählten Schweizer Zeitungen.

Während die NZZ und der Tages-Anzeiger die US-kritische Janukowitsch-Regierung überwiegend negativ darstellten, schrieben beide Zeitungen neutral bis wohlwollend über die US-freundliche Regierung, die Ende Februar 2014 die Macht ergriff. Die Berichterstattung beider Tageszeitungen war zudem durch eine ausgesprochene „Personalisierung“ des Konfliktes geprägt, was Kurt Imhof (1995:124) insbesondere in Zeiten politischer Spannungen als Courant normal erachtet. In Putin und Janukowitsch

konstruierten sie Feindbilder, was ein Merkmal dafür ist, dass die Zeitungen Propaganda verbreiteten (Morelli 2010; Ponsonby 1928). Beide Politiker zeichneten sie vermehrt als Protagonisten der Eskalation. Die Publizistik der NZZ und des Tages-Anzeigers bewegte sich damit im Rahmen des Propagandamodells von Chomsky und Herman (2002). Die Gewalt ging für beide Tageszeitungen unter Janukowitschs Regierung in erster Linie von seinem Sicherheitsapparat aus. Anders sah die Ausgangslage nach dem Machtwechsel in Kiew aus. Jetzt ging diese in den Augen des Tages-Anzeigers und der NZZ durch die protestierenden Bürgerinnen und Bürger im Osten der Ukraine und Russland aus. Das kritische Beobachterauge, das gegenüber der Janukowitsch-Regierung noch intakt war, verschwand nach der Machtergreifung der Opposition. Gleichermassen kehrte die Perzeption der beiden Zeitungen hinsichtlich der Proteste. Aus der Empathie, welche die beiden Tageszeitungen den westlichen Protestierenden zuvor entgegengebracht hatten, entstand nun eine Antipathie gegenüber den Demonstranten im Osten. Den Protesten gegen die neuen Machthaber in Kiew sah die Zeitung von Beginn weg mit Skepsis entgegen. Gemäss den Prinzipien der Kriegspropaganda von Ponsonby (1928) und Morelli (2010) ist es stets der Feind, der dämonische Züge trägt, der für den Konflikt respektive den Krieg verantwortlich ist. Dieses Prinzip vermittelten auch die Tageszeitungen NZZ und Tages-Anzeiger, die beide Russland unisono als Konfliktbeschleuniger ansahen. Ein Zeichen dafür, dass sie sich für die Propaganda der westlichen Mächte einspannen liessen.

Mehr Vielfalt und ein erweiterter Debattenraum zeichneten die Berichterstattung der WOZ und Weltwoche aus. Beide Wochenzeitungen nahmen, anders als die Tageszeitungen, nicht für eine Partei Stellung und bewegten sich somit auch nicht im Rahmen des Propagandamodells von Chomsky und Herman (2002). In den beiden Wochenzeitungen fanden auch russlandaffine Stimmen Gehör. Dabei bildete die linke Wochenzeitung WOZ gleich in mehrfacher Hinsicht eine Ausnahme. Als einzige der untersuchten Zeitungen berücksichtigte die WOZ US-europa- und auch russlandaffine Stimmen gleichermassen (7:7). Weiter zeichnete sie sich dadurch aus, dass sie den etablierten politischen Stimmen deutlich weniger Gewicht schenkte. Rund 29 Prozent der Stimmen, welche die Wochenzeitung abgebildet hatte, gehörten zur Gruppe der etablierten politischen Akteure – zum Vergleich: bei der NZZ waren es rund 59 Prozent, beim Tages-Anzeiger 69 Prozent und bei der Weltwoche 60 Prozent.

Ebenfalls unterschied sich die WOZ in ihren Kommentaren. Diese gaben ausschliesslich russlandaffine oder neutrale Positionen wieder. Auch die Weltwoche deckte bei den Kommentaren einen breiteren Debattenraum ab als die restlichen Zeitungen. Sie bildete sowohl US-europa- wie auch russlandaffine Positionen gleichermaßen in ihrer Kommentar-Berichterstattung ab (2:2). Zudem war die Weltwoche die einzige Zeitung, die beim Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew“ mehr russlandaffine Quellen (0:1) berücksichtigte.

Im Unterschied zu den Tageszeitungen NZZ und Tages-Anzeiger stimmten die Positionen der Aussageträger und der Kommentare bei den Wochenzeitungen oftmals nicht überein. Auch unterschied sich die Gewichtung der Quellen bei den unterschiedlichen Kommunikationsereignissen jeweils. Die WOZ verschaffte im Zuge des Kommunikationsereignisses „Proteste gegen Janukowitsch“ (4:0) den US-europaaffinen Quellen mehr Gehör, umgekehrt berücksichtigte sie bei den „Protesten gegen die neuen Machthaber in Kiew“ wiederum mehr russlandaffine Aussageträger (1:5). Die Weltwoche verschaffte den US-europaaffinen Stimmen im Rahmen der „Proteste gegen Janukowitsch“ (3:2) und „Protesten gegen die neuen Machthaber in Kiew“ (4:0) mehr Gewicht, dafür liess sie beim Kommunikationsereignis „Sturz Janukowitschs und neue Machthaber in Kiew“ mehr russlandaffine Stimmen zu Wort kommen (0:1). Die beiden Wochenzeitungen informierten auch über Aspekte des Ukraine-Konfliktes, welche die Tageszeitungen ganz oder teilweise ausblendeten. Sowohl die WOZ als auch die Weltwoche machten in ihrer Publizistik auf die geopolitische Dimension des Konfliktes aufmerksam; beide Wochenzeitungen äusserten Zweifel an den neuen Machthabern in Kiew. Auch sahen sie die westlichen Mächte ebenso in der Verantwortung für den beginnenden Ukraine-Konflikt. Erkennbare Differenzen offenbarten sich im Umgang mit den rechten Gruppen. Während die WOZ mehrfach über die Rolle der rechten Gruppen bei den Maidan-Demonstrationen sowie auch über die Beteiligung von Swoboda-Mitgliedern an der neuen Regierung berichtete, vernachlässigte die Weltwoche die rechten Bewegungen. Während des untersuchten Zeitraums marginalisierte die Weltwoche die Swoboda-Partei weitgehend. Im Gegensatz zur WOZ informierte sie dafür wiederum über das abgehörte Telefonat zwischen Victoria Nuland und Geoffrey Pyatt.

Trotz des breiteren Meinungsspektrums filterten auch die WOZ und die Weltwoche gewisse Informationen heraus, zum Beispiel das Telefongespräch zwischen Urmars Paet und Catherine Ashton, das Indizien für eine Verwicklung der Opposition in die Scharfschützenmorde lieferte. Obwohl dieser Vorfall zuletzt ausschlaggebend für den darauffolgenden Sturz Janukowitschs am 22. Februar 2014 war, gingen weder die WOZ noch die Weltwoche der Frage nach, wer die Scharfschützen gewesen sein könnten. Beide Wochenzeitungen übernahmen die Position der neuen Machthaber, die Janukowitschs Sicherheitsapparat für die Massaker verantwortlich machten. Die Berichterstattung der WOZ über den Ukraine-Konflikt kann mit derjenigen der linken deutschen Tageszeitung *junge Welt* verglichen werden. Sie bildete sowohl in den Studien von Jungblut (2015) wie auch von Schicht (2015) insofern eine Ausnahme, dass sie auch die russische Perspektive auf den Konflikt abbildete.

Erklärungen für die Berichterstattung des Tages-Anzeigers und der NZZ könnte die Herkunft beziehungsweise die Sozialisation der Journalistinnen und Journalisten liefern. Wie Guido Keel (2011) zeigte, stammen gerade die Journalisten der grossen Printzeitungen meist aus der oberen Mittelschicht. Entsprechend sind sie aufgrund ihres Habitus und ihrer Wahrnehmung vielfach auch nicht kritisch gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Eliten eingestellt. Klöckner (2019:33) wies in Anlehnung an Bourdieu (2004:175) darauf hin, dass gerade Mitglieder der Mittelklasse gewillt sind, selbst Teil der herrschenden Klasse zu werden und diese entsprechend auch nicht grundsätzlich in Frage stellen – dies zeigte sich exemplarisch anhand der Berichterstattung der Chefredaktoren grosser deutscher Zeitungen, die bei internationalen Konflikten oftmals Regierungspositionen teilten und auch US-Kriege im Ausland unterstützten (Krüger 2013). Gleiches bestätigte auch die Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt der grossen Schweizer Tageszeitungen, die ebenfalls überdurchschnittlich oft die Positionen der westlichen Regierungen übernahmen. Dabei fällt insbesondere bei der NZZ und dem Tages-Anzeiger eine konstante Nähe zu den etablierten politischen Akteuren ins Auge, die Chomsky und Herman (2002:18ff.) als eine „symbiotische Beziehung“ bezeichnen. Sie ermöglicht es den Macheliten, bequem Propaganda zu verbreiten. Die US-europaaaffine Berichterstattung folgte auch einer historischen Logik. Bereits im Zuge des Kalten Krieges prägte eine antirussische respektive antikommunistische Berichterstattung Schweizer Medien wie die NZZ und den Tages-Anzeiger. Die latent vorhandenen antirussischen

beziehungsweise antikommunistischen Ressentiments können gerade im Zuge von Krisen und Konflikten schnell wieder aufgeladen werden. Der antirussische Reflex der beiden Tageszeitungen ging wiederum einher mit der US-europaaffinen Haltung. Sowohl der linksliberale Tages-Anzeiger wie auch die rechtsliberale NZZ standen der Europäischen Union (EU) als auch der US-Administration weitgehend wohlwollend gegenüber. Entsprechend erklärt sich auch die zurückhaltende Kritik gegenüber diesen. Im Gegensatz zu Russland übten beide Zeitungen vermehrt Alibikritik an der Ukrainepolitik der EU und der US-Administration. Diese konzentrierte sich in erster Linie auf die Unstimmigkeiten respektive Differenzen der beiden Akteure hinsichtlich der Ukrainepolitik. Das Ausbleiben der Kritik an den neuen Machthabern in Kiew könnte sich insbesondere bei der NZZ auch mit der Wirtschaftspolitik der Übergangsregierung erklären lassen, die von Anfang an einen neoliberalen Kurs verfolgte. Fraglicher ist die Publizistik des Tages-Anzeigers, von dem man als linksliberale Zeitung durchaus mehr Kritik hätte erwarten können. Der Journalismus beider Tageszeitungen geht wiederum einher mit dem Propagandamodell von Chomsky und Herman (2002), das besagt, dass die Medienschaffenden den eigenen Machteliten achtbare und den Führern von sogenannten Feind-Staaten bloss eigennützige Intentionen unterstellen. Beide übernahmen sie Prämissen, die Gans (1979) als „Paraideologie“ bezeichnete. Durchaus Sinn ergibt diese Positionierung zugunsten der westlichen und gegen die russischen Machteliten für die Schweizer Presse wiederum vor dem Hintergrund, dass auch die Schweiz trotz der formellen Neutralität in kultureller und politischer Hinsicht seit Jahrzehnten unter dem Einflussbereich der US-Machteliten steht (Van Dongen 2020; Imhof 1996).

Die differenzierte Berichterstattung der WOZ, die beide Seiten des Konfliktes berücksichtigte, erklärt sich möglicherweise mit der politischen Haltung der Zeitung. Mehr als die Tageszeitungen steht die WOZ aufgrund ihrer politischen Positionen den herrschenden Eliten skeptischer gegenüber. Sie vertritt gemäss ihrem Selbstverständnis antiimperialistische und antikapitalistische Positionen. Sie kritisierte in der Vergangenheit mehrfach den US-Imperialismus. Gegenüber offiziellen Stellen hegt sie Skepsis, was sich auch im Zuge der Studie bestätigt hat. Deutlich weniger oft als die anderen Zeitungen kamen in der WOZ etablierte Politiker zu Wort. Die Kritik an den neuen Machthabern in Kiew, welche die WOZ mehr als die anderen Zeitungen artikulierte, dürfte auf die politische Ausrichtung der neuen Machthaber

zurückzuführen sein. Diese vertraten eine neoliberale Wirtschaftspolitik und bestanden auch aus Mitgliedern der extremen Rechten: Ein politischer Mix, der für Kritik von links geradezu geeignet ist. Anders als bei den beiden Tageszeitungen blieb auch im Zuge der Krimkrise und der Proteste im Osten der Ukraine der eindimensionale Fokus auf das Vorgehen Russlands bei der WOZ aus. Dies womöglich auch deshalb, weil die WOZ die US-Außenpolitik und die Nato-Osterweiterung in der Vergangenheit bereits oft kritisch betrachtete und diese entsprechend auch als Teil des Problems ansah, das erst zum Ausbruch des Konfliktes geführt habe. Als Teil einer „Gegenöffentlichkeit“, die die vorherrschende Meinung hinterfragte, gelang es der WOZ somit eine kritische Distanz gegenüber dem „hegemonialen Narrativ“ (Boyd-Barrett) zu wahren. Das breitere Meinungsspektrum der Weltwoche, die genauso wie die WOZ auch russlandaffinen Positionen Raum gewährte und insbesondere in den Kommentaren auch Verständnis für die russische Sicht auf den Ukraine-Konflikt zeigte, ist ebenfalls nicht überraschend. Die politische Position der rechtskonservativen Wochenzeitung lautet: Gegen den Mainstream ankämpfen. Die rechtskonservativen Positionen der Weltwoche sind geprägt durch eine kritische Haltung gegenüber der EU sowie auch weiteren internationalen Institutionen. Anders als bei der linken WOZ wird die nationale Souveränität hochgehalten. Dies könnte wiederum die Sensibilität der Weltwoche für die geopolitische Dimension des Ukraine Konflikts erklären – mehr als in den restlichen Zeitungen rückte in der Weltwoche die Einflussnahme der US- wie auch der Putin-Administration in die inneren Angelegenheiten der Ukraine in den Vordergrund.

Relevant sind die Ergebnisse der vorliegenden Masterarbeit insbesondere deshalb, weil sie wunde Punkte der Medien aufzeigen. Aus einer normativen Sicht darf gesagt werden: Speziell für die Tageszeitungen zeigt sich, dass diese den Konflikt noch zusätzlich anfeuerten, anstatt eine deeskalierende Haltung einzunehmen. Aus der Forschung ist bekannt, dass gerade in Zeiten von Konflikten die Medien oftmals Partei ergreifen und somit zusätzlich an der Eskalationsspirale schrauben (Becker 2016; Elter 2005; Kutz 2011; Wolff 2018). Genau dies traf auch für die NZZ und den Tagesanzeiger zu. Beide übernahmen sie die Propaganda der westlichen Politiker und verengten den Debattenraum. Normativ gesprochen ist dies äusserst fragwürdig: Müssen die Medien in Zeiten von Konflikten doch gerade besonders zurückhaltend mit der Verbreitung von Gerüchten und Anschuldigungen umgehen. Dies war offensichtlich aber nicht der Fall. Im entscheidenden Moment, den

Scharfschützenmorden auf dem Maidan, die letztlich zum Fall Janukowitschs führten, versagten alle untersuchten Zeitungen. Sie alle übernahmen die ungesicherten Informationen, dass Janukowitsch auf seine eigenen Leute schiesse, ohne diese kritisch zu prüfen.

8 Fazit

Insgesamt darf gesagt werden: Die untersuchten Schweizer Zeitungen unterschieden sich hinsichtlich ihrer Berichterstattung zum Ukraine Konflikt. Während die Tageszeitungen NZZ und Tages-Anzeiger überwiegend US-europaaffine Positionen abbildeten, zeichneten sich die beiden Wochenzeitungen Weltwoche und WOZ durch einen differenzierten Journalismus aus, der den Leserinnen und Lesern verschiedene Aspekte des Konfliktes aufzeigte. Speziell die NZZ und der Tages-Anzeiger verschafften den etablierten US-europaaffinen Politikern und Politikerinnen deutlich mehr mediale Präsenz als den russlandaffinen Stimmen. Dies zeigte sich insbesondere für die Kommunikationsereignisse „Proteste gegen Janukowitsch“ sowie auch für „Proteste gegen die neuen Machthaber in Kiew“, wo teils bis zu vier Fünftel der Aussageträger dem US-europaaffinen Lager angehörten. Diese konnten dadurch ihrer politischen Agenda freien Lauf lassen. Den US-europaaffinen Stimmen schenkten die Tageszeitungen auch eine höhere Glaubwürdigkeit. Das zeigte sich nicht nur deshalb, weil sie häufiger zitiert wurden, sondern auch aufgrund des Wording und der ausbleibenden Kontextualisierung. Die Aussagen der westlichen Politiker wurden oftmals unkritisch und ohne Einordnung wiedergegeben. Anders die russlandaffinen Stimmen. Diesen begegneten die NZZ und der Tages-Anzeiger fast ausschliesslich mit Skepsis. Der Rechercheeifer beider Tageszeitungen konzentrierte sich überwiegend auf US-feindliche Akteure wie Janukowitsch, Russland respektive die separatistischen Bewegungen im Osten der Ukraine, die jeweils im Fokus der Berichterstattung standen. Gegenüber diesen Akteuren nahmen beide Tageszeitungen stets einen kritischen Blick ein. Dieser einseitige Fokus auf eine Konfliktpartei offenbarte sich auch in der Haltung der Kommentare beider Tageszeitungen, die ebenfalls fast ausschliesslich US-europaaffine Positionen einnahmen. Anders stellte sich die Tendenz in den Wochenzeitungen dar. Sie berücksichtigten häufiger russlandaffine Stimmen. Speziell die linke Wochenzeitung WOZ, die beide Parteien gleich häufig zu Wort kommen liess. Die Weltwoche

wiederum kompensierte das Übergewicht US-europaaffiner Stimmen durch russlandaffine Kommentare, die den Leserinnen und Lesern einen Einblick verschafften, wie Russland den Ukraine-Konflikt wahrnahm. Die WOZ begegnete auch den US-europaaffinen Aussageträgern mit Skepsis und Misstrauen. Gleiches gilt für die Weltwoche, die zumindest in einzelnen Kommentaren die Aussagen westlicher Politiker gänzlich in Frage stellte. Beide Wochenzeitungen zeichneten sich im Gegensatz zur NZZ und dem Tages-Anzeiger durch Ausgewogenheit und Vielfalt aus: Sie verzichteten auf eine Stellungnahme respektive Positionierung zugunsten einer Partei. Dabei äusserte sich die Berichterstattung der WOZ zumindest in den Artikeln noch neutraler als diejenige der Weltwoche.

9 Literaturverzeichnis

Abels, Heinz (2006). *Identität*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Agee, Philipp (1987). Central Intelligence Agency, Massenmedien als Transportmittel für US-Interessen. In: Ekkehardt, Jürgens und Eckart Spoo (Hg.). *Unheimlich zu Diensten – Medienmissbrauch durch Geheimdienste* (41-42). Göttingen: Steidl-Verlag.

Aid, Sandra und Bastian Berbner (2014). Ukraine-Berichterstattung durch die Westbrille? *Zapp* (ARD). Zugriff am 29. Juli 2020 auf: <https://programm.ard.de/TV/Programm/Sender/?sendung=2872211662329108>.

Barthes, Roland (1959). *Am Nullpunkt der Literatur*. Hamburg: Claassen.

BBC (2014). Ukraine crisis: Transcript of leaked Nuland-Pyatt call. *BBC*. Zugriff am 10. März 2020 auf <https://www.bbc.com/news/world-europe-26079957>.

Becker, Jörg und Mira Beham (2008). *Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod*. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Becker, Jörg (2016). *Medien im Krieg – Krieg in den Medien*. Wiesbaden: Springer VS.

Berger, Peter und Thomas Luckmann (2001). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt am Main: Fischer.

- Bernays, Edward (2009). *Propaganda – Die Kunst der Public Relations*. Freiburg im Breisgau. Orange Press.
- Bilke, Nadine (2010): Kriegsberichterstattung. In: Schicha, Christian und Carsten Brosda (Hg.). *Handbuch Medienethik* (442-453). Wiesbaden: Springer VS.
- Bittner, Wolfgang (2019). *Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise*. Hör-Grenzhausen: Zeitgeist.
- Bourdieu, Pierre (1998). *Über das Fernsehen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2004). *Interventionen, 1961-2001*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Bourdieu, Pierre (2012). *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2017). *Meditationen – Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Boyd-Barrett (2017). *Western Mainstream Media and the Ukraine Crises – A Study in Conflict Propaganda*. New York: Routledge.
- Brzezinski, Zbigniew (2003). *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bröckers, Mathias und Paul Schreyer (2019). *Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren*. Frankfurt am Main: Westend.
- Buomberger, Thomas (2017). *Die Schweiz im Kalten Krieg – 1945 – 1990*. Zürich: Hier und Jetzt.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2011). Was ist Propaganda. Zugriff am 26. Juli 2020 auf <https://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/krieg-in-den-medien/130697/was-ist-propaganda>.
- Carey, Alex (1995). *Taking the Risk out of Democracy*. Sydney: University of New South Wales Press LTD.

- Carl Bernstein (1977). *The CIA and the Media*, Rolling Stone. Zugriff am 15. Mai 2019 auf http://www.carlberstein.com/magazine_cia_and_media.php.
- Chomsky, Noam (1997). *Media Control. The Spectacular Achievements of Propaganda*. New York: Seven Stories Press.
- Chomsky, Noam (1999). *Sprache und Politik*. Berlin: Philo Verlagsgesellschaft
- Chomsky, Noam und Edward S. Herman (1988). *Manufacturing Consent – The Political Economy of the Mass Media*. New York: Pantheon Books.
- Chomsky, Noam und Edward S. Herman (2002). *Manufacturing Consent – The Political Economy of the Mass Media*. New York: Pantheon Books.
- Chomsky, Noam (2003a). *Hegemony Or Survival – America’s Quest for Global Dominance*. London: Penguin Books.
- Chomsky, Noam (2003b). *Media Control. Wie die Medien uns manipulieren*. Hamburg/Berlin: Europa Verlag.
- Chomsky, Noam und Edward S. Herman (2009). The Propaganda Model after 20 Years: Interview with Edward S. Herman and Noam Chomsky. In: *Westminster Papers in Communication and Culture*. 2, 12-22.
- Chomsky, Noam (2016). *Who Rules the World?* New York: Metropolitan Books.
- Cohen, Stephen F. (2014). Distorting Russia: How the American media misrepresent Putin, Sochi, and Ukraine. *The Nation*. Zugriff am 10. März 2020 auf <https://www.thenation.com/article/archive/distorting-russia/>.
- Collon, Michel (2019a). La désinformation comme arme de guerre. In: Michel Collon und Saïd Bouamama (Hg.). *La Gauche et la Guerre* (51-76). Investig’Action: Kein Ort.
- Collon, Michel (2019b). La double fonction de la CIA. In: Michel Collon und Saïd Bouamama (Hg.). *La Gauche et la Guerre* (77-134). Investig’Action: Kein Ort.

- Edgley, Alison (2009). Manufacturing Consistency: Social Science, Rhetoric and Chomsky's Critique. In: *Westminster Papers in Communication and Culture*, 2, 23-42.
- Egle, Franz (2009). „WIPE OUT WEF“ – ODER DOCH NICHT? – Die Kontroverse um das World Economic Forum 1998-2005 als Folge von sozialem Wandel und neuem Strukturwandel der Öffentlichkeit. Doktorarbeit: Universität Zürich.
- Eilders, Christiane und Albrecht Lüter (2000). Germany at War. Competing Framing Strategies in German Public Discourse. In: *European Journal of Communication*. 3, 415-428.
- Ellul, Jacques (1973). *Propaganda. The Formation of Men's Attitudes*. New York: Vintage Book.
- Elter, Andreas (2005). *Die Kriegsverkäufer – Geschichte der US-Propaganda 1917-2005*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Engeler, Urs Paul (1990). *Grosser Bruder Schweiz. Wie aus wilden Demokraten überwachte Bürger wurden. Die Geschichte der Politischen Polizei*. Zürich: Weltwoche.
- fög (2015). Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft/Universität Zürich (Hg.). *Jahrbuch 2015 – Qualität der Medien - Schweiz – Suisse – Svizzera*. Basel: Schwabe Verlag.
- Gans, Herbert (1979). *Deciding What's News: A Study of CBS Evening News, NBS Nightly News, Newsweek and the Time*. New York: Pantheon Book.
- Ganser, Daniele (2005). *NATO's Secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe*. London: Cass.
- Ganser, Daniele (2017). *Les guerres illégales de l'OTAN*. Plogastel-Saint Germain: Demi-Lune.
- Gerhards, Jürgen und Monika Lindgens (1995). *Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über*

Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1970 bis 1994. Discussion Paper FS III Berlin, S. 95-105.

Gerhards, Jürgen, Myra Marx Ferree, William Anthony Gamson und Dieter Rucht (2002). *Shaping Abortion Discourse – Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States.* Cambridge: Cambridge University Press.

Herman, Edward (1999). *The Myth of the Liberal Media.* New York: Peter Lang.

Herman, Edward S. und David Peterson (2014). The Ukraine Crisis and the Propaganda System in Overdrive. In: Lendman Stephen (Hg.). *Flashpoint in Ukraine – How the US Drive for Hegemony Risks World War III* (171-198). Atlanta: Clarity Press.

Historisches Lexikon der Schweiz (2015). Zensur. Zugriff am 1. Mai 2020 unter: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/024656/2015-01-25/>.

Imhof, Kurt (1995). Kriegskommunikation im sozialen Wandel. In: Kurt Imhof und Peter Schulz (Hg.). *Medien und Krieg – Krieg in den Medien* (123-135). Zürich: Seismo.

Imhof, Kurt (1996). *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen und Nachkriegszeit.* Zürich: Seismo.

Imhof, Kurt, Heinz Kleger und Gaetano Romano (1996). *Konkordanz und kalter Krieg, Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Krise und sozialer Wandel Band 2.* Zürich: Seismo.

Imhof, Kurt (2009). Krieg und Kriegskommunikation. In: Christoph Maeder, Ueli Mäder und Sarah Schilliger (Hg.). *Krieg* (44-64). Seismo: Zürich.

Infosperber (2014a). Will Russland die Halbinsel Krim übernehmen? *Infosperber.* Zugriff am 5. August 2020 auf <https://www.infosperber.ch/FreiheitRecht/Krim-Russland-Faschisten-Tataren--Propaganda>.

Infosperber (2014b). Es tobt ein Informationskrieg. *Infosperber.* Zugriff am 5. August 2020 auf <https://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Es-tobt-ein-Informationskrieg>.

- Iten, Andreas (1995). Medien und Krieg – Krieg in den Medien: Die Sprache bereitet den Krieg vor. In: Kurt Imhof und Peter Schulz (Hg). *Medien und Krieg – Krieg in den Medien* (13-18). Zürich: Seismo.
- Jaeggi, Urs, Rudolf Steiner und Willy Wyniger (1966). *Der Vietnamkrieg und die Presse*. Zürich: EVZ-Verlag.
- Jungblut, Matthis (2015). *Meinungsvielfalt in der Ukraine-Berichterstattung. Eine Frameanalyse überregionaler Tageszeitungen zum Meinungskorridor in Kommentaren*. Unveröffentlichte Masterarbeit, Universität Leipzig.
- Katchanovski, Ivan (2015). *The „Snipers Massacre“ on the Maidan in Ukraine*. Paper, American Political Science Association annual meeting. San Francisco, 3-6 September. Zugriff am 10.04.2020 auf [https://www.academia.edu/8776021/The Snipers Massacre on the Maidan in Ukraine](https://www.academia.edu/8776021/The_Snipers_Massacre_on_the_Maidan_in_Ukraine).
- Keel, Guido (2011). *Journalisten in der Schweiz: eine Berufsfeldstudie im Zeitverlauf*. Konstanz: UVK Verlag.
- Kennis, Andrew (2009). Synthesizing the Indexing and the Propaganda Models: An Evaluation of US News Coverage of the Uprisings in Ecuador. *Communication and Critical/Cultural Studies*. 4, 386-409.
- Klaehn, Jeffery (2009). The Propaganda Model: Theoretical and Methodological Considerations. In: *Westminster Papers in Communication and Culture*, 2, 43-58.
- Klößner, Marcus B. (2019). *Sabotierte Wirklichkeit. Oder: Wenn Journalismus zur Glaubenslehre wird*. Frankfurt am Main: Westend.
- Krüger, Uwe (2013). *Meinungsmacht: Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – Eine kritische Netzwerkanalyse*. Köln: Halem.
- Krüger, Uwe (2016). *Mainstream – Warum wir den Medien nicht mehr vertrauen*. München: C.H. Beck.
- Krone-Schmalz, Gabriele (2017). *Eiszeit – Wie Russland dämonisiert wird und warum das gefährlich ist*. München: C.H. Beck.

- Kutz, Magnus Sebastian (2011). *Öffentlichkeitsarbeit in Kriegen – Legitimation von Kosovo-, Afghanistan- und Irakkrieg in Deutschland und den USA*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lasswell, Harold Dwight (1971). *Propaganda Techniques in World War I*. Cambridge: MIT Press.
- Lippmann, Walter (1964). *Die öffentliche Meinung*. München: Rütten & Loening.
- Longchamp, Claude (2013). Die Position Schweizer Tageszeitungen im politischen Raum. *Politikwissenschaft in der Praxis, das Blog von Claude Longchamp*. Zugriff am 30. Juli 2020 auf <https://www.zoonpoliticon.ch/blog/18239/die-politischen-positionen-von-schweizer-qualitatszeitungen>.
- Luhmann, Niklas (1996). *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Marx, Karl und Friedrich Engels (1971). Die Deutsche Ideologie. In: Karl Marx: *Frühe Schriften*. Bd. 2. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Maurer, Torsten, Jens Vogelsang, Moritz Weiss, Hans-Jürgen Weiss (2008). Aktive oder passive Berichterstatter? Die Rolle der Massenmedien während des Kosovo-, Afghanistan- und Irakkriegs. In: Pfetsch, Barbara und Silke Adam (Hg.). *Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen* (144-167). Wiesbaden: VS.
- Mausfeld, Rainer (2018). *Warum schweigen die Lämmer*. Frankfurt am Main: Westend.
- Mills, Charles Wright (2019). *Die Machtelite*. Frankfurt am Main: Westend.
- Mitschka, Jochen (2019). *Schattenkriege des Imperiums – Das Ukraine Narrativ*. Alsdorf: NIBE.
- Morelli, Anne (2010). *Principes élémentaires de propagande de guerre. Utilisables en cas de guerre froide, chaude ou tiède*. Bruxelles: Aden.

- Nazemroaya, Mahdi (2014). The Geo-Politics of Euromaidan. In: Stephen Lendman (Hg.). *Flashpoint in Ukraine – How the US Drive for Hegemony Risks World War III* (90-108). Roswell New Mexico: Clarity Press.
- Parry, Robert (2014a). Ukraine, Through the US Looking Glass. Zugriff am 6. Mai 2020 auf <https://consortiumnews.com/2014/04/16/ukraine-through-the-us-looking-glass/>.
- Parry, Robert (2014b). Who's Telling the "Big Lie" on Ukraine. Zugriff am 22. November 2019 auf <https://consortiumnews.com/2014/09/02/whos-telling-the-big-lie-on-ukraine/>.
- Pohr, Adrian (2005). Indexing im Einsatz: Eine Inhaltsanalyse der Kommentare überregionaler Tageszeitungen in Deutschland zum Afghanistankrieg 2001. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft*. 2-3, 261-276.
- Ponsonby, Lord Arthur (1928). *Falsehood in War-Time*. London: George Allen & Unwin.
- Propagandaschau (2014). Revolte in Kiew: 5-Tage-Analyse der Propaganda in ARD und ZDF. Zugriff am 29. Juli 2020 auf <https://propagandaschau.wordpress.com/2014/02/25/revolte-in-kiew-5-tage-analyse-der-propaganda-in-ard-und-zdf/>.
- Saïd, Bouamama (2019). Les leçons de l'histoire. In: Michel Collon und Saïd Bouamama (Hg.). *La Gauche et la Guerre* (136-187). Investig'Action: Kein Ort.
- Schicht, Friedrike (2015). *Konsonanz in der Kommentarberichterstattung zur Krim-Krise: eine qualitative Inhaltsanalyse deutscher Tageszeitungen*. Unveröffentlichte Masterarbeit, Universität Leipzig.
- Scholl-Latour, Peter (2014). *Der Fluch der bösen Tat – das Scheitern des Westens im Orient*. Berlin: Ullstein Buchverlage.
- Schreyer, Paul (2018). *Die Angst der Eliten: Wer fürchtet die Demokratie?* Frankfurt am Main: Westend.
- Schwingel, Markus (1998). *Pierre Bourdieu zur Einführung*. Hamburg: Junius.

- Spiegel (2014). Klitschko bricht Krisentreffen mit Janukowitsch ergebnislos ab. *Spiegel*. Zugriff am 9. März 2020 auf <https://www.spiegel.de/politik/ausland/maidan-in-kiew-klitschko-bricht-treffen-mit-janukowitsch-ab-a-954306.html>.
- Spoof, Eckart (2014). Medienkrieg gegen Russland. In: Strutynski, Peter (Hg.). *Ein Spiel mit dem Feuer – die Ukraine, Russland und der Westen* (178-190). Köln: PapyRossa Verlag.
- Spoof, Eckart (2015). Wording: Anmerkungen zum Sprachgebrauch. In: Thoden, Ronald (Hg.). *ARD & Co. – Wie Medien manipulieren* (41-54). Frankfurt am Main. Selbrund Verlag.
- Stonor Saunders, Frances (2001). *Wer die Zeche zahlt... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*. Berlin: Siedler.
- Sun, Tsu (2013). *Die Kunst des Krieges*. Berlin: Insel Verlag.
- Swiss Propaganda Research (2016a). *Qualität der geopolitischen Berichterstattung in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)*. Zugriff am 14. Mai 2019 auf <https://swprs.org/die-nzz-studie/>.
- Swiss Propaganda Research (2016b). *Der Propaganda-Multiplikator: Wie globale Nachrichtenagenturen und westliche Medien über Geopolitik berichten*. Zugriff am 28. Januar 2020 auf <https://swprs.files.wordpress.com/2017/12/der-propaganda-multiplikator-2016-mt.pdf>.
- Tilgner, Ulrich (2015). Medienreflexe statt Information: falsche Eindrücke aus Irak, Iran und Afghanistan. In: Thoden, Ronald (Hg.). *ARD & Co. – Wie Medien manipulieren* (41-54). Frankfurt am Main. Selbrund Verlag.
- Ulfkotte, Udo (2014). *Gekaufte Journalisten: Wie Politiker, Geheimdienst und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken*. Rottenbürg: Kopp Verlag.
- Van der Pijl, Kees (2018). *Flight MH17, Ukraine and the New Cold War – Prism of Disaster*. Manchester: Manchester University Press.

Van Dongen, Luc (2020). La Suisse aura-t-elle le courage de regarder tout son passé en face? *Le Temps*. 21.02.2020, 8.

WDR (2014). Todesschüsse in Kiew: Wer ist für das Blutbad vom Maidan verantwortlich. Zugriff am 10. Januar 2020 auf <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-monitor-vom---106.html>.

Weischenberg, Siegfried, Armin Scholl und Maya Malik (2006). *Die Souffleure der Mediengesellschaft: Report über die Journalisten in Deutschland*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Wernicke, Jens (2017). *Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung*. Frankfurt am Main: Westend.

Wolff, Mathias Alexander (2018). *Kriegsberichterstattung und Konfliktsensitivität – Qualitätsjournalismus zwischen Anspruch und Wirklichkeit*. Wiesbaden: Springer VS.

Ziegler, Peter (2008). *Journalistenschüler – Rollenverständnis, Arbeitsbedingungen und soziale Herkunft einer medialen Elite*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.

9.1 Zeitungsartikel

Ackeret, Markus (2014). Moskau stürzt Peking ins Dilemma. *NZZ*. Zugriff am 28. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/moskau-stuerzt-pekings-dilemma-1.18256113>.

Ackeret, Markus (2019). Der bittere Sieg auf dem Maidan und seine Folgen beschäftigen die Ukraine nach wie vor. *NZZ*. Zugriff am 18. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/international/ukraine-der-bittere-sieg-auf-dem-maidan-und-seine-folgen-ld.1461450>.

Affentranger, Zita (2014a). Die USA und die EU sind sich zutiefst uneinig. *Tages-Anzeiger*. 08.02.2014, 9.

Affentranger, Zita (2014b). Blutiger Dienstag in Kiew fordert mindestens 14 Todesopfer. *Tages-Anzeiger*. 19.02.2014, 7.

Affentranger, Zita (2014c). Janukowitsch holt Soldaten in die Hauptstadt. *Tages-Anzeiger*. 20.02.2014, 6-7.

Affentranger, Zita (2014d). Die Gier nach Macht. *Tages-Anzeiger*. 20.02.2014, 7.

Affentranger, Zita (2014e). Scharfschützen richten in Kiew ein Blutbad an. *Tages-Anzeiger*. 21.02.2014, 6-7.

Affentranger, Zita (2014f). Noch ist die Ukraine nicht gerettet. *Tages-Anzeiger*. 22.02.2014, 1.

Affentranger, Zita (2014g). Ohne die Ostukraine geht gar nichts. *Tages-Anzeiger*. 24.02.2014, 3.

Affentranger, Zita (2014h). Gefährliches Säbelrasseln. *Tages-Anzeiger*. 28.02.2014, 2.

Affentranger, Zita (2014i). Ein Herr ohne Land. *Tages-Anzeiger*. 01.03.2014, 9.

Affentranger, Zita (2014j). Putin ist am Ziel. *Tages-Anzeiger*. 03.03.2014, 2.

Affentranger, Zita (2014k). Nato: „Russland gefährdet den Frieden in Europa“. *Tages-Anzeiger*. 03.03.2014, 1.

Affentranger, Zita (2014l). Russlands Marionette. *Tages-Anzeiger*. 03.03.2014, 3.

Affentranger, Zita (2019). Fünf Jahre Revolution und keinerlei Gerechtigkeit. *Tages-Anzeiger*. Zugriff am 10. April 2020 auf <https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/fuenf-jahre-revolution-und-keinerlei-gerechtigkeit/story/30098066>.

Berger, Roman (2014). Den Falken in West und Ost keine Chance geben. *WOZ*. Zugriff am 19. März 2020 auf <https://www.woz.ch/-4c5b>.

Boos, Susan (2014a). Feinde des Feindes sind keine Freunde. *WOZ*. Zugriff am 25. März 2020 auf <https://www.woz.ch/-4c1d>.

Boos, Susan (2014b). Ein Land wird gefleddert. *WOZ*. Zugriff am 25. März 2020 auf <https://www.woz.ch/-4c54>.

- Boos, Susan (2014c). Die Geachteten. *WOZ*. Zugriff am 22. April 2020 auf <https://www.woz.ch/-4d3b>.
- Figes, Orlando (2014). Symbol des Widerstandes. *Weltwoche*. Zugriff am 1. April 2020 auf <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-10/hintergrund/symbol-des-widerstands-die-weltwoche-ausgabe-102014.html>.
- Flubacher, Rita (2014a). Der Präsident und Plünderer. *Tages-Anzeiger*. 28.02.2014, 37.
- Flubacher, Rita (2014b). Schweiz sperrt Janukowitschs Gelder, Russland schickt Soldaten zur Krim. *Tages-Anzeiger*. 01.03.2014, 1.
- Flückiger, Paul (2014a). Tote und Verletzte bei Strassenschlachten. *NZZ*. Zugriff am 18. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/tote-und-verletzte-bei-strassenschlachten-1.18246380>.
- Flückiger, Paul (2014b). Angespannte Ruhe in Kiew. *NZZ*. Zugriff am 28. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/verhaertete-ruhe-in-kiew-1.18247299>.
- Flückiger, Paul (2014c). Die „freie Stadt freier Bürger“ in der Westukraine. *NZZ*. Zugriff am 28. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/die-freie-stadt-freier-buerger-in-der-westukraine-1.18248084>.
- Gujer, Eric (2014). Kampf um Europa. *NZZ*. Zugriff am 18. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/kampf-um-europa-1.18248657>.
- Hans, Julian (2014a). Ein Szenario nach Putins Geschmack. *Tages-Anzeiger*. 20.02.2014, 6.
- Hans, Julian (2014b). Moskau setzt auf Propaganda. *Tages-Anzeiger*. 04.03.2014, 3.
- Hans, Julian (2014c). Putin behält sich Militäreinsatz als “letztes Mittel” vor. *Tages-Anzeiger*. 05.03.2014, 7.
- Hermann, Rudolf (2013a). Kiew zwischen Bangen und Hoffen. *NZZ*. Zugriff am 19. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/kiew-zwischen-bangen-und-hoffen-1.18201211>. Ev. 2013a und b weglassen... brauche ich nie als Quelle. Oder?

- Hermann, Rudolf (2013b). Das Gesicht des Maidan. *NZZ*. Zugriff am 19. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/das-gesicht-des-maidan-1.18203519>.
- Hermann, Rudolf (2014a). Ein heterogenes Triumvirat. *NZZ*. Zugriff am 18. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/ein-heterogenes-triumvirat-1.18239427>.
- Hermann, Rudolf (2014b). Die Ukrainer erforschen das „Sultanat Meschihiria“. *NZZ*. Zugriff am 28. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/die-ukrainer-erforschen-das-sultanat-meschihiria-1.18251176>.
- Hermann, Rudolf (2014c). Kiew ebnet den Weg für doppelte Wahlen. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/kiew-ebnet-den-weg-fuer-doppelte-wahlen-1.18251197>.
- Hermann Rudolf (2014d). Jazenjuk soll Übergangsregierung führen. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/arseni-jazenjuk-soll-neuer-ministerpraesident-der-ukraine-werden-1.18252013>.
- Hermann, Rudolf (2014e). Blick zurück mit Schaudern in Kiew. *NZZ*. Zugriff am 13. August auf <https://www.nzz.ch/blick-zurueck-mit-schaudern-in-kiew-1.18251990>.
- Hermann, Rudolf (2014f). Europa ist gefordert. *NZZ*. Zugriff am 10. Dezember 2019 auf <https://www.nzz.ch/meinung/ommentare/europa-ist-gefordert-um-der-ukraine-auf-die-beine-zu-helfen-1.18252864>.
- Hermann, Rudolf (2014g). Kiewer Regierung vor schwierigem Spagat. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/kiewer-regierung-vor-schwierigem-spagat-1.18252859>.
- Hermann, Rudolf (2014h). Unruhige Krim als unwillkommene Herausforderung. *NZZ*. Zugriff am 10. März 2020 unter <https://www.nzz.ch/unruhige-krim-als-unwillkommene-herausforderung-1.18252896>.
- Hermann, Rudolf (2014i). Kiew ruft im Westen um Hilfe. *NZZ*. Zugriff am 20. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/kiew-ruft-im-westen-um-hilfe-1.18254502>.
- Hermann, Rudolf (2014j). Kiew im strategischen Dilemma. *NZZ*. Zugriff am 18. April 2020 auf <https://www.nzz.ch/kiew-im-strategischen-dilemma-1.18255441>.

- Hermann, Rudolf (2014k). Mysteriöse „Selbstverteidiger“ der Krim. *NZZ*. Zugriff am 1. Februar 2020 auf <https://www.nzz.ch/mysterioese-selbstverteidiger-der-krim-1.18256954>.
- Heyden, Ulrich (2014a). Völkische Kämpfer im Sold der Oligarchen. *WOZ*. Zugriff am 19. März 2020 auf <https://www.woz.ch/1405/ukraine/voelkische-kaempfer-im-sold-der-oligarchen>.
- Heyden, Ulrich (2014b). Steht der schwache Staat vor dem Zerfall? *WOZ*. Zugriff am 19. März 2020 auf <https://www.woz.ch/1408/eskalation-in-der-ukraine/steht-der-schwache-staat-vor-dem-zerfall>.
- Heyden, Ulrich (2014c). Im Osten werden russische Fahnen geschwenkt. *WOZ*. Zugriff am 19. März 2020 auf <https://www.woz.ch/1409/ukraine-im-umbruch/im-osten-werden-russische-fahnen-geschwenkt>.
- Heyden, Ulrich (2014d). Linke suchen eine gemeinsame Haltung und eine Lösung. *WOZ*. Zugriff am 19. März 2020 auf <https://www.woz.ch/1410/oppositionelle-in-russland-und-der-ukraine/linke-suchen-eine-gemeinsame-haltung-und-eine>.
- Himmelreich, Jörg (2014). Die Handlungssohnmacht des Westens. *NZZ*. Zugriff am 10. Dezember 2019 auf <https://www.nzz.ch/meinung/debatte/die-handlungssohnmacht-des-westens-1.18256876>.
- Israel, Stephan (2014a). Die Europäer machen gute Miene zum bösen Spiel. *Tages-Anzeiger*. 08.02.2014, 9.
- Israel, Stephan (2014b). EU verhängt wohl Sanktionen. *Tages-Anzeiger*. 20.02.2014, 7.
- Israel, Stephan (2014c). EU stösst in der Ukraine an Grenzen. *Tages-Anzeiger*. 21.02.2014, 2.
- Israel, Stephan (2014d). Fieberhafte Bemühungen zur Rettung der Ukraine. *Tages-Anzeiger*. 21.02.2014, 1.
- Israel, Stephan (2014e). EU und USA drohen Russland mit Sanktionen. *Tages-Anzeiger*. 04.03.2014, 1.

Israel, Stephan (2014f). EU droht mit Konsequenzen. *Tages-Anzeiger*. 04.03.2014, 2-3.

Israel, Stephan (2014g). Europa im Netz der Gasabhängigkeiten. *Tages-Anzeiger*. 06.03.2014, 9.

Kahlweit, Cathrin (2014a). War das die Wende? *Tages-Anzeiger*. 22.02.2014, 7.

Kahlweit, Cathrin (2014b). Einmal Königin, immer Königin. *Tages-Anzeiger*. 24.02.2014, 2.

Kahlweit, Cathrin (2014c). Die Krim ist verloren. *Tages-Anzeiger*. 03.03.2014, 2-3.

Kamer, Hansrudolf (2014a). Kühler Krieg. *Weltwoche*. Zugriff am 1. April 2020 auf <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-7/kolumnen/ausland-kuehler-krieg-die-weltwoche-ausgabe-072014.html>.

Kamer, Hansrudolf (2014b). Déjà-vu. *Weltwoche*. Zugriff am 2. April 2020 auf <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-9/kolumnen/ausland-dej-vu-die-weltwoche-ausgabe-092014.html>.

Kamer, Hansrudolf (2014c). Putins Stärke. *Weltwoche*. Zugriff am 2. April 2020 auf <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-10/hintergrund/putins-staerke-die-weltwoche-ausgabe-102014.html>.

Kamer, Hansrudolf (2014d). Putin weckt die Nato. *Weltwoche*. Zugriff am 1. April 2020 auf https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014_11/kolumnen/ausland-putin-weckt-die-nato-die-weltwoche-ausgabe-112014.html.

Kapp, Jean-Pierre (2014). Berlin setzt weiter auf Vermittlung. *NZZ*. Zugriff am 8. August 2020 auf <https://www.nzz.ch/amp/berlin-setzt-weiter-auf-vermittlung-1.18256090>.

Kurkow, Andrei (2014). Das Allerschlimmste wäre jetzt eine endlose Welle der Rache. *Tages-Anzeiger*. 27.02. 2014, 23.

Mikolaychik, Margarita (2014). „Generalmobilmachung klingt komisch“. *Weltwoche*. Zugriff am 2. April 2020 auf Zugriff <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014->

10/hintergrund/generalmobilmachung-klingt-komisch-die-weltwoche-ausgabe-102014.html.

- Nauer, David (2014). Der "Deutsche" in Kiew. *Tages-Anzeiger*. 20.02.2014, 7.
- Niederberger, Walter (2014). Aus Washington kommen nur laue Worte. *Tages-Anzeiger*. 22.02.2014, 7.
- Nuspliger, Niklaus (2014a). EU und IMF locken mit Hilfe. *NZZ*. Zugriff am 16. August auf <https://www.nzz.ch/eu-und-imf-locken-mit-hilfe-1.18249741>.
- Nuspliger, Niklaus (2014b). Rhetorischer Sukkurs. *NZZ*. Zugriff am 10. April 2020 auf <https://www.nzz.ch/rhetorischer-sukkurs-1.18254560>.
- Odehnal, Bernhard (2014a). Unter dem ukrainischen Dreizack ins Rampenlicht. *Tages-Anzeiger*. 26.02.2014, 5.
- Odehnal, Bernhard (2014b). Wann ist Zeit für Politik. *Tages-Anzeiger*. 27.02.2014, 7.
- Odehnal, Bernhard (2014c). „Nehmt den Abgeordneten ihre Häuser und Autos weg“. *Tages-Anzeiger*. 28.02.2014, 5.
- Odehnal, Bernhard (2014d). Die Revolution ist bunt, nicht braun. *Tages-Anzeiger*. 01.03.2014, 9.
- Pabst, Volker (2014). Putin zeigt sein wahres Gesicht. *NZZ*. Zugriff am 10. Dezember auf <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/putin-zeigt-sein-wahres-gesicht-1.18254398>.
- Reis Schweizer, Stefan (2014). Parlament will dem Töten ein Ende setzen. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/parlament-will-dem-toeten-ein-ende-setzen-1.18248195>.
- Rist, Manfred (2014). Druck auf Russland vorerst ohne Erfolg. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/druck-auf-russland-vorerst-ohne-erfolg-1.18257015>.
- Schmid, Ulrich (2014a). Ruf nach Sanktionen. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/ruf-nach-sanktionen-1.18245551>.

- Schmid, Ulrich (2014b). Die hässliche Fratze der Anarchie. *NZZ*. Zugriff am 28. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/die-haessliche-fratze-der-anarchie-1.18248060>.
- Schmid, Ulrich (2014c). Beharren, Hoffen und Bangen in Kiew. *NZZ*. Zugriff am 14. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/beharren-hoffen-und-bangen-in-kiew-1.18248964>.
- Schmid, Ulrich (2014d). Kiew krempelt die Ärmel hoch. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/kiew-krempelt-die-aermel-hoch-1.18250241>.
- Schmid, Ulrich (2014e). Berlins Drohfingerchen. *NZZ*. Zugriff am 10. April 2020 auf <https://www.nzz.ch/berlins-drohfingerchen-1.18255437>.
- Schmid, Ulrich (2014f). Die neuen Herren von Donezk. *NZZ*. Zugriff am 14. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/die-neuen-herren-von-donezk-1.18256463>.
- Schmid, Ulrich (2014g). Ernste Ermahnungen Merkels an Putin. *NZZ*. Zugriff am 10. März 2020 auf <https://www.nzz.ch/ernste-ermahnungen-merkels-an-putin-1.18262590>.
- Snyder, Timothy (2014). Die Freiheit gewählt. *NZZ*. Zugriff am 10. Dezember 2019 auf <https://www.nzz.ch/meinung/debatte/die-ukraine-hat-die-freiheit-gewaehlt-1.18252781>.
- Stadler, Rainer (2014). Vormarsch der elektronischen Zeitung. *NZZ*. Zugriff am 29. Juli 2020 auf <https://www.nzz.ch/schweiz/auflagezahlen-der-schweizer-presse-vormarsch-der-elektronischen-zeitung-1.18395100>.
- Stieger, Cyrill (2014a). Das Regime lässt die Masken fallen. *NZZ*. Zugriff am 10. Dezember 2019 auf <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/das-regime-laesst-die-maske-fallen-1.18247058>.
- Stieger, Cyrill (2014b). Triumphale Rückkehr Timoschenkos. *NZZ*. Zugriff am 10. Dezember 2019 auf <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/das-ende-eines-praesidenten-1.18249655>.
- Stieger, Cyrill (2014c). Vorwurf einer „Rückkehr des Faschismus“. *NZZ*. Zugriff am 20. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/unvereinbare-geschichtsbilder-1.18255751>.

- Stieger, Cyrill (2014d). Die Mär vom Faschismus in Kiew. *NZZ*. Zugriff am 10. März 2020 auf <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/die-maer-vom-faschismus-in-kiew-1.18261486>.
- Tages-Anzeiger (2014a). Gewalt in der Ukraine: EU und USA erwägen Sanktionen. *Tages-Anzeiger*. 20.02.2014, 1.
- Tages-Anzeiger (2014b). Die Ukraine muss neu beginnen. *Tages-Anzeiger*. 24.02.2014,1.
- Tages-Anzeiger (2014c). Rasanter Regierungswechsel. *Tages-Anzeiger*. 24.02.2014, 2.
- Tages-Anzeiger (2014d). Der schwer angeschlagene Staat braucht 35 Milliarden Dollar. *Tages-Anzeiger*, 25.02. 2014, 5.
- Tages-Anzeiger (2014e). Moskau auf Konfrontationskurs. *Tages-Anzeiger*, 27.02.2014, 7.
- Tages-Anzeiger (2014f). Putin hält eine Invasion „derzeit nicht für möglich“. *Tages-Anzeiger*, 05.03.2014, 1.
- Triebe, Benjamin (2014a). Janukowitsch greift den Westen an. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/janukowitsch-bittet-russland-um-hilfe-1.18253532>.
- Triebe, Benjamin (2014b). Nervenkrieg um die Krim. *NZZ*. 03.03.2014, 1.
- Vogler, Robert U. (2014). Putin und die Arroganz des Westens. *Weltwoche*. Zugriff am 2. April auf <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-11/hintergrund/putin-und-die-arroganz-des-westens-die-weltwoche-ausgabe-112014.html>.
- Wechlin, Daniel (2014a). Die Lauscher im Osten. *NZZ*. Zugriff am 10. März 2020 auf <https://www.nzz.ch/die-lauscher-im-osten-1.18239603?reduced=true>.
- Wechlin, Daniel (2014b). Scharfe Worte aus Moskau. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/scharfe-worte-aus-moskau-1.18249708>.

- Wechlin, Daniel (2014c). Ukrainische Demonstrationen für das russische Vaterland. *NZZ*. Zugriff am 31. Januar auf <https://www.nzz.ch/ukrainische-demonstrationen-fuer-das-russische-vaterland-1.18252899>.
- Wechlin, Daniel (2014d). Verwirrung und Nervosität auf der Krim. *NZZ*. Zugriff am 10. April auf <https://www.nzz.ch/verwirrung-und-nervositaet-auf-der-krim-1.18253730>.
- Wechlin, Daniel (2014e). Moskau wäscht seine Hände in Unschuld. *NZZ*. Zugriff am 1. Februar 2020 auf <https://www.nzz.ch/moskau-waescht-seine-haende-in-unschuld-1.18255453>.
- Wechlin, Daniel (2014f). Der Kreml erhält die Drohkulisse aufrecht. *NZZ*. 05.03.2014, 1.
- Wechlin, Daniel (2014g). Die Angst der Krimtataren. *NZZ*. Zugriff am 10. Januar 2020 auf <https://www.nzz.ch/die-angst-der-krimtataren-1.18256910>.
- Winkler, Peter (2014a). Grelles Licht auf die Politik der USA. *NZZ*. Zugriff am 9. März 2020 auf <https://www.nzz.ch/grelles-licht-auf-die-politik-der-usa-1.18238448?reduced=true>.
- Winkler, Peter (2014b). Ein Verstoss gegen das Völkerrecht. *NZZ*. Zugriff am 1. Februar 2020 auf <https://www.nzz.ch/verstoss-gegen-voelkerrecht-1.18254493>.

10 Lebenslauf

Berufserfahrung

03/2018 – jetzt	Redaktor bei der Zeitung “Der Tössthaler”
09/2017 – 02/2018	Praktikum bei der Zeitung “Der Tössthaler”
03/2016 – 4/2017	Mitarbeiter als Betreuer in der Stiftung Wagerenhof in Uster
09/2015 – 02/2016	Praktikum in der Stiftung Wagerenhof in Uster – im Rahmen des Studiums an der ZHAW
08/2014 – 01/2015	Praktikum im Nido del Lupo, einer sozialpädagogischen Schule in Alvanau – im Rahmen des Studiums an der ZHAW
02/2013 – 07/2014	Teilzeitangestellter im Mathilde Escher Heim in Zürich

Ausbildungen

09/2016 – 2020	Masterstudium der Soziologie an der Universität Fribourg
09/2013 – 06/2016	Bachelorstudium der Sozialen Arbeit an der ZHAW in Zürich
09/2008 – 06/2010	Berufsmatura an der kaufmännischen Berufsschule Schwyz

11 Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich meine Masterarbeit selbständig und ohne unerlaubte fremde Hilfe verfasst habe.

Winterthur, 6. September 2020

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'R' followed by a series of loops and a final horizontal stroke.